

[Rio]+15

[Johannesburg]+5

15 Jahre Agenda 21 in NRW

Fachtagung des Landschaftsverbandes Rheinland in
Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft
Agenda 21 NRW e. V. und dem Institut für Kirche und
Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen

Impressum

Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland (LVR)
Umweltamt
Ottoplatz 2
50679 Köln

Selbstverlag des Landschaftsverbandes Rheinland, Umweltamt, Köln

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren selbst verantwortlich, es gilt das gesprochene Wort.

Redaktion: Carmen Queckbörner, Juliane Pöttsch, Wilfried Maria Koch
Layout: Carmen Queckbörner
Druck: Hausdruckerei des Landschaftsverbandes Rheinland
Umschlagfoto: Wilfried Maria Koch

Köln, Dezember 2007

[Rio]+15 [Johannesburg]+5

15 Jahre Agenda 21 in NRW

Tagungsdokumentation 2007

Eine Veröffentlichung des

LANDSCHAFTSVERBANDES RHEINLAND

Umweltamt

in Zusammenarbeit mit

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e.V.

Institut für Kirchen und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen

[Rio]+15 [Johannesburg]+5

15 Jahre Agenda 21 in NRW

Fachtagung des Landschaftsverbandes Rheinland

in Zusammenarbeit mit
der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V.
dem Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW

22. bis 23. März 2007 in Köln

Tagungsdokumentation

58 Abbildungen im Text

2007

Selbstverlag des Landschaftsverbandes Rheinland, Umweltamt, Köln

Einleitung

Der vorliegende Band fasst die Ergebnisse der Tagung [Rio]+15 [Johannesburg]+5 zusammen, die der Landschaftsverband Rheinland zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. und dem Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche Westfalen am 22. - 23. März 2007 in Köln durchführte. Die Tagung schloss an die Jahreshauptversammlung 2007 der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. an, die zu diesem Anlass Gast des Landschaftsverbands Rheinland war.

15 Jahre nach Inkraftsetzung der Agenda 21 in Rio de Janeiro und 5 Jahre nach ihrer Verstetigung auf dem Weltkongress in Johannesburg haben die Agenda 21- Akteure in Nordrhein- Westfalen zusammen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Verbänden, Politikerinnen und Politikern sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der beiden Weltkonferenzen den Stand der Umsetzung der lokalen Agenda 21 in NRW bestimmt.

Diese Standortdefinition war Ausgangspunkt für Überlegungen zur Fortführung und Weiterentwicklung der kommunalen Agenda-Arbeit. Durch Veränderungen gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen und Faktoren wie dem demografischen Wandel ergeben sich wichtige Anhaltspunkte für neue Lösungsansätze und Aufträge an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft.

Die vorliegende Dokumentation fasst die Redebeiträge und Ergebnisse der Workshops zusammen. Sofern nicht anders angegeben gilt das gesprochene Wort. Durch einen technischen Fehler wurde der Beitrag von Herrn Prof. Dr. Dr. Radermacher nicht vollständig mitgeschnitten, so dass hier eine inhaltlich vergleichbarer und vom Autor noch einmal auf die spezifische Fragestellung der Tagung modifizierter Textbeitrag abgedruckt ist, der nicht dem gesprochenen Wort entspricht.

Der Dank des Herausgebers gilt allen am Zustandekommen der Dokumentation Beteiligten, insbesondere Juliane Pöttsch, Carmen Queckbörner, Sonja Schmutzler und Sebastian Moritz.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Inhaltsverzeichnis	8
Programm der Fachtagung Donnerstag, 22.03.2007	10
Programm der Fachtagung Freitag, 23.03.2007	11
Begrüßung	12
<i>Corinna Beck,</i> stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland	
Begrüßung	15
<i>Ludwig Holzbeck,</i> Vorstand LAG 21 NRW e.V.	
Nachhaltige Entwicklung - Auswege aus der Globalisierungsfalle?	17
<i>Prof. Dr. Klaus Töpfer,</i> Rat für Nachhaltigkeit der Vereinten Nationen	
Netzwerk Nachhaltigkeit – Die LAG 21 NRW als Netzwerk der Agenda 21 - Kommunen	26
<i>Pfarrer Klaus Breyer,</i> Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche von Westfalen, Vorstandssprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW	
Chancen einer nachhaltigen Kreisentwicklung	31
<i>Thomas Kubendorff,</i> Landrat Kreis Steinfurt	
Diskurs Nachhaltigkeit - Vom Projekt zum Prinzip auf kommunaler Ebene	
<i>Ursula Keller, Stadt Düsseldorf</i>	37
<i>Jens Harnack, Stadt Rheinberg</i>	38
<i>Helga Jänsch, Stadt Dortmund</i>	39
<i>Dagmar Vogt-Sädler, Stadt Neuss</i>	40
15 Jahre Agenda 21 in NRW - Bilanz und Perspektiven der Nachhaltigkeit in NRW	48
<i>Eckhard Uhlenberg,</i> Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	
Agenda 21 – Globalisierung der Nachhaltigkeit	53
<i>Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher,</i> Universität Ulm, Leiter Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n	
<i>Workshop 1</i>	
Stadt erlebt Beteiligung – Verwaltung und Politik als strategische Partner	76
<i>Workshop 2</i>	
Millenium Development Goals auf kommunaler Ebene	77
<i>Workshop 3</i>	
Herausforderung Klimaschutz – Der kommunale Weg	78
<i>Workshop 4</i>	
Nachhaltiges Denken – zukunftsfähiges Wissen	79
Formulierung von Aufträgen aus der Tagung an die Klimaallianz und Agenda-Akteure	80
<i>Wilfried Maria Koch,</i> Umweltamt Landschaftsverband Rheinland	

Umwelt und Entwicklung als Kehrseiten einer Medaille	81
<i>Eberhard Neugebohrn,</i> Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung	
Schlussworte	86
<i>Wilfried Maria Koch,</i> Umweltamt des Landschaftsverbandes Rheinland	
Abkürzungsverzeichnis	87
Liste der Teilnehmenden	88

Programm der Fachtagung Donnerstag, 22.03.2007

Moderation: **Adolf Attermeyer**, Amtsleiter Umweltamt LVR und
Wilfried Maria Koch, Umweltamt LVR

12.00-13.00 Uhr
Mittagessen und Begrüßungskaffee für Tagungsgäste

13.00-13.45 Uhr
Markt der Möglichkeiten, Rundgang durch die Ausstellung

13.45-14.15 Uhr
Begrüßung

Corinna Beck, stellv. Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland
Ludwig Holzbeck, Vorstand Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW

14.15-15.00 Uhr
Nachhaltige Entwicklung – Ausweg aus der Globalisierungsfalle?
Prof. Dr. Klaus Töpfer, Rat für Nachhaltigkeit der Vereinten Nationen

15.00-15.30 Uhr
Kaffeepause

15.30-16.00 Uhr
„Netzwerk Nachhaltigkeit“ – Die LAG 21 NRW als Netzwerk der Agenda 21-Kommunen
Pfarrer Klaus Breyer, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e.V.

16.00-16.45 Uhr
Chancen einer nachhaltigen Kreisentwicklung
Thomas Kubendorff, Landrat Kreis Steinfurt

16.45-18.00 Uhr
Vom Projekt zum Prinzip auf kommunaler Ebene
Ursula Keller, Stadt Düsseldorf
Jens Harnack, Stadt Rheinberg
Christoph Löchle, Stadt Dortmund
Dagmar Vogt-Sädler, Stadt Neuss

18.00-19.00 Uhr
Abendessen

19.00-21.00 Uhr
Impro-Theater
„15 Jo´burger, aber bitte mit etwas Rio“
Ma´ma lässig

Programm der Fachtagung Freitag, 23.03.07

Moderation: **Wilfried Maria Koch**, Umweltamt LVR

9:00-9:30 Uhr
Stehkaffee

9.30-10.15 Uhr

15 Jahre Agenda 21 NRW – Bilanz und Perspektiven der Nachhaltigkeit in NRW

Minister Eckhard Uhlenberg, Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

10.15-11.15 Uhr

Agenda 21 – Globalisierung der Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Universität Ulm, Leiter Forschungsinstitut
für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n

11.30-12.00 Uhr

Workshops Phase 1: **Input**

Stadt erlebt Beteiligung

Verwaltung und Bürgerschaft als strategische Partner

Input: **Jens Harnack**, Stadt Rheinberg

Dr. Klaus Reuter, Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e.V.

Moderation: **Dr. Klaus Reuter**

Millenium Development Goals auf kommunaler Ebene?

Input: **Monika Dülge**, Eine Welt Netz NRW

Moderation: **Vera Dittgen**, Eine Welt Netz NRW

Herausforderung Klimaschutz – Der kommunale Weg

Mit weniger Rohstoffen mehr erreichen

Input: **Jürgen Maier**, Forum Umwelt und Entwicklung

Moderation: **Pfr. Klaus Breyer**, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e.V., Evange-
lische Kirche in Westfalen

Nachhaltiges Denken – zukunftsfähiges Wissen

UN-Dekade für Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Input: **Oda Schumann**, Arbeiterwohlfahrt Niederrhein

Moderation: **Kathrin Schroeder**, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 e.V.

12.00-12:45 Uhr

Mittagessen

12:45-14:00 Uhr

Workshops Phase 2: **Diskussion**

14.00-14:15 Uhr

Kaffeepause

14.45-15:45 Uhr

NRW stiftet Zukunft

Eberhard Neugebohrn, Geschäftsführer NRW Stiftung für Umwelt und Entwicklung

15.45 Uhr

Schlusswort

Wilfried Maria Koch, Umweltamt LVR

Begrüßung

Corinna Beck,

stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich beim Landschaftsverband Rheinland zur gemeinsamen Fachtagung des Umweltamtes des LVR mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW und dem Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Ich freue mich, dass heute und morgen eine Reihe wichtiger Akteure der Agenda 21 im Horion-Haus versammelt sind, um gemeinsam darüber zu diskutieren, wo die Agenda 21 in NRW steht und wie sie weiter entwickelt werden kann.

Ganz besonders begrüßen möchte ich Herrn Professor Dr. Klaus Töpfer, den ehemaligen Bundes-Umweltminister und vormaligen Direktor des Umweltprogramms UNEP der Vereinten Nationen. Ihr Rat und Ihre Erfahrungen sind weltweit gefragt und ich freue mich sehr, dass Sie hier heute als Referent und Ratgeber zur Seite stehen. Als Vorsitzender des UN-Rates für Nachhaltigkeit werden Sie ein wichtiger Gesprächspartner für uns sein.

Ich freue mich darüber, dass Herr Minister Uhlenberg uns morgen die Sicht des Landesumweltministers darstellen wird. Sein Ministerium fördert die Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen auch trotz reduzierter Ansätze. Ich hoffe, dass die entsprechenden Haushaltsansätze in den nächsten Jahren für dieses wichtige Themenfeld wieder steigen können. Es sind geringe Investitionskosten, die sich landesweit durch das ehrenamtliche Engagement vervielfachen. Darüber hinaus sind diese vergleichsweise geringen Summen sinnvoll eingesetzt, um im Rahmen der Partizipation ein tragfähiges gesellschaftspolitisches Netzwerk zwischen Politik und Bürgerschaft zu pflegen.

In der Liste der Redner ist besonders zu begrüßen der Präsident des Landkreistages NRW, Herr Thomas Kubendorf. Sie sind als Landrat des Kreises Steinfurt einer der wichtigen Unterstützer der Agenda 21 und haben in ihrem Landkreis erlebt, welche Wirkungen damit erzielbar sind. Und dass in der Position des Landrates oder einer Landrätin viel bewegt werden kann, haben wir ja in den vergangenen Monaten in Süddeutschland erlebt.

Aus der Wissenschaft kommt morgen Herr Professor Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher. Wir alle schätzen ihn als jemanden, der bei der Entstehung der Agenda 21 in Rio vor 15 Jahren maßgeblich beteiligt war. Ich freue mich sehr auf seine Ausführungen, die auch aus seiner Mitarbeit im Club of Rome entstanden sind. Er wird sicherlich ganz konkrete Handlungsfordernungen formulieren. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich ganz besonders bei der SK-Stiftung Cologne Science Center der Sparkasse Köln-Bonn bedanken, die uns sehr geholfen hat, Herrn Prof. Dr. Dr. Radermacher zu gewinnen. Herr Prof. Dr. Dr. Radermacher ist einer der Hauptinitiatoren des neuen Museums „Odysseum“ in Köln, das die Themen der Nachhaltigkeit aufzeigen wird. Vorgestern war dazu die Grundsteinlegung. Wir wünschen dem Odysseum guten Erfolg.

Ich glaube nicht, dass jemand bei Beginn der Agenda 21 vor 15 Jahren in Rio de Janeiro so optimistisch war, den heutigen Stellenwert dieses Aktionsprogramms voraus zu ahnen. Heute ist die Agenda 21 meines Wissens die weltweit größte Bewegung bei den Nichtregierungs-Organisationen. Sie ist aus der hohen Politik ebenso wenig mehr wegzudenken, wie aus dem kommunalen Tagesgeschehen.

Sie alle haben die Erfahrung gemacht, dass Agenda 21 nicht nur eine effektive und effiziente Verknüpfung der wichtigen Themenbereiche aus Ökonomie, Umwelt, sozialen Fragen und der Entwicklungspolitik darstellt. Die Agenda 21 hat darüber hinaus in den letzten Jahren auch die politische Kultur verändert. Kommunikationsmethoden, wie sie in dem Prinzip der Partizipation, der Bürgerschaftsbeteiligung, vorgesehen und praktiziert werden, haben oft dazu beigetragen, die berechtigten Interessen der Beteiligten besser und friedlich

gegeneinander abzuwägen. Die Agenda 21 wurde zur einer Selbstverständlichkeit. Und das ist eigentlich mit das Beste, was man darüber sagen kann.

Es muss aber auch gesagt werden, dass die Agenda 21-Organisationen in den letzten Jahren in manchen Bereichen schwer zu kämpfen haben oder sogar mangels Finanzmasse zu Grabe getragen wurden. Es ist zu befürchten, dass gerade dort bürgerschaftliches Engagement, gemeinsame Planung und damit letztlich auch die Akzeptanz mancher politischer Entscheidungen verloren gehen, wo die Agenda 21 nicht mehr institutionalisiert ist.

Ideen werden vor allem durch gute Projekte transportiert. Die aber brauchen eine Organisation, um sie durchzuführen. Und diese brauchen Geld, um handlungsfähig zu sein. Ich denke, dass die in den meisten Kommunen kaum ins Gewicht fallenden Haushaltsansätze für Agenda-Büros und Aktionen in der Regel gut investiert sind.

15 Jahre nach Rio und 5 Jahre nach Johannesburg ist ein wichtiger Zeitpunkt. Vor 5 Jahren wurden in Johannesburg in der Weltkonferenz der Vereinten Nationen große Anstrengungen unternommen, die Entwicklungen der Agenda 21 wieder zu bündeln, Erfahrungen einfließen zu lassen und sich auch wieder Mut zu machen. Im Kleinen, für die Akteure in NRW, hat dies auch diese Fachtagung vor.

Es hat sich Vieles getan in den vergangenen Jahren: Die Handlungsfelder sind ausgedehnt worden. So ist Kultur und Kunst gewissermaßen als das „Fünfte Element“ in die Agenda 21 des Landschaftsverbands Rheinland integriert worden. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass mit künstlerischen Mitteln viele Menschen eingebunden werden können, denen sich die ansonsten trockenere Materie verschließt.

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet der Landschaftsverband Rheinland als Kommunalverband sich in der Agenda 21 sehr engagiert und daher auch jetzt mit seinen beiden Kooperationspartnern Ausrichter dieser Tagung ist.

Dass das Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche Westfalen ein Kooperationspartner ist, soll betont werden. Es geht in den Zielen der Agenda 21 um die Bewahrung der Schöpfung. Die moralische und vor allem die ethische Dimension in der Agenda 21 braucht auch eine starke Stimme.

Die erhebt auch der dritte Kooperationspartner der jetzigen Fachtagung. Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. hat sich in den Jahren seit ihrem Bestehen zu einer wichtigen Organisation für die Agenda 21 entwickelt. Acht Jahre nach ihrer Gründung ist die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 ein Partner der Landesregierung und der kommunalen Ebene geworden. Sie ist eine Schnittstelle zwischen Land und Kommunen und einzelnen Akteuren. Die jetzige Landesregierung hat dem ebenso wie die vorherige Landesregierung Rechnung getragen und unterstützt finanziell viele Aktionen der Landesarbeitsgemeinschaft. Dabei wird deutlich, dass die Landesarbeitsgemeinschaft mit ihren Aktionen etwa zur Ressourceneinsparung, aber auch und vor allem durch ihr „Flächenmanagement als partizipativer Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung“ wichtige politische Ansätze in einer sehr pragmatischen Form transportiert. Hier haben alle Beteiligten Gewinn aus einer kleinen aber feinen Organisation.

Die Landesarbeitsgemeinschaft führte heute Vormittag hier auch ihre Jahreshauptversammlung durch. Ich gratuliere dem neu gewählten Vorstand ganz herzlich und hoffe, dass Sie durch Ihre weitere Arbeit die Verstetigung des Agenda-Prozesses mit betreiben können. Es wäre schön, wenn dieses gute Vorbild in NRW in andere Bundesländer ausstrahlen würde. Ich freue mich, dass das Bundesumweltministerium die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft aufmerksam beobachtet und ich wünschte mir sehr, dass daraus Schützenhilfe zur Etablierung dieser Idee in weiteren Bundesländern wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nutzen Sie diese beiden Tage dazu, nicht nur die notwendige Standortbestimmung durchzuführen, sondern vor allem Ideen zu entwickeln, wie die Agenda 21 in NRW weiter und noch besser etabliert und damit noch wirksamer werden kann.

Gerade die klimatischen Ereignisse, die wir in den vergangenen Monaten selber erleben konnten, verdeutlicht die Notwendigkeit schnellen Handelns auf allen Ebenen. Wir haben vor 15 Jahren in Rio absichtlich die Kommunen der Welt aufgefordert, mit kleinen und großen Schritten selbständig hier tätig zu werden. Die Summe allen Handelns kann vielleicht doch noch

dazu beitragen, die globalen Probleme etwas in den Griff zu bekommen.

Es bedurfte einer großen Idee wie der Agenda 21 in Rio de Janeiro vor 15 Jahren, um globale Defizite zu benennen und ein wirksames Mittel aus der Vernetzung aller wichtiger Parameter dagegen zu entwickeln. Aus unserem Kind von Rio ist inzwischen ein ansehnlicher Teenager geworden. Er braucht immer noch etwas Unterstützung, die ihm die Politik und die Akteure geben können und müssen. Tragen Sie dazu bei.

Ich wünsche Ihnen und uns allen einen guten Tagungsverlauf mit guten Ergebnissen und auch mit vielen guten Gesprächen am Rande.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Begrüßung

Ludwig Holzbeck,

Vorstand Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.



Frau stellvertretende Vorsitzende Beck,
Herr Prof. Töpfer, Herr Attermeyer,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie im Namen des Vorstandes der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW und persönlich recht herzlich hier in Köln zur Fachtagung „15 Jahre Agenda 21 in NRW“.

Gleich zu Beginn möchte ich es nicht versäumen, mich recht herzlich beim Landschaftsverband Rheinland zu bedanken für die Ausrichtung dieser Tagung in Kooperation mit der LAG 21 und dem Institut für Kirche und Gesellschaft der evangelischen Kirche von Westfalen.

Ich will jetzt der verlockenden Versuchung widerstehen, nochmals, nachdem dies Frau Beck bereits getan hat, auf unsere Referenten und deren Reputationen einzugehen. Aber ich glaube, gerade mit der diesjährigen Auswahl von global bis lokal können wir auch dem Anspruch des Titels der Fachtagung gerecht werden: [Rio]+15 [Johannesburg]+5. Der globale Aspekt wird vertreten von den auch dort involvierten Herren Professoren Töpfer und Radermacher quasi als Rahmen der Tagung. Und dazwischen findet -15 Jahre Agenda in NRW- das Regionale mit dem Präsidenten des Landkreistages NRW LR Kubendorff und Minister Uhlenberg statt; global betrachtet ist NRW auch nur eine Region.

Doch was sind globale Aufgaben und staatliche bis regionale Rahmenbedingungen und Anforderungen, wenn diese nicht im lokalen Bereich, auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Kreisen realisiert werden? Deshalb auch ein entsprechender Schwerpunkt heute Nachmittag und morgen in den Workshops, die von engagierten Kolleginnen und Kollegen von der LAG-Basis bestritten werden.

Aus eigener Erfahrung als Agenda-Mensch eines Kreises weiß ich wie oft wir uns in unserer täglichen Arbeit verzetteln und acht geben müssen, die globalen Fragen an unsere Zivilgesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren. Aber ich denke gerade dieses Element, global Denken und lokal Handeln, macht die Aufgabe Lokale Agenda-Prozesse vor Ort zu organisieren und zu moderieren, spannend und zugleich aber auch sperrig in der Wahrnehmung durch Dritte. Dies gilt sowohl in Bezug auf die Verwaltungen, die Politik als auch die Interessengruppen und die Bevölkerung.

Bei aller Höflichkeit, die im Rahmen einer Begrüßung zu dieser Fachtagung, insbesondere an die Adresse der Gastgeberin geboten ist, so möchte ich Ihnen, Frau Beck, doch in einem Punkt widersprechen:

„Die Agenda 21 wurde zu einer Selbstverständlichkeit“ führten Sie aus. Schön wäre es, wenn es so wäre, aber in der Realität sind wir leider, Ausnahmen mögen wie immer die Regel bestätigen, noch ein gutes Stück davon entfernt.

Wenn es Selbstverständlichkeit wäre, dann bräuchten wir ganz pointiert betrachtet, keine solche Veranstaltung, keine Mahner wie Prof. Töpfer, keine Agenda-Büros, keine Agenda-Projekte und -Prozesse und keine LAG 21.

Von der Idee, über Projekte in Prozesse und in nachhaltige Managementstrukturen zu gelangen, das muss das Ziel sein, um dann auch sagen zu können, Agenda 21 – nachhaltige Handlungsmuster im sozialen, ökonomischen und ökologischen Einklang sind Selbstverständlichkeit.

Die Aktivitäten der LAG 21 zum einen in ihrer Netzwerkfunktion zwischen den Gruppen, Städten und Gemeinden und zur Stärkung der kommunalen Agenda sowie als Mittler auf landes- und regionaler Ebene haben genau dieses Ziel. Hierbei denke ich unter anderem

an das Projekt „Flächenmanagement als partizipativer Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung“, das von der LAG 21 mit finanzieller Förderung des Umweltministeriums des Landes NRW durchgeführt wird.

Dieses Thema will ich hier nur anreißen, da sowohl Pfarrer Klaus Breyer die Netzwerkarbeit noch vorstellen wird, als auch im Diskurs Nachhaltigkeit „Vom Projekt zum Prinzip auf kommunaler Ebene“ heute gegen Ende des ersten Tages dieses behandelt wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Ende meiner kurzen Ausführungen im Rahmen der Begrüßung noch ein Beispiel anfügen, das zeigt, dass Nachhaltigkeit lokal im Spannungsfeld mit global zu sehen ist und das meines Erachtens auch schon den Bogen zum Vortrag von Prof. Töpfer schlagen kann.

Hier in Deutschland wird der Einsatz von Palmöl als regenerativer und damit CO₂-neutraler Energieträger gefördert. Weiß jeder, der dies befürwortet, dass zu dessen Produktion Urwälder in Südostasien abgeholzt, ja sogar brandgerodet werden, um Palmölplantagen anzulegen? Urwälder, die ein vielfaches CO₂-Aufnahmevermögen haben, als die Plantagen. Weiß jeder, dass dadurch die Bodenkrume zerstört wird und die Wasserbilanz massiv negativ beeinträchtigt wird? Die Folgen für den Klimaschutz brauche ich hier im Saal nicht auch noch zu benennen, aber vielleicht sollte ich noch darauf hinweisen, dass Sozialstrukturen und kleinteilige Erwerbstätigkeit vor Ort zerstört werden. Um aus diesem Teufelskreis heraus zu kommen, muss meines Erachtens die Regionalität, die regionalen Wertschöpfungsketten mit regionalen Produkten und Kreisläufen globalisiert werden. Diesen Anspruch sollten wir an uns alle stellen und nachhaltige Regionalität anstreben unter Beachtung der globalen Notwendigkeit unter dem Motto: Globalisierung der Regionalisierung.

Ich hoffe, dass diese Fachtagung uns allen ein Stück weitere Sensibilisierung hierfür gibt und uns in diesem Bestreben bestärkt.

Herzlichen Dank

Nachhaltige Entwicklung - Auswege aus der Globalisierungsfalle?



Prof. Dr. Klaus Töpfer,
Rat für Nachhaltigkeit der Vereinten Nationen

Guten Tag meine sehr verehrten Damen und Herren,
Herr Attermeyer, Herr Breyer,
Vorsitzende,

es ist mir eine große Freude das ich hier sein darf.
Ich muss Ihnen nämlich sagen, ich hatte alles vor, nur nicht heute auch noch zu solchen Fachleuten zu kommen. Aber wer kann schon dem zwingenden, gewinnenden Charme von Herrn Breyer widerstehen? Das ist nahezu unmöglich und deswegen muss ich bekennen, ich habe nicht widerstanden.

Zu Herrn Attermeyer will ich nur sagen, es könnte ja sein, dass diese Geschenke, die Sie gerade verteilt haben, die kleinen Maulwürfe, auch dem nächsten Redner überreicht werden. Könnte ja sein. Wenn dem so ist, Herr Attermeyer, bedenken Sie bitte – und ich weiß, da war noch eine Tüte, nur deswegen bin ich so frech – Ich brauche zwei. Ich bin nämlich seit 6 Wochen Großvater von Zwillingen und dann muss ich darauf Wert legen, dass, wenn ich etwas mitbringe, es mindestens in doppelter Ausfertigung vorhanden ist.

Aber, Sie haben sich heute ein Thema gestellt, dass in den Daten nach hinten blickt. 15 Jahre nach Rio, 5 Jahre nach Johannesburg, und es ist ganz wichtig, das zu tun!
Ich habe einen mir in besonderer Weise ans Herz gewachsenen Philosophen in der Literatur kennen gelernt. Balthasar Grassian. Leider Gottes ist er sehr unbekannt. Ein Jesuit aus dem 17ten Jahrhundert in Spanien, der dieses herrliche Büchlein geschrieben hat: „Das Handorakel“. Es handelt sich um Aphorismen und darin steht ein schöner Satz, der inhaltlich auch erst mal daraufhin abzielt, er hätte sich nicht mehr zur Wiederwahl gestellt. Daraufhin schrieb er - und ich zitiere fast wörtlich: „Es ist das Zeichen der Klugen, dass sie die Dinge verlassen, bevor die Dinge sie verlassen“. Man kann gar nicht häufig genug erwähnen, dass es Personen geben soll, die das nicht gemacht haben. In diese Situation sollte man auch selbst nie kommen, wenn es irgendwie geht. Nie sollte die Reihe derer länger werden, die sagen, jetzt müsste er eigentlich doch mal gehen. Also, verlassen wir die Dinge, bevor sie uns verlassen. Das fällt nicht immer leicht, weil man meistens der Meinung ist, ohne dich geht es nicht und deswegen ist es auch immer wichtig, einen zweiten Satz von Grassian zu zitieren, der da lautet: „Das Schwierigste am Laufen ist das Stillestehen“.

Das Schwierigste am Laufen ist das Stillestehen. Da muss man schon ein Philosoph sein, um eine solche Aussage zu wagen. Wenn man deutlich macht, dass es eigentlich immer leicht ist, einfach weiter zu laufen, am weitesten zu laufen; aber dann plötzlich still stehen, das wird dann zum Risiko. Ein Risiko deshalb, weil beim stetigen Laufen die Gefahr besteht, dass die Kraft noch weiter wirkt, wenn man plötzlich still steht und man deshalb auf die Nase fliegt. Es kann dazu kommen, dass man auf einmal anhält und sich sagt, was betrachte ich denn da eigentlich? Laufe ich oder werde ich gelaufen? Und deswegen sind solche Tagungen, die nachhaken woher wir kommen, wie der status quo ist und wie die Ziele waren. Nicht etwa eine Nabelschau, derartige Tagungen sind nicht so etwas wie eine nostalgische Erinnerung, sondern wichtig um einmal anzuhalten, um Kraft für den weiteren Lauf zu sammeln.

Deswegen ist diese Tagung sinnvoll und richtig. Keine Nostalgieveranstaltung. Und 2007 ist ein wichtiges Datum. Wir haben nicht nur 15 Jahre dieses Prozesses, ich vertiefe das gleich, sondern wir haben heute, im Jahr 2007 wie auf den Tag genau 20 Jahre Brundtland-Report. Vor 20 Jahren ist dieser Report zur nachhaltigen Entwicklung geschrieben worden. Die Norweger veranstalten in diesem Jahr aus gegebenem Anlass eine große Konferenz. Sie machen es genauso.
„Das Schwierigste am Laufen ist das Stillestehen“. Denn wir müssen ganz ehrlich sagen,

die größte Gefahr für ein gutes Konzept ist, dass es zu einer Inflation des Gebrauches dieses Namens kommt. Exakt das ist der Nachhaltigkeit passiert. Wenn du heute „Nachhaltigkeit“ sagst, wagt schon keiner mehr nachzufragen, was das denn nun eigentlich sei. Ich möchte an dieser Stelle einen kleinen Scherz anbringen der von einem Hauptmann der kaiserlichen Artillerie in preußischen Zeiten berichtet. Er versuchte seinen Rekruten die Berechnung der Schussbahn zu erklären. Hat gesagt: „Rekruten, zur Berechnung der Schussbahn brauchen wir den Satz des Pythagoras $a^2+b^2=c^2$ “ und hat hinzugefügt: „Unter Zivilisten pflegt man das zu beweisen. Bei Soldaten gilt Ehrenwort!“

Bei dem Begriff Nachhaltigkeit ist es langsam so geworden: es gilt Ehrenwort. Was nicht alles nachhaltig geworden ist. Es gibt solche Begriffe, die ihren Sinn dadurch verlieren, dass sie zu häufig und zu undifferenziert ungefragt genutzt werden. Und deswegen ist es wiederum richtig, sich einmal einzuschalten und zu fragen: Was ist denn das? 20 Jahre nach den Brundtland-Berichten. Würden wir jetzt denselben Brundtland-Bericht schreiben? Das ist ja wirklich eine wesentliche Frage. Denn in diesen 20 Jahren ist eine ganz entscheidende, wirklich historische Veränderung eingetreten. Der Brundtland-Bericht ist noch in einer bipolaren Welt geschrieben worden und wir sind seit dem Fall von Mauer und Stacheldraht in einer globalisierten Welt.

Welche Konsequenzen hat die Globalisierung für diesen Nachhaltigkeitsprozess? Auch deswegen ist das Thema, das Sie gewählt haben sinnvoll. Die Globalisierung ist im Brundtland-Bericht nicht eingebunden. War auch gar nicht denkbar. Stellen Sie sich mal vor, damals hätte jemand in diesem Bericht formuliert was nach dem Fall des sowjetischen Systems passiert. So wie man uns auch mal gesagt hat: Ihr wart ja gar nicht vorbereitet auf die Wiedervereinigung. Ich frage mich immer nur, wie hätten wir was in die Schubladen gelegt? Und wenn Sie das müssen, wissen Sie im politischen Bereich, wenn Sie etwas veröffentlichen wollen, dann müssen Sie oben „ ganz geheim“ drüber schreiben, dann ist es veröffentlicht. Veröffentlichen Sie das im Bundesanzeiger, nimmt keiner Notiz davon. Also, natürlich ist darüber nicht nachgedacht worden. Und viele der Dinge, die wir heute diskutieren müssen sind eben noch nicht so angelegt gewesen. Sie können aus demselben Gedankengebäude heraus gelöst werden.

Zum Beispiel fehlt im Brundtland-Bericht ganz sicherlich die hohe Bedeutung, die Sie ja auch in der Ausstellung aufgegriffen haben: die Bedeutung der Kultur. Und dass Kultur in einer globalisierten Welt eine andere Bedeutung hat als in einer bipolaren, ist ganz unstrittig.

Ich hab das in meiner Zeit in Afrika sehr deutlich erlebt. Je mehr die Menschen die Sorge hatten, ihre Identität als Preis für die Globalisierung zu verlieren, umso stärker wurde die Rückbesinnung auf die kulturelle Identität.

Ich muss ganz deutlich sagen, wir werden eine Globalisierung nicht stabil halten können, selbst wenn wir das wollten, wenn wir als Preis dafür einen Verlust von Identitäten auf kultureller Ebene abverlangen. Und das ist in vielen Fällen der Fall. Gehen Sie mal mit mir nach Nairobi und sehen Sie abends Fernsehen. Dann sehen Sie dort, in Nairobi, die alten soap operas aus Hollywood die 20 Jahre alt sind. Diese haben mit den Lebenserwartungen der Menschen dort überhaupt nichts zu tun. Sie blenden eine völlig andere Realität in diese Gesellschaft ein und haben damit eigentlich destabilisierende Tendenzen.

Also, das ist nicht nur so etwas „auch wir wollen uns jetzt mit Kultur beschäftigen“. Die Erhaltung von Identitäten, auch spiritueller Identitäten, hat etwas mit der Stabilisierung und der Erwartung der Menschen in einer globalisierten Welt zu tun. Deswegen ist das damals vor der Überwindung der Bipolarität nicht so deutlich im Mittelpunkt gewesen.

Natürlich können Sie hingehen und sagen, das ist auf der sozialen Ebene der Nachhaltigkeit verankert. Wenn wir die richtig interpretieren, können wir das mit einbringen. Ich will nicht sagen, dass es gänzlich unmöglich ist, aber ich bin davon überzeugt, würde der Brundtland-Bericht heute neu geschrieben, würde man ganz sicher der kulturellen Identität einen ganz eigenen Beitrag zuordnen. Weil die kulturelle Identität etwas Wesentliches für die Lebenserwartung in der eigenen Gesellschaft, für das eigene Verständnis der Menschen ist. Das führt dann schon ein gutes Stück zu dem, was der Vorsitzende gerade angesprochen hat, das führt dazu, dass kulturelle Identität zum Beispiel immer ganz eng verbunden ist mit der Diversität von Natur.

Wir haben in meinem früheren Unternehmen einmal eine Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen Artenvielfalt und kultureller Vielfalt gemacht. Als Indikator für die kulturelle Vielfalt wählten wir die Sprachen. Ich weiß nicht, ob Sie sich darüber klar sind, dass es in dieser Welt über 6800 Sprachen gibt. 2800 sind auf der Roten Liste der gefährdeten Sprachen. Und wenn Sie diese mit der Roten Liste der gefährdeten Natur korrelieren, sind diese fast deckungsgleich. Das heißt, Vielfalt hat auch etwas mit der Identität in der Heimat zu tun – ich wähle diesen alten Begriff bewusst – in der Natur. Wir haben ja in den meisten Fällen keine Naturlandschaften mehr, sondern wir haben Kulturlandschaften. Diese verstehen sich nur aus dem kulturellen Selbstverständnis heraus. Wenn dieses Verständnis verloren geht, werden sie auch in der Kulturlandschaft nicht mehr diesen Gegenpart haben. Insofern sind die ganz eng miteinander verbunden und gehen in vielen Bereichen deswegen auch weiter, weil damit die regionale Komponente nicht als eine ideologische Komponente betrachtet wird. Was sehr schnell der Fall ist, wenn man sagt, wir sind erst einmal gegen die großen, multinationalen Konzerne und deswegen bleiben wir bewusst regional. Diese Meinung/Position ist stark vertreten. Wenn Radermacher nachher kommt, wird er Ihnen viel dazu sagen. Ich hatte gestern Abend die Freude, mit ihm bei Siemens darüber zu diskutieren.

Das heißt, das ist auch ein Zugang zu der Notwendigkeit der regionalen Identitäten. Aber es ist viel direkter für meine Begriffe, wenn wir uns darin verstehen, dass Globalisierung überhaupt nur stabil sein kann, wenn sie getragen wird aus der Stabilität kultureller Identitäten. Und damit auch ökologischer Identitäten.

Wenn Sie den allgemeinen Verfahren unserer Zeit nachgehen, könnten Sie sagen, das kann man sogar ökonomisieren. Das kann man sogar berechnen. Diese Ergänzung hätten wir sicherlich bei dem Brundtland-Bericht bekommen, andere auch. Ich will mich nicht zu lange damit aufhalten. Aber denken Sie auch einmal darüber nach, weil Sie alle den Brundtland-Bericht mehrmals gelesen haben und er Ihnen deswegen völlig geläufig ist. Denken Sie mal darüber nach, wenn sie ihn sich durchlesen. Er ist noch an vielen, vielen Stellen sehr aktuell, sehr treffend und richtig. Ich rate natürlich dringend davon ab zu sagen: „Da müssen wir mal die Nachhaltigkeit neu erfinden“. Denn damit komme ich schon zum nächsten Punkt.

Wer glaubt, heute könnten wir eine Agenda 21 noch mal so verhandeln wie wir sie 1992 verhandelt und vorgelegt haben, der irrt gewaltig. Wir würden diese Ergebnisse nicht mehr erzielen können. Und deswegen müssen wir sie fast bis zu der Ecke verteidigen, in der wir sagen, das wir sie selbst ändern würden. Das ist immer das alte Lied, wenn man irgendwo einen Deckel aus guten Gründen aufmacht, weiß man nie wie man ihn am Ende wieder schließt. Und deswegen war bei uns in der UN sehr bedeutsam, dass wir die Charta der Vereinten Nationen immer zurückhaltend behandelnd haben. Weil wir gesagt haben: „Machen wir die auf, kommt da ein Flaschengeist heraus und wir wissen gar nicht, wie wir ihn dort wieder hineinbekommen“. Man hätte z. B. bei der Charta der Vereinten Nationen gut und gern die Ausführungen von Morris Strong, einem der Mitentscheidenden in Rio, aufnehmen können. Wir haben ja die verschiedenen councils in den Vereinten Nationen, z.B. Eco Section, das ist der Ökonomische und Soziale Council. Und da haben wir einen Sicherheitsrat. Ferner gab es noch den trusty-ship council, das war die Einrichtung, die man, als die UN gegründet wurde, etablierte, zur Treuhänderschaft für die Gebiete, die noch unter kolonialer Herrschaft waren.

Dieses trusty-ship council ist arbeitslos geworden mit der Selbstständigkeit einer Insel im Pazifik, seither gibt es diese koloniale Situation nicht mehr. Die Überlegung war, können wir nicht dieses council in unseren Zeiten so uminterpretieren oder mit solchen Aufgaben versehen, dass es eine Treuhänderschaft für die global gemeinsamen Güter, für Atmosphäre, für Ozeane, für Artenvielfalt übernimmt. Können wir nicht so eine Treuhänderschaft auch übernehmen? Es gibt sehr viele Gründe, auch wirklich gute Gründe dafür, ich habe eigentlich niemanden gefunden der gesagt hat, das sei eine dumme Idee. Aber niemand wagt sich an das Ding ran, weil man befürchtet, dass eine Aufhebung weitere Rückentwicklungen mit sich bringt.

Deswegen argumentiere ich nicht damit, dass wir einen neuen Begriff finden müssen. Aber wir müssen alles daran setzen, dass er aus der Beliebigkeit wieder herauskommt. Dass wir uns fragen: „Was muss denn unseren Kenntnissen der letzten 20 Jahren entsprechend mit

hinein gearbeitet und gedacht werden?“

Interessant ist, dass die erste Konferenz, die nicht in Ihrem Titel mit aufgenommen wurde, schon vor dem Brundtland-Report stattgefunden hat. Die erste Konferenz, die sich darauf bezog, war 1972 in Stockholm. Das war die United Nations Conference on the human environment, ebenfalls unter der Verantwortung von Morris Strong. Es war eine erste globale Umweltkonferenz und hatte mit Entwicklung noch keine Querverbindung. Sie kam aus der Erfahrung heraus, dass Umwelt offenbar globaler Lösungen bedarf, weil globale Probleme damit verbunden sind. Wenn Sie sich auch damit beschäftigen, werden Sie staunen, wie vieles wiederum vom Ostblock boykottiert wurde, weil man meinte, es handele sich um eine Anklagekonferenz gegen die Anderen.

Wenn wir heute, 20 Jahre nach der United Nations Conference on the human environment, darüber diskutieren, ob wir eine United Nations Environmental Organisation brauchen und damit Chiracs Vorschläge aufgreifen, vergessen wir, dass bereits als Ergebnis der Konferenz von Stockholm UNEP stand – das sage ich auch deswegen, weil viele heute sagen, wir hätten damals vergessen, die institutionelle Komponente einzubinden. Sagt man, wir müssten die Umweltorganisation in den Vereinten Nationen stärken, ist das indirekt ein Vorwurf, dass wir das 1992 eben nicht getan haben.

Das einzige, was wir 1992 im institutionellen Bereich gemacht haben, war die Einrichtung der Commission on Sustainable Development, deren Vorsitzender ich auch war. Das war gut gedacht, vorallem aber gut gemeint. Eine Zeit lang bedeutete *gut* auch immer *gut gemeint*. Es hat genau dies aber nicht erfüllt.

In Stockholm entstand UNEP und dann sind wir nach Rio gegangen. Wissen Sie, das war ja eine ganz bedeutsame Zeitepoche. Wir sind mit soviel Optimismus, soviel Euphorie dorthin hingegangen, wie man sich das heute kaum noch vorstellen kann. Es war praktisch unmittelbar die Zeit nach dem Fall der Mauer. Es gab keine Bipolarität mehr. Wir waren alle davon überzeugt, dass es jetzt eine gute Möglichkeit ist, um die Friedensdividende dazu nutzen zu können, einen neuen Kalten Krieg zwischen Nord und Süd oder einen Kalten Krieg zwischen Mensch und Natur zu verhindern. Weil wir ihn nicht mehr brauchten als Abschreckung oder als Vorsorge im Hinblick auf die Auseinandersetzungen zwischen Ost und West. Diese Euphorie war zwar unglaublich faszinierend, wer dabei war wird sich immer daran erinnern, aber sie hatte eine sehr negative Konsequenz. Sie hat die negative Konsequenz, dass wir uns damals gar nicht vorstellen konnten, dass man sehr klare quantitative Ziele braucht. Ganz klare Zeitabschnitte und Überprüfungsmechanismen, Monitore und Programme, wenn man etwas umsetzen will.

Die Agenda 21 leidet exakt darunter. Dass die Agenda 21 sagt, das was gemacht werden muss, ist immer noch richtig. Aber sie hat nirgendwo einen verpflichtenden Zeitrahmen genannt, der dann auch überprüft, mit Adressaten versehen und eingefordert werden konnte. Das Höchste, zu dem wir uns durchgerungen haben, war *as soon as possible* und da waren wir damals sogar der Meinung das ist *very soon*, das kommt demnächst. Das heißt, wir haben ganz ehrlich Fehler aus der Überlegung heraus gemacht, dass man ja ohne wenn und aber damit rechnen konnte, dass jetzt die Ressourcenfrage geklärt ist. Jetzt können wir das erreichen.

Die Tatsache, die das Positive dabei darstellt ist, dass wir eben in diesen Papieren Thesen formulieren konnten, die, hätte man sie mit einem Finanzrahmen, mit Zielen, mit Quantität usw. bedacht, auch in dieser Zeit erhebliche Schwierigkeiten verursacht hätten. Und das gilt nicht nur für die Agenda 21, es gilt wahrscheinlich noch mehr für das etwas vergessene Papier was wir die „Rio Principles“ nennen. Dort ist z. B. das Vorsorgeprinzip formuliert. Das nehmen wir als ganz selbstverständlich hin, aber die größte, umstrittenste Frage in der globalen Diskussion ist: Was ist das Vorsorgeprinzip? Darin besteht die gesamte Diskussion zwischen den Regelungen im Handelsabkommen, also in der World Trade Organisation und den Umweltkonventionen und den Protokollen. Wir haben dort alle immerhin erreicht, dass es eine Vorsorgemaßnahme gibt. Z.B. in Fällen wo es schwerwiegende negative Auswirkung für die menschliche Gesundheit und die Umwelt geben kann. Hier darf der Mangel an letztem wissenschaftlichem Nachweis nicht als Alibi genutzt werden, um ein Handeln zu verschieben. Das ist das Vorsorgeprinzip.

Wenn Sie heute mit Amerikanern darüber diskutieren, wissen Sie, das ist kein verhandelbares Thema. Die lehnen das als nicht wissenschaftlich ab. Dabei wurde extra formuliert, dass ein Mangel an wissenschaftlicher Kenntnis nicht als Begründung genommen werden darf um nicht zu Handeln. Die gesamte Diskussion, die wir danach immer hatten war, wie solche Konventionen, Protokolle, Handlungsprogramme usw. ausgelegt werden. Immer angebunden an die Fragestellung wie das Vorsorgeprinzip funktioniert. Im Handelsabkommen haben Sie nicht Vorsorge, sondern da haben Sie risk assessment. Sie müssen in einem Risikobewertungsprozess nachweisen, dass es Belastungen für die menschliche Gesundheit gibt. Wenn du das nicht kannst, musst du importieren. Das ist die Regelung der WTO. Das ist in unserem Bereich nicht der Fall. Wie gesagt, in Deutschland ist es eine Selbstverständlichkeit wie wir verfahren, aber im globalen Bereich ist das eine ganz, ganz große Errungenschaft. Genauso wie in den Rio Principles formuliert wurde, dass es in dieser Welt eine *common but differentiated responsibility* gibt. Eine gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung.

Auch aus diesem Satz wollen sich heutzutage sehr, sehr viele der hochindustrialisierten Ländern herausmogeln. Wenn Sie die Diskussion um das Klima verfolgen, dann heißt es von den zumindest jetzt noch im weißen Haus Regierenden: Eigentlich können wir ja nur Handeln, wenn die Chinesen auch Handeln. Das ist einer der ganzen Sätze.

Der hat auch Überschwapp-Effekte nach Europa. Man sagt mir sogar bis nach Deutschland, aber das ist wahrscheinlich nicht ganz richtig. Das heißt, es wird immer gesagt: Dies muss miteinander verbunden werden und all die anderen, die als Entwicklungsländer in einer anderen Ausgangssituation sind, sagen Nein. Wir haben eine gemeinsame aber unterschiedliche Verantwortung. Die Tatsache, dass wir einen Klimawandel haben, hat mit uns gar nichts zu tun. Es hat was mit euch zu tun. Und deswegen möchten wir das ihr handelt und uns Freiräume schafft.

Keine ganz falsche Betrachtung. Sie wissen das wir mehr und mehr in dem gesamten Klimabereich dazu kommen zu fragen: „Was ist denn der gerechte, der richtige Ansatz für die Nutzung der Atmosphäre als Abfalleimer für CO₂ oder Methan?“

Da sind die Einen, die sagen das ist das Bruttosozialprodukt oder es ist die Anzahl der Bevölkerung die wir haben. Andere gehen hin und sagen es gibt keinen Unterschied, also verteilen wir das, was wir bis zu einer Höhe von 480 oder 450 bpm CO₂ an die Atmosphäre emittieren können, durch die Zahl der Köpfe und das hat jeder einzuhalten. Wer es nicht einhält, muss bei denen, die drunter bleiben was kaufen. Das ist der Ansatz den Sie an vielen Stellen finden, wenn Sie jetzt das letzte Gutachten des Rats für Global Change (Globalen Wandel der Bundesregierung) lesen.

Das hieße konkret, bei den Zahlen die dabei eine Rolle spielen, pro Jahr eine CO₂ Emission pro Kopf von etwa 2 Tonnen. Dabei müssen Sie wissen, dass wir in Deutschland etwa zwischen 9 und 10 Tonnen liegen. Die Amerikaner liegen bei etwas über 20 Tonnen. Die Inder bei unter 1 Tonne. Das heißt, wer jetzt 10 Tonnen emittiert, müsste etwa mit den Indern darüber verhandeln, dass man die dort nicht ausgeschöpften Emissionsmengen hier produzieren kann. Das kann man z.B. mal für 10 Jahre machen. Und dann kommen die Inder zurück und sagen, dass sie selbst gewachsen sind und es jetzt selbst brauchen. Das heißt, wir kriegen einen solchen Ansatz und dann hat man natürlich genau dieses Prinzip der Rio Principles einer gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung aufgegriffen. Eine sehr faszinierende Sache. Die Schweizer haben sich vorgenommen, offiziell schon beschlossen, eine 2000 Watt Gesellschaft zu werden. Das ist exakt der selbe Gedanke der da hinter steht.

Deswegen muss man immer und überall sagen, dass das Erfolgreichste, was wir in Rio beschlossen haben, die lokale Agenda 21 ist. Das ist auch unstrittig.

Es ist das Erfolgreichste was wir haben, weil es Menschen erreicht und ihnen aufzeigt das sie schlussendlich nicht darauf verweisen können, dass ihre Emissionen 0,0000001 sind. Sondern es kommt genau darauf an, dass wir unsere Verhältnisse selbst mitgestalten und in unseren Gemeinden, in unseren Städten dafür werben und dementsprechend handeln. Das heißt wir kommen genau in diese Ebene zurück..Und das ist ja nicht irgendwie so etwas wie ein freundliches Alibi, damit sich Bundesregierung, Landesregierung und andere aus dieser Aufgabe verabschieden können. Das ist kein Abschieben, sondern das ist der beste Ansatzpunkt auch wirklich Menschen zu erreichen. Sie zum Mitdenken und konkrete Änderungen erzielen wollen zu motivieren.

Deswegen ist die Agenda 21 unstrittig weltweit als das Erfolgreichste aus Rio verstanden worden. Das ist richtig so! Und es wird noch bedeutsamer! Denn wir wissen, dass diese Welt, so wie sie sich jetzt darstellt, bedeutsame Änderung erfahren wird. Wir werden erhebliche quantitative Änderungen erfahren. Ich werde nicht müde darauf hinzuweisen, dass in der Zeit als ich geboren wurde, diese Welt 2,6 Milliarden Einwohner hatte. Und nun weiß ich zwar das ich alt bin, aber auch nicht so alt. Das ist ein nicht mal vollendetes Leben. Und ich hoffe es wird noch ein bisschen länger sein. In dieser Zeit als ich geboren wurde lebten 2,6 Milliarden Menschen. Jetzt sind wir 6,5. Das sind ca. 4 Milliarden mehr. Und wir werden in der Lebenszeit dieser von mir vorhin genannten Zwillinge zu mindestens etwa 8,5 – 9,5 Milliarden haben. D. h. es wird sich stark quantitativ verändern. Und wenn Sie diese Quantität etwas näher betrachten, dann werden Sie sehen, dass sich vor allen Dingen die Siedlungsmuster verändern werden.

Es wird eine sehr viel stärkere urbane Welt werden. Die Chinesen sagen mir, dass im Jahr 2030 bereits etwa 60% ihrer Bevölkerung in urbanen Strukturen, sagen wir besser: in städtischen Strukturen, leben werden. Ob das tatsächlich urbane Strukturen sind wage ich ein bisschen zu bezweifeln. Da stellt sich die Frage: Wie gestalten wir die lokalen Verhältnisse? Das wird die entscheidende Frage für die Zukunft sein.

Die Nachhaltigkeit der Entwicklung dieser Welt entscheidet sich in den Städten, in den Siedlungsstrukturen. Das ist kein freudiges ihnen Zuwinken. Sondern es ist eine Tatsache. Deswegen müssen wir uns fragen, wie wir die Städte gestalten, so dass sie den Anspruch erheben können nachhaltig zu sein. Mit Städten meine ich immer räumliche Siedlungssysteme eingeschlossen. Man muss sehen, dass die Frage der Austauschverhältnisse zwischen Stadt und Land eine ganz andere Komplexität ohne dies bekommt. Noch dazu in einer Zeit in der wir für unsere Gesellschaft eine rückläufige Bevölkerungszahl zu unterstellen haben. Und die ist nicht gering. Und wenn sie nicht so gering ist, dann ist sie es deswegen nicht, weil unsere Gesellschaft nicht nur älter und kleiner, sondern auch bunter wird.

Die Frage wie wir Prozesse in unseren Siedlungsstrukturen organisieren, so dass diese buntere Welt, diese buntere Bevölkerung dennoch eine Stabilität hat, geht genau auf das zurück, was auf die Ecke der Nachhaltigkeit im sozialen Bereich abzielt. Das ist die Herausforderung. Und diese bindet dann wiederum die kulturelle Ebene mit ein. Deswegen ist es ganz wichtig heute, in diesen Zeiten, mit denjenigen zusammen zu kommen, die auf lokaler Ebene Verantwortung übernehmen!

Ich halte das wirklich für weit mehr als eine an so einer Stelle notwendige und sinnvolle Motivation. Das ist eine Tatsache. Und wenn Sie sich das weltweit ansehen wird diese Idee noch viel dringlicher. Bisher sind unsere städtischen Strukturen weltweit viel mehr ein Teil des Problems der Nachhaltigkeit, als ein Teil der Lösung der Nachhaltigkeit. Da sehen Sie was notwendig ist im Umbrechen. Das ist eine gewaltige Herausforderung!

Wenn Sie heute die Indikatoren der Nachhaltigkeit nehmen, wenn Sie die hier relevanten Indikatoren – ich meine für die Kultur – mit den Schwerpunkten nehmen, dann sehen sie, dass die großen Stadtmaschinen eher Probleme haben diese zu erfüllen. Wenn sie ökologische Fragen stellen, dann sehen sie die ökologischen Belastungen und Schwierigkeiten in Städten. Da sind wir in Deutschland, das muss man deutlich sagen, wirklich positivste Vorreiter in der Organisation von städtischen Strukturen. Das muss ich deutlich sagen. Nicht nur im sozialen, sondern in anderen Bereichen ganz genauso. Aber das ist keineswegs automatisch ein Exportartikel. Aber es ist wichtig zu fragen: „Wie können wir diese so weiterentwickeln, dass es tatsächlich ein *changing of pattern of consumption* wird?“ So, wie wir es in Johannesburg beschlossen haben: eine Veränderung der Konsummuster. Das ist eine große, große Aufgabe.

Das geht in die gesamten Bereiche der Abfälle. Das ist nicht nur der feste Abfall den man in der Müllverbrennungsanlage oder in der Deponie wieder findet. Wir werfen viele Ressourcen weg. Wir werfen enorm viel Energie weg. Wir werfen enorm viel Natur weg. Sie können sehen, dass wir wirklich eine linear denkende Wegwerfgesellschaft sind, die sich jetzt langsam darauf besinnt, dass wir eigentlich aus unserem Vokabular den Begriff „Abfall“ streichen müssen.

Sehr interessant ist zu sehen, dass die Natur keine Abfälle kennt. Die Natur kennt Kreisläufe. Und wir sind aus den Kreisläufen herausgegangen und sind in eine lineare Struktur übergegangen und da sind eben die Entnahme und der Abfall miteinander verbunden. Wenn

sie die beiden Enden nicht zusammenbinden, dann werden sie auch in die Veränderung von Produkten und von Lebensweisen nicht hineinkommen. Weil sie zu spät anfangen darüber nachzudenken. Das war konkret das, was wir mit der Kreislaufwirtschaft einmal begonnen haben. Vorgestern hatte ich die Freude bei der Rohstoffkonferenz des BDI in Berlin eingeladen gewesen zu sein. Da reibt man sich ja die Augen! Das ist ja unglaublich! Natürlich hat sich das in der Zwischenzeit genauso bestätigt, wie wir das erwartet haben.

In einer Welt die diesen momentanen Wachstumsprozess erfährt, z.B. im Hinblick auf Globalisierung und die Erhöhung der Menschenzahl, werden ohne jeden Zweifel neben Energie auch Rohstoffe knapp werden. Wir reden immer davon wie der Ölpreis gestiegen ist. Haben sie sich vielleicht einmal gefragt, wie der Kupferpreis gestiegen ist? Wie viel teurer Aluminium geworden ist? Wie alle Metalle teurer geworden sind? Es ist ja kein Wunder. Und da habe ich bei diesem BDI-Kongress einen neuen Begriff gelernt, auf den sind wir selbst bei uns in bester Vermarktungsüberlegung nicht gekommen. Die nennen das jetzt urban mining.

Urban mining. Finde ich toll, es hat mich wirklich beeindruckt. Aber was damit gemeint ist, ist richtig. Wir haben in den städtischen Abfällen außerordentlich viele solcher Produkte, die man eigentlich sonst nur im Bergbau erreichen kann. Das heißt, in dem wir die Kreisläufe schließen, kommt eine ganz andere Ressourcenproduktivität zustande. Und wir kriegen auf einmal eine Antwort darauf, was sonst im linearen Denken eigentlich genau herauswächst aus der Machbarkeit und der Stabilität der Nachhaltigkeit einer Welt. Das heißt wir haben diese Fragen des Zusammenbindens, des Kreislaufs hier beantwortet?

Ich kann immer und immer wieder nur unterstreichen, dass ist der Exportartikel erster Qualität den wir für uns haben. Würden wir nach China kommen, sprächen wir dort von der *circular economy*. Das ist nichts anderes. Im Papier von Johannesburg haben wir die *life cycle economy*. Es ist nichts anderes.

Das heißt, die großen Aufgaben müssen darin bestehen, für eine globalisierte und weiter in der Zahl wachsenden Welt die Kreisläufe zu schließen und Abfälle zu vermeiden. Und darum kommen wir wieder auf den Punkt zurück, auf die Bedeutung der Dezentralität hinzuweisen. Denn das urban mining ist ein urban mining und nicht ein global mining. Das heißt es werden wiederum die kleinen Kreisläufe als Antwort auf die Notwendigkeiten einer globalisierten Welt bestätigt. Im Bereich der Energie sehen wir genau das gleiche. Noch mal, ich will nicht immer in den Fehler verfallen, dass man sich fast nur noch auf die Klimadebatte beengt und gar nicht merkt, was bei uns sonst noch alles an Problemen einer Antwort harret.

Aber wir haben natürlich im Energiebereich exakt das Gleiche. Selbst wenn wir nie eine Verbindung zwischen CO₂ und Klimawandel bekommen hätten, müssen wir alles daran setzen dezentrale Energien – und erneuerbare Energien sind dezentrale Energien – zu entwickeln.

Eine der ganz engen Korrelationen der Entwicklung, z.B. im Hinblick auf die Entwicklung des Bruttosozialproduktes, ist die Entwicklung der Energienachfrage. Sind die so eng miteinander verknüpft wie nichts anderes. Ich habe in der Universität als Volkswirtschafts-Student gelernt, dass die Elastizität von 1% mehr Bruttosozialprodukt mindestens 1% mehr Energienachfrage bedeutet. Das machen Sie jetzt in einer globalisierten Welt. Wo China gerade beschlossen hat sein Bruttosozialprodukt bis zum Jahre 2020 auf der Ebene von 2000 zu vervierfachen. Dann vervierfacht sich auch die Nachfrage nach Energie. Und wenn wir das nur über fossile Energien abarbeiten wollen, wird das wohl offenbar ein Versorgungsicherheitsproblem und vor allen Dingen ökonomische Preisprobleme bringen.

Da brauchen wir gar nicht noch zwischendurch den einen oder anderen terroristischen Katastrophenfall. Das ist in der Situation genau wie bei den Rohstoffen angelegt. Also ist es auch da sinnvoll, kleinere Kreisläufe wieder zu schließen und diese Energien zu ernten, die wir eigentlich bisher weggeworfen bzw. nicht beachtet haben. Ich könnte wieder bei dem Abfall anfangen, aber das geht in viele andere Bereiche hinein. Nur um das aufzugreifen, was der Vorsitzende gesagt hat, meine Damen und Herren, es gibt einige erneuerbaren Energien über die brauchen Sie sich gar keine Gedanken machen, die laufen weiter wie bisher. Dazu gehört z. B. die Biomasse. Warum?

Die Biomasse hat einen ganz großen Vorteil. Sie hat eine der stärksten Lobbys die wir in diesem Land haben, die Deutsche Landwirtschaft. Und wenn die Lobby mit antritt, dann können Sie davon ausgehen, dass es vorangeht. Und das ist im Kern eine richtige Überle-

gung. Sie können ja gar nicht übersehen, dass wenn wir mit der Welthandelsorganisation zu einem Ergebnis kommen wollen, das nur möglich ist, wenn wir Subventionen für die Nahrungsmittelerzeugung drastisch zurückführen. Das ist für jeden völlig klar. Wenn man die aber zurückführt, dann wird man die Fragen der Landwirte beantworten müssen, was sie denn jetzt tun sollen. Denn ohne diese Subvention kann das wohl nicht funktionieren.

Nur zur Kenntnisnahme: Der Indikator für Armut in dieser Welt ist 1 US-Dollar am Tag. Der Subventionswert einer europäischen Milchkuh sind 2 Euro am Tag. Auch der Bundespräsident hat bei seiner letzten Reise in Afrika gesagt, dass wir endlich mit diesem Schwachsinn aufhören müssen, unsere Überschüsse hoch subventioniert in die Dritte Welt zu bringen und damit dazu beitragen, dass sich dort eine Landwirtschaft nicht entwickeln kann. Wenn wir das erreichen wollen, wird die Frage immer offen sein, was es dann in unseren ländlichen Regionen geben wird. Und dann stellt sich natürlich mit großer Bedeutung und Nachdruck die Frage, ob wir nicht mehr Landwirte, sondern Energiewirte sein können.

Es ist nicht zu kritisieren. Das ist zu erwarten. Ich hatte die Gelegenheit bei der Konferenz die Herr Seehofer in seiner EU-Präsidentschaftsqualität in Nürnberg zu Biomasse gemacht hat, zugegen gewesen zu sein. Der Hauptinteressierte war natürlich in besonderer Weise die Landwirtschaft. Wie gesagt, das ist gar kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung. Ich mache mir keine Gedanken darüber, dass diese Energie nie vorgebracht wird. Ich mache mir Sorgen, dass dieses zu Entwicklungen führt, die uns in ganz anderen Bereichen erhebliche Probleme machen können.

Die Aufgabe ist ja wiederum eine Dreier-Aufgabe. Wir wollen volle Tanks haben, wir wollen volle Teller haben und wir wollen eine intakte Natur haben. Die Drei müssen wir zusammen bringen. *Full Tanks, full plates, intact Nature*. Es gibt eine Konkurrenz zwischen den einzelnen Erfüllungen. Wir bekommen eben Probleme für die intakte Natur wenn lediglich diskutiert wird und man dann ohne Standards z.B. in die Palmölproduktion in Indonesien und Malaysia hineingeht.

Deswegen die dringende Notwendigkeit bei uns Standards festzulegen. Ökologische Standards. Wie muss Biomasse erzeugt werden, damit sie auch wirklich das erreicht? Und wir müssen uns klar darüber werden, dass wir so etwas wie eine Mindesternstehöhe für Energie haben. Denn wenn man aus den einzelnen Biokomponenten Diesel oder Benzin macht, braucht man erst einmal Energie für die Herstellung. Der Erntefaktor ist ja der Nettoeffekt. Und es gibt natürlich viele Leute die sagen, dass dieser Nettoeffekt negativ und nicht positiv ist. Wenn Sie das mit einbinden, etwa in die Nutzung von Dünger – Sie wissen Dünger hat die Bindung zu N_2O , zu Lachgas und Lachgas ist natürlich auch ein atmosphärisch wirksames Gas –, dann kommen sie wieder auf solche Überlegungen. Das ist wiederum nicht böswillig weil wir sagen, wir wollen den Landwirten das nicht gönnen, sondern wir müssen das frühzeitig analysieren, damit wir nicht von Euphorie hinweggefegt werden. Und hinterher sagen, jetzt haben wir genau das Gegenteil von dem erreicht was wir wollten. Darum geht es.

Deswegen haben wir in Nürnberg versucht klar zu machen, dass wir eine Standardsetzung der europäischen Union für Biomasse, vor allen Dingen Biotreibstoffe brauchen.

Da gibt es noch viele weitere Punkte wie die 2. Generation usw.. Ich will das nur angesprochen haben. Also wir müssen da genau mit hinblicken. Wir müssen aber auch dort wieder auf die kleineren Kreise zurückkommen. Für alle, vielleicht mit Ausnahme der Wasserkraft, ist es eine dezentral organisierte Technologie die dem zu Grunde liegt. Das die auch Ergänzungen in anderen Bereichen hat ist gut und richtig. Wenn ich sehe wie man etwa mit Nordafrika in der Solarenergie zusammenarbeiten kann. Und damit Strom oder Wasserstoff für uns mit erzeugen kann. Dann haben sie zwar auch eine Großtechnologie, die ich aber dennoch für notwendig und richtig halte.

Das heißt es ist eine Entwicklung mit Nachhaltigkeit verbunden die in Städten ansetzt. Weil das, was wir dort brauchen, eigentlich den Beleg erbringen muss, dass es nachhaltig erzielt werden kann. Und deswegen brauchen wir diese planeren Netze. Die benötigen wir bei allen Abfällen. Wir brauchen sie bei der Nutzung von Wasser. Ich gehe davon aus, dass wir alle noch denn wasserautarken Haushalt erleben werden. Das wir sehr viel mehr Kreislauf-führung in Haushalten haben werden für Wasser. Ich bin auch sehr davon überzeugt, dass in der Frage der Abwasserbehandlung der bisherige Weg nicht der sein wird, der bleiben

kann. Er ist viel zu kapital- und energieintensiv. Es ist unverständlich, dass wir erst mit Macht und ohne Sinn und Verstand alle Abwässer mischen, um sie dann gemeinsam über eine lange Leitung in eine Kläranlage zu bringen und sie dort mit viel Sachverstand wieder voneinander zu trennen. Das wird wahrscheinlich nicht die Lösung für die Zukunft sein können. Und wenn sie einmal in wasserknappen Gebieten waren wissen Sie, dass es das nicht ist.

Wir müssen massive Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir die Mobilität gerade auch in Städten der Zukunft anders bewältigen als wir es jetzt tun. Das ist wiederum kein ideologischer Angriff. Ich fahre auch Auto, obwohl ich heute mit anderen Verkehrsmitteln gekommen bin.

Ich weiß nicht ob es Ihnen auch so geht. Ich habe von Herrn Mehdorn gehört, dass nur noch 5% der Züge verspätet sind. Ich muss das Pech haben, dass ich immer in den 5% sitze. Ich bin noch nicht dahinter gekommen, wie das miteinander zusammenhängt. Aber ich komme ja auch gerne 20 Minuten später. Wenn ich keinen Anschluss habe, ist das auch nicht so tragisch.

Also wir brauchen andere technologische Lösungen für Mobilität. Das geht auch über die Frage anderer Motorkonzepte. Welche anderen Antriebskräfte haben wir? Wir werden sicherlich aus den Antriebskräften über fossile Energieträger herauskommen. Das geht in Biokraftstoff mit hinein. Da geht es ganz sicherlich auch um die Frage: Wann und wie kann man einmal Wasserstoff dafür mitnutzen?

Alles dies sind Ansätze die genau dazu beitragen, dass wir aus der Gestaltung von Siedlungsstrukturen von Städten heraus die Anregung bekommen müssen, die Notwendigkeiten bekommen müssen, um auch diese Welt nachhaltig weiterzuentwickeln.

Ihre Aufgabe ist zentral. Einfach deswegen, weil der Beleg erbracht werden muss, dass solche Siedlungsstrukturen auch nachhaltig, das heißt ohne das Prinzip Wegfall, ohne die Verdrängung und Externalisierung von Kosten, in solchen Strukturen möglich sind.

Es war mir eine Freude Ihnen dies noch einmal vortragen zu können, meine Damen und Herren. Interessant war es ja immer, um das am Abschluss zu sagen. Dass man sich in diesen Konferenzen weiterentwickelt hat. Wie gesagt, die erste hieß *United Nations Conference on the human environment* und war eine Umweltkonferenz.

Bei der zweiten 1992 wurde uns schon gesagt: das ist keine Umweltkonferenz mehr. Das darf nicht sein. Und deswegen war es nicht die 2. *United Nations Conference on the human environment*, sondern es war die *United Nations Conference on environment and development*. Und glauben Sie mir, ich war damals Umweltminister. Wir sind vorher durch die Welt gereist und haben mit den Entwicklungsländern und so weiter darüber diskutiert. Und sie waren alle der Meinung, der Titel müsste heißen: *United Nations Conference on development and environment*. Für sie war immer ganz klar: der erste Begriff darin muss *development* lauten und nicht *environment*. Und das haben wir in Johannesburg, wenn Sie so wollen, gemacht.

Johannesburg war nicht mehr die 2. *United Nations Conference on environment and development*. Es war *United Nations Conference for sustainable development*. Es war der Development-Bereich der diese Rolle gespielt hat. Und das ist nachvollziehbar. Es ist aber auch nachvollziehbar, dass wir belegen müssen, dass diese Entwicklung, die wir weltweit auch zur friedlichen Entwicklung dieses Planeten brauchen, so gestaltet wird, dass sie im Einklang mit den Leistungsfähigkeiten der Gesellschaften in ihrer Stabilität und mit den Leistungsfähigkeiten der Natur in ihren Beiträgen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebenserfüllung steht. Dies war ein bemerkenswerter Entwicklungsprozess, den wir eigentlich mehr oder weniger gar nicht richtig gemerkt haben.

Wieder war es richtig einmal beim Laufen inne zuhalten. Mal zu fragen: „Wie sieht's denn aus?“ Es gibt noch viele Schönheitsflecken, an vielen Stellen müsste man nachputzen. Aber eins wäre auf jeden Fall auch auf Dauer zu erhalten. Das ist die Mitarbeit in einer lokalen Agenda 21 von möglichst vielen Menschen die wissen: Dies sind Anforderungen die wir zunächst bei uns zu Hause umsetzen müssen. Damit andere auch sehen, dass man so glücklich und zufrieden leben kann.

Ich danke Ihnen ganz herzlich.

Netzwerk Nachhaltigkeit – Die LAG 21 NRW als Netzwerk der Agenda 21 - Kommunen



Pfr. Klaus Breyer,

Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche von Westfalen, Vorstandsprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW

Nachhaltige Entwicklung, quo vadis?

Die Bilanz 15 Jahre nach Rio ist äußerst zwiespältig. Besonders deutlich wird dies im Bereich des Klimaschutzes und der Ressourcengerechtigkeit.

Die globale Erwärmung verläuft dynamischer und folgenreicher als bisher angenommen. Das wissenschaftliche Gremium der Klimarahmenkonvention (IPCC) rechnet bis 2100 mit einer Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur von bis zu 6,4°C.

Obwohl eine konsequente vorsorgeorientierte Politik notwendig wäre, wird die internationale Klimapolitik immer wieder von partikularen Interessen blockiert. Politische Steuerungsinstrumente, die derzeit angewendet werden, wirken nur unzureichend oder werden nur mangelhaft – wie das Kyoto-Protokoll – umgesetzt.

Nachhaltige Entwicklung als (welt-)gesellschaftliches Projekt

Wie können die bestehenden Handlungsblockaden überwunden und Ziel führende Strategien gefunden und durchgesetzt werden?

15 Jahre nach Rio scheint es mehr denn je notwendig, Nachhaltige Entwicklung über die staatliche Gestaltung (Government) hinaus, zu einer umfassenden (welt-)gesellschaftlichen Aufgabe (Governance) weiter zu entwickeln.

Nicht nur ein entschlossenes ordnungspolitisches Handeln für Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind heute von entscheidender Bedeutung, sondern auch das ernsthafte Engagement vieler weiterer Akteure auf allen Handlungsebenen. Notwendig ist der Beitrag von Bürgern und Bürgerinnen, Unternehmen und nicht zuletzt der Nicht-Regierungsorganisationen und auch der Kirchen.

Zivilgesellschaftliches und staatliches Handeln sollten dabei auf den internationalen, nationalen und lokalen Handlungsebenen zielgerichtet Hand in Hand gehen. Was bedeutet das für die kommunale Ebene?

Der Beitrag der Kommunen für eine Nachhaltige Entwicklung

Viele Kommunen weltweit sind 1992 dem Aufruf der Agenda 21 gefolgt und haben lokale Agenda-Prozesse gestartet. Das war auch in NRW so.

Erinnern wir uns doch kurz an das 28. Kapitel der Agenda 21:

Dort heißt es: „Da viele der in der Agenda 21 angesprochenen Probleme und Lösungen auf Aktivitäten auf der örtlichen Ebene zurückzuführen sind, ist die Beteiligung und Mitwirkung der Kommunen ein entscheidender Faktor für die Verwirklichung der in der Agenda 21 enthaltenen Ziele. Als Politik und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung.“

Früher oft belächelt, bewahrheitet sich heute, was in diesen dünnen und sehr verquastenen diplomatischen Formulierungen steckt:

Heute – 15 Jahre nach Rio – sehen wir, welches gewaltige Potenzial in diesem dezentralen

lokalen Lösungsansatz ruht.

Angesichts sich verstärkender globaler Krisen, hat die lokale und regionale Ebene für die Entwicklung und Umsetzung von Lösungsstrategien und konkreten Gegenmaßnahmen eine wahrhaft tragende Bedeutung.

- CO₂ wird nicht irgendwo emittiert oder ggf. eingespart! Das geschieht konkret vor Ort² in den Kommunen, den Haushalten, öffentlichen Institutionen und Unternehmen.
- Ein umweltfreundlicher Öffentlicher Verkehr muss sich nicht allein auf dem Reißbrett der Bundesverkehrswegeplaner bewähren, sondern er muss, um erfolgreich zu sein, als integrierter, attraktiver Verkehr in die Infrastrukturplanung der Kommunen einfließen und vor Ort von der Bevölkerung akzeptiert werden.
- Wo sollte der rasant fortschreitende Flächverbrauch gestoppt werden können, wenn nicht in den Kommunen, die dafür Planungshoheit besitzen?

Wie in einem Mikrokosmos spiegeln sich die Auswirkungen der globalen Krisen im lokalen Bereich und fordern daher nicht nur die nationale und internationale Ebene sondern – zum Teil viel eher! – die Kommunen zum Handeln heraus.

Dazu nur einige Beispiele:

Mit der globalen Erwärmung werden sich in Deutschland auch zukünftig Stürme und Orkane häufen und Hochwässer vermehrt durch die Flussauen rauschen.

Der Orkan Kyrill hat im Siegerland bis zu 30% des Waldbestandes vernichtet. Das Landschaftsbild hat sich hier weitgehend verändert. Getroffen wurden mit der Forstwirtschaft und dem Tourismus Wirtschaftszweige mit großer regionaler Bedeutung.

Kommunen stehen hier vor großen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel.

Werden sie sich der Herausforderung einer generationenübergreifenden Planung stellen? Oder mit Rezepten der Vergangenheit fortfahren?

Ein weiteres Beispiel ist die Bioenergie. Unter dem Eindruck des Klimawandels tun sich große Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Kommunen auf.

Die Konversion der Landwirtschaft zur viel rentableren Energiewirtschaft ist in aller Munde. Regionale Wertschöpfungsketten von der Produktion der Energieträger bis hin zur Herstellung von Biotreibstoffen oder bis hin zur unmittelbaren Energieerzeugung werden möglich. Andererseits will die Produktion und der Einsatz von Bioenergie wohl überlegt sein, damit die „Folgen des Klimaschutzes“ für Landschaftsbild und Ökologie nicht verheerend werden. Welchen Weg werden ländliche Regionen einschlagen?

Der globale Standortwettbewerb stellt ebenso die Kommunen vor eine harte Prüfung.

Die Konkurrenz der Kommunen um Unternehmen hat so manche Stadt in zusätzliche finanzielle Engpässe geführt. Teuer erschlossene Gewerbegebiete wurden nie belegt.

Auch der demographische Wandel treibt seltene Blüten. Mancherorts hat ein „Einwohner-Kannibalismus“ eingesetzt. Mit „Kopfprämien“ werden junge Familien zum Wohnen auf der Grünen Wiese angelockt.

Die Folge: Der Flächenverbrauch steigt weiter an, teure Infrastruktur muss geschaffen werden, während diese anderswo bei rapide zurückgehenden Einwohnerzahlen verfällt.

Wird es in Zukunft eine flächenschonende, interkommunal abgestimmte nachhaltige Stadtentwicklung geben?

Und schließlich die Energieversorgung. Sie wird in der Regel über kommunale Netze und zu einem Teil noch durch Stadtwerke realisiert. Welchen Weg wird die lokale Energieversorgung einschlagen?

Wird sie sich auf Energieabsatz konzentrieren oder zunehmend auf Energiedienstleistungen und forcierten Klimaschutz? Weitreichende und z.T. unbequeme Entscheidungen stehen an. Ich erinnere hier an die Entscheidung des Krefelder Rates gegen einen Kohlekraftwerksstandort aus Klimaschutzgründen.

Diese Beispiele machen deutlich:

Überregionale und zum Teil weltweite Entwicklungen zwingen bereits heute Kommunen, ob sie es wollen oder nicht, global zu denken und entsprechend lokal zu handeln.

Der Ansatz der Agenda 21, als „lokaler Weltpolitik“ unter dem Leitbild Nachhaltiger Entwicklung, macht daher heute mehr denn je Sinn.

In den Kommunen werden dabei nicht nur die Konsequenzen einer Nicht-Nachhaltigen Entwicklung sichtbar. Hier kann durch sorgsam getroffene Entscheidungen Nachhaltige Entwicklung unmittelbar gestaltet werden.

Das heißt in den Kommunen wird Nachhaltige Entwicklung aus ihrer Abstraktion geholt, wird erlebbar und begreifbar. Hier werden nicht nur die Spannungen zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung erkennbar, sondern auch erfolgreiche win-win-Strategien.

Genau hier setzt die Lokale Agenda 21 an. Wirkungsvolle Agenda-Arbeit ist angewiesen auf eine innovative Vielfalt von Ideen, Erfahrungen und kulturellen Zugängen von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Profession. Agenda-Arbeit lebt von der Kultur des Dialoges und der zielgerichteten Zusammenarbeit mit Rat und Kommunalverwaltung.

Solche „Think-Tanks“ ergebnisorientiert zu moderieren, ist nicht ganz einfach, aber um so lohnender!

Dies setzt Professionalität und Wertschätzung auf allen Seiten voraus.

Wichtig ist, dass die Lösungskompetenz der Zivilgesellschaft wirklich ernst genommen wird und ihre Beteiligung keine Scheinbeteiligung ist.

Mit anderen Worten: Die Lokale Agenda ist nicht nur „gut fürs Bürgerfest“ sondern auch gut für die Stadtentwicklungsplanung!

Wie erfolgreich Agenda-Arbeit für eine nachhaltige Entwicklung sein kann, zeigen die nach meinem Statement noch ausführlich vorgestellten Beispiele.

- Da ist der Kreis Steinfurt, der mit einem Schwerpunkt auf Klimaschutz und Bioenergie überregionale Akzente setzt.
- Die Stadt Düsseldorf, die mit ihrem Beschaffungswesen institutionelle Impulse für eine Nachhaltige Entwicklung gibt.
- Da ist die Stadt Rheinberg, die sich mit ihrem Nachhaltigkeitsmanagement strukturell gut aufgestellt auf den Weg in eine lebenswerte Zukunft macht.
- Die Städte Neuss und Dortmund schließlich, die mit ihrer lokalen Eine-Welt-Politik Toleranz und Weltoffenheit unter ihren Bürgerinnen und Bürgern fördern.

Und es gibt viel weitere Beispiele erfolgreicher Agenda-Arbeit:

Ich nenne nur die Nullemissionsdörfer wie Jühnde in Niedersachsen oder Rahden-Tonnenheide in NRW oder die Städte Arnsberg, Emsdetten, Minden und Bottrop, die unter breiter bürgerschaftlicher Beteiligung ihre Stadtentwicklung unter dem Aspekt des demographischen Wandels nachhaltig vorantreiben.

Wenn ich diese Beispiele aufzähle, wird deutlich, dass an vielen verstreuten Orten bereits heute eine sehr erfolgreiche lokale „Weltpolitik“ betrieben wird, die aber – so vorbildlich sie auch ist – oftmals überregional kaum wahrgenommen wird.

Daher möchte ich noch nun einige Anmerkungen zur Bedeutung des „Netzwerkes Nachhaltigkeit“, so wie wir uns als Landesarbeitsgemeinschaft verstehen, anfügen.

LAG 21 NRW als Netzwerk der Agendakommunen

Die LAG umfasst insgesamt 110 Mitglieder, darunter 50 Kommunen und Kreise und darüber hinaus viele weitere Verbände und Vereine, Gewerkschaften und auch Kirchen.

Mit unserer Arbeit erreichen wir ca. 300 weitere Kommunen, Institutionen, Vereine und Ein-

zelpersonen, die sich bei uns als Interessenten registriert haben.

Was wollen wir mit diesem Netzwerk erreichen?

- 1. Wir legen Wert darauf, dass wir ein effizientes „Netzwerk“ sind und nicht zu einer „Verstrickung“ für unsere Mitglieder werden.**
Netzwerkarbeit ist kein Wert an sich. Sie muss klare Vorteile für Alle beinhalten, das heißt der Wert des Netzwerkes muss größer sein, als die Summe seiner Teile. Ich glaube diesen Wert hat unser Netzwerk!
- 2. Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Agenda-Arbeit überregional bekannt machen und damit auch die Bedeutung der Agenda-Prozesse vor Ort stärken.**
Dies geschieht durch unsere übergreifende politische Arbeit, über unsere Fach- und Jahrestagungen und über Multiplikatoren-Rundbriefe. Gemeinsame Kampagnen, die zeitgleich in vielen Städten umgesetzt werden, wie etwa zum kommunalen Klimaschutz, machen die Agenda-Arbeit auch überregional medienwirksam sichtbar.
- 3. Wir wollen unseren Beitrag zur Stärkung des Leitbildes Nachhaltige Entwicklung leisten.**
Für uns ist „Sustainability!“ kein inhaltsleerer „Wohlfühlbegriff“, keine „Beschwörungsformel einer guten Zukunft“. Wir sind der Überzeugung, dass eine wirtschaftlich dauerhafte, sozial- und umweltverträgliche Entwicklung nicht durch Proklamationen vom Himmel fällt. Vielmehr muss darum gerungen werden, müssen auch Konflikte ausgestanden und konstruktiv gelöst werden. Viele Beispiele aus der kommunalen Ebene zeigen, dass dies möglich ist, wenn man Agenda-Arbeit ernst nimmt und sich darauf einlässt. Diese Beispiele wollen wir bekannter machen.
- 4. Wir wollen, dass Agenda-Arbeit vor Ort erfolgreicher wird.**
Die Landesarbeitsgemeinschaft ist ein großer Pool von Nachhaltigkeitsprojekten. Was sich an Ideenvielfalt vor Ort in den Agenda-Prozessen widerspiegelt, gilt auch für die Vielfalt der Agenda-Prozesse unter dem Dach der Landesarbeitsgemeinschaft. Der von uns systematisch betriebene Ideenaustausch führt dazu, dass bewährte Ansätze und Projekte Eingang in andere Agenda-Prozesse finden. Gleichzeitig versuchen wir durch unsere Modellprojekte, z.B. zum nachhaltigen Flächenmanagement, Agenda-Arbeit zu qualifizieren. Agenda-Arbeit macht nur Sinn, wenn Sie auch im Kernbereich kommunaler Gestaltung wie der Bauleit- und Stadtentwicklungsplanung wirksam wird. Unser großes Ziel ist: Nachhaltige Entwicklung, Agenda-Arbeit, vom Einzelprojekt zum Grundprinzip kommunalen Handelns zu entwickeln.
- 5. Schließlich wollen wir, dass Agenda-Arbeit im guten Sinne professioneller wird.**
Das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Rat und Verwaltung setzt eine transparente Organisation und kompetente Moderation voraus. Unser Netzwerk unterstützt mit Fortbildungsangeboten lokale Akteure, damit das, was gewollt ist, auch vor Ort organisatorisch-praktisch gelingt.

Das waren fünf Ziele unseres Netzwerkes – ich denke es waren auch fünf starke Gründe, unserem Netzwerk beizutreten. Seien Sie also herzlich an dieser Stelle dazu eingeladen!

Fazit

Entscheidend für eine lebenswerte Zukunft wird sein, ob es gelingt, dass aus Nachhaltiger Entwicklung ein von Vielen getragenes, gesellschaftliches Projekt wird. Die Kommunen, die Bürgergesellschaft vor Ort, sind dabei weltweit in einer Schlüsselrolle.

Unterstützt durch eine mutige, rahmensetzende Politik wird sich in der Praxis der Gemeinwesen entscheiden, ob Nachhaltigkeit in unserem Alltag, im konkreten Wirtschaftsleben eine Chance haben und prägend sein wird.

Vor diesem Hintergrund ist Agenda-Arbeit kein Luxusartikel, kein Sahnehäubchen für die Entwicklung unserer Kommunen, sondern eine zentrale – wenn auch z.T. noch verkannte – Lösungsstrategie innerhalb eines „Global Governance Konzeptes“.
Ob die Zeit für die notwendigen Weichenstellungen reicht? Wir werden sehen! Eine Alterna-

tive dazu gibt es m. E. nicht.

Es lohnt in diesem Zusammenhang, neu den Kirchenvater Augustin zu entdecken und zu bedenken, wie er christliche „Hoffnung“ beschreibt. Augustin vertritt die Auffassung, dass die Hoffnung zwei liebliche Töchter hat: Den Zorn und den Mut.

Den Zorn, damit das Nichtige nicht bleibe - und den Mut zu Handeln, damit das, was sein soll, auch sein wird.

Und ich möchte als Pfarrer und Umweltbeauftragter der Evangelischen Kirche von Westfalen noch ganz persönlich hinzufügen, was mich dabei umtreibt und Kraft in dieser Arbeit gibt. Eine andere Welt ist nicht nur möglich, (hier unterstreiche ich den Slogan von attac voll und ganz), sie ist uns auch verheißen und bricht unter uns schon an.

Ich wünsche uns allen die Augen und den klaren Blick, diese Hoffnungszeichen, die es ohne Zweifel gibt, zu erkennen, sie werden uns motivieren!

Ich danke Ihnen!

Chancen einer nachhaltigen Kreisentwicklung

Thomas Kubendorff,
Landrat Kreis Steinfurt



Sehr geehrte Damen und Herren,

Nachhaltigkeit hat seine Bedeutung auf allen Ebenen. Prof. Klaus Töpfer berichtete vom globalen Blickwinkel, Pfarrer Klaus Breyer fokussierte auf NRW, ich möchte Ihnen nun von den konkreten Erfahrungen und Ergebnissen der kommunalen Ebene eines Kreises berichten.

„Nachhaltigkeit in der Kreisentwicklung“ lautet mein Thema.

Als Landrat des zweitgrößten Flächenkreises in NRW, dem münsterländischen Kreis Steinfurt, und als Präsident des Landkreistages NRW beschäftigt mich dieses Thema schon seit vielen Jahren.

Eines kann ich im Rückblick eindeutig feststellen: Die Menschen sind „durchlässiger“ geworden für die Ideen der Nachhaltigkeit.

Viele von Ihnen werden wissen, was ich meine. Lange Zeit galt Agenda 21 – genau wie allgemeine Umweltthemen – als linkes Randthema einer nicht ganz ernst zu nehmenden Latzhosentruppe.

Nachhaltigkeit stand im Gegensatz zu dem, was angesagt war: Schnelligkeit, jeder für sich, Aktienboom, aber auch: Mir hilft ja auch keiner.

Bedauerlicherweise bekommen wir die Argumente pro Nachhaltigkeit in den letzten Jahren frei Haus geliefert. Spätestens jetzt, beim Megathema Klimaschutz, werden sie persönlich fühlbar, gehen sie uns wirklich nahe. Hier rächt sich versäumte Nachhaltigkeit in einem Tempo, das einem schwindelig werden kann. Die jüngsten, noch unveröffentlichten Teile des UN-Klimaberichtes machen sehr deutlich, dass allerhöchste Eile geboten ist, um das Schlimmste zu verhindern – eigentlich sind wir schon viel zu spät dran.

Was ich damit sagen will: Heute, nach vielen Jahren Erfahrung mit Agenda 21, kommt die Botschaft immer besser an. Wir sind mit unseren Themen erfolgreicher denn je.

Hilfreich ist dabei auch die allgemeine Diskussion zur demographischen Entwicklung. Die Menschen sind sensibilisiert, sie erweitern ihren Blick und lernen: Nachhaltigkeit – das hat mit Gerechtigkeit zu tun. Und zwar horizontal: zwischen den Menschen unserer Zeit – und vertikal: zwischen den Generationen.

Dies im täglichen Handeln zu berücksichtigen, ist nicht gönnerhaft, schon gar kein Luxus, sondern für alle Beteiligten überlebensnotwendig.

Über das Thema Agenda 21 hinaus haben wir uns im letzten Jahr auf den Weg gemacht, das Thema Nachhaltigkeit noch größer zu ziehen. Der Begriff der Kreisentwicklung tritt in den Vordergrund, die Erstellung eines Kreisentwicklungsprogramms beschäftigt uns derzeit intensiv.

Doch der Reihe nach.

Als wir 1999 ernsthaft mit Agenda 21 anfangen, hieß es vielerorts: „Agenda 21, das ist, wenn man mit den Problemen von heute nicht fertig wird und sich deshalb lieber mit denen von morgen beschäftigt“.

Was wir getan haben, um diese Vorurteile zu widerlegen, will ich Ihnen im Zeitraffer vorstellen.

Mit einer schwungvollen Auftaktveranstaltung, für die wir den Energievisionär und damaligen Vorstand der Deutschen Shell AG, Fritz Vahrenholt, gewinnen konnten, starteten wir im Dezember 2000 unseren öffentlichen Agenda 21-Prozess. 250 Teilnehmer und reges Interesse an Nachhaltigkeitsthemen gaben uns den notwendigen Rückenwind.

Mit 60 gesellschaftlich wichtigen Akteuren der Kreisebene wagten wir danach den Blick in die Zukunft. Megatrends für die nächsten 5–10 Jahre wurden herausgearbeitet und gewich-

tet, Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen galt es abzuschätzen und unterschiedliche Zukunftsszenarien waren zu entwerfen. „Wir dürfen die Zukunft nicht dem Zufall überlassen“, war die zentrale Erkenntnis.

Nach der so genannten Walt-Disney-Methode haben wir dann in vier thematischen Facharbeitskreisen Projekte entwickelt. Mit Hilfe professioneller Moderatoren sammelten wir in der visionären Phase Projektideen. In darauf folgenden Entwicklungsphasen wurden die Ideen kritisch betrachtet, um dann pragmatische Umsetzungslösungen zu finden. Nach zehn Monaten konnten wir auf dem „Ja-Markt der Zukünfte“ 18 unterschiedlichste Nachhaltigkeitsprojekte präsentieren.

Die bunte Palette der Projekte reichte von Themen wie „Generationsübergreifendes Wohnen“ über „Nachwachsende Rohstoffe“ und „Biogasanlagen“, „Regionale Vermarktung“ und „Betrieblicher Umweltschutz“, „Energetische Gebäudemodernisierung“ bis hin zu „Freiraumprojekte für junge Menschen“.

Nun begann der schwierige Teil der Projektrealisierung. Skeptiker prophezeiten mit Blick auf benachbarte Kommunen, dass es nicht gelingen würde, über die theoretische Projektentwicklung hinauszukommen.

Heute, etwa 7 Jahre später, sehen wir, dass es anders kam.

Wir können auf viele realisierte Projekte verweisen. Darüber hinaus haben sich Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke etabliert, die Zusammenarbeit mit unseren Städten und Gemeinden funktioniert hervorragend.

Wenn man über Agenda 21 spricht oder auch über Kreisentwicklung, ist eines wichtig: Man sollte seine Potenziale kennen.

Sie müssen wissen: Wir sind ein ländlicher Raum. Fast 70% der Flächen werden landwirtschaftlich genutzt. Hier wohnen überdurchschnittlich viele Familien mit Kindern, es gibt lebendige Ortsgemeinschaften mit einem breit gefächerten Vereinsleben. In einem klein- und mittelständisch geprägten Umfeld finden sich viele engagierte Familienunternehmen mit langer Tradition. Von einer gesunden Unternehmens- und Umfeldstruktur zeugt auch die landesweit geringste Arbeitslosenquote.

Ausgehend von den vorhandenen Potenzialen im Kreis Steinfurt versuchen wir, dessen Stärken zu nutzen und im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung auszubauen. Hiermit meine ich nicht nur die technischen Potenziale oder die Rohstoffe, sondern genauso: Die Akteure im Kreis Steinfurt. Diese tragen als echte Münsterländer nicht unbedingt das Herz auf der Zunge. Aber wenn sie erst einmal überzeugt sind, dann setzen sie sich mit Verve für die Sache ein und lassen ihre vielfältigen Beziehungen spielen. Heute haben wir es zu tun mit sehr engagierten Akteuren – sei es im Bereich der Wirtschaft, des Handwerkes oder der Landwirtschaft.

Wichtigstes Argument für Nachhaltigkeit ist – ehrlich gesprochen – nicht unbedingt der Weltfrieden oder das Weltklima, sondern viel mehr deren Kombination mit persönlichen und lobbyistischen Vorteilen.

Entsprechend haben wir unter der Fahne von Agenda 21 Projekte konzipiert, die entlang regionaler Wertschöpfungsketten neue Märkte und Absatzmöglichkeiten entstehen lassen.

Meine Damen und Herren,
ich möchte Ihnen nun drei zentrale Projekte und deren wirtschaftliche Dimensionen für die Region vorstellen.

Fangen wir an mit dem NawaRoNet-ST.

NawaRoNet ist bekanntermaßen die Abkürzung für Nachwachsende Rohstoffe und das entsprechende Netzwerk.

Endliche Ressourcen und zunehmende Umweltprobleme, aber auch die Perspektive, die regionale Land- und Forstwirtschaft zu stärken, waren Antrieb für das Netzwerk für Nachwachsende Rohstoffe.

Die Basis dieses Netzwerkes bilden die Arbeitsgemeinschaften „Nachwachsende Rohstoffe“ und „Biogas“. In diesen Arbeitsgemeinschaften treffen sich zum Erfahrungsaustausch, aber auch zur Initiierung und Erörterung konkreter Aktivitäten und Maßnahmen,

Vertreter des Forstamtes, der Landwirtschaft, des WLV, des Maschinenringes, der Fachhochschule, der Schornsteinfeger-Innung, der Kreishandwerkerschaft, der Städte und Gemeinden, der Sparkassen und der Volksbanken sowie Vertreter aus Handel, produzierendem Gewerbe und regionalen Ingenieurbüros.

Um die erforderlichen Kenntnisse und Informationen als Grundlage für gemeinsame Planungen zu erhalten, galt es erst einmal, eine Potenzialerhebung durchzuführen. Mit der eigens erstellten Studie „Nachwachsende Rohstoffe im Zukunftskreis Steinfurt“ wurde Vielen erst die ganze Dimension der Nutzung nachwachsender Rohstoffe bewusst.

Um unseren Land- und Forstwirten eine bessere Beratung bei der energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe zukommen zu lassen, aber auch um gezielt Logistikkonzepte zur Erschließung nachwachsender Rohstoffe zu entwickeln, wurde im Dezember 2003 die Naturstoffzentrale NLF aus dem Netzwerk heraus gegründet.

Unsere Fachhochschule entwickelte einen Leitfaden zum Bau einer Biogasanlage (drei der vier Bände liegen bereits vor), die als praxisnahe Anleitung für Landwirte richtig einschlug.

Aus dem Netzwerk für nachwachsende Rohstoffe ging auch die Kampagne „Heizen mit Holz“ hervor. Mit einem gewissen Stolz verweise ich an dieser Stelle darauf, dass unsere waldarme Region landesweit führend bei der Neuinstallation von Holzpellet- und Holz-hackschnitzelheizungen ist. Im Jahr 2004 haben wir dann in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Institut für Wald und Holz und dem Landesbetrieb Wald und Holz eine Holzclusterstudie für den Kreis Steinfurt erarbeitet. Hieraus geht hervor, dass die Forst- und Holzwirtschaft im Kreis Steinfurt mit etwa 6.300 Waldbesitzern, über 1.000 Betrieben, ungefähr 7.800 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von ca. 953 Millionen Euro eine deutlich größere regionalökonomische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung aufweist, als bisher angenommen. Wir wissen aber auch, dass wir in diesen Bereichen noch besser werden können und wir wollen zukünftig mit dem Aufbau eines Holzclustermanagementes die Wertschöpfung rund um die Nutzung des heimischen Holzes als Brenn- und Baustoff noch stärker als bisher in der Region steigern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
im Zusammenhang mit dem Netzwerk für nachwachsende Rohstoffe ist im Kreis Steinfurt die landesweit erste große Gemeinschafts-Biogas-Anlage in Recke zu betrachten. 19 Landwirte haben gemeinsam etwa 2 Millionen Euro investiert und erzeugen seit Herbst 2003 jährlich 8 Millionen kWh Strom. Derzeit ist die Verdoppelung dieser Leistung in Vorbereitung. Das beispielhafte Projekt aus Recke konnte inzwischen viele Nachahmer im Kreis Steinfurt finden. Betrug die installierte Biogasleistung Mitte 2003 gerade einmal 0,7 MW, so liegt sie heute bei knapp 11 MW. Das Investitionsvolumen für diesen Zeitraum beläuft sich auf 30–40 Millionen Euro. Über die Stromvergütung nach dem EEG freuen sich die Landwirte; über das Plus an Wertschätzung freut sich die Region.

Neben den vielen Aktivitäten, die wir im Kreis anstoßen und begleiten, wollen wir als Kreis aber auch eine Vorbildfunktion übernehmen und uns an konkreten Maßnahmen beteiligen. So haben wir mittlerweile die erste Wintersaison hinter uns, in der die Kreisverwaltung und alle benachbarten kreiseigenen Gebäude mittels Biogas beheizt wurden. Bei diesem höchst innovativen Projekt haben sich 46 Landwirte aus einer Steinfurter Bauernschaft zum Betreiben einer Gemeinschafts-Biogas-Anlage zusammengetan. Das Biogas wird durch eine spezielle Rohrleitung von der Biogas-Anlage über 3,5 km zum Kreishauses transportiert und dort in einem Blockheizkraftwerk zu Strom umgewandelt. Die bei der Stromerzeugung anfallende Wärme nutzen wir zur Beheizung unserer Gebäude. Dieses höchst innovative Projekt hat bundesweit für Interesse gesorgt und findet an vielen Stellen im Kreis, aber auch darüber hinaus, Nachahmer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die Aktivitäten rund um das NawaRoNet, das kann man uneingeschränkt feststellen, haben für eine Aufbruchstimmung in der Region gesorgt und enorme wirtschaftliche Effekte ausgelöst.

„Haus im Glück“ ist der einprägsame Name des zweiten Projektes, das ich Ihnen kurz vorstellen möchte. Gerade anhand von „Haus im Glück“ möchte ich Ihnen aufzeigen, wie gut sich wirtschaftliche Erfolge und Klimaschutz vertragen.

„Haus im Glück“ ist mittlerweile ein gemeinnütziger Verein, der die Ziele verfolgt, die energetische Gebäudemodernisierung von Ein- und Zweifamilienhäusern, den Einsatz erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz beim Neubau zu forcieren. Dem Verein angeschlossen sind 41 Mitglieder, darunter die Kreishandwerkerschaft und sämtliche Bau-Innungen, die Innung der Bezirksschornsteinfeger, der Kreis Steinfurt und alle 24 Städte und Gemeinden sowie die Volksbanken und Sparkassen im Kreisgebiet.

Viele von Ihnen werden mir zustimmen, dass gerade im Gebäudebestand die größten Energie-Einsparpotenziale liegen. Aber – und das wissen Sie vielleicht auch – bundesweit werden jährlich nur etwa 1% dieses Bestandes energetisch auf Vordermann gebracht, diese Modernisierungsrate ist natürlich viel zu niedrig. Bei diesem Tempo würde es 100 Jahre brauchen, bis diese Häuser von vor 1978 einmal durchsaniert worden sind.

Für den Kreis Steinfurt wissen wir, dass in der Zeit vor Erlass der 1. Wärmeschutzverordnung 120.000 Wohneinheiten errichtet worden sind. Allein über die energetische Sanierung dieses Gebäudebestandes ließe sich ein Investitionsschub von 1,4 Milliarden Euro erschließen. Umgerechnet bedeutet dies die Sicherung von 1.000 Arbeitsplätzen im Handwerk über einen Zeitraum von 20 Jahren. Angesichts der auch im ländlichen Raum rückläufigen Auftragslage bei Neubauten haben die Aktivitäten von „Haus im Glück“ zur energetischen Gebäudemodernisierung neben enormen Klimaschutzeffekten eine besondere Bedeutung für das heimische Handwerk.

In der Projektlaufzeit, also seit 2002, sind insgesamt 160 Millionen Euro aus KfW-Krediten in die energetische Gebäudesanierung im Kreis Steinfurt geflossen. Die Anzahl der geförderten Maßnahmen hat sich kontinuierlich auf über 2.100 Maßnahmen in 2006 erhöht. Bezogen auf den gesamten energetisch zu modernisierenden Bestand liegt die über KfW-finanzierte Modernisierungsrate bei 1,8%. Wir wissen aber, dass viele Hauseigentümer komplett auf die Inanspruchnahme von Darlehen verzichten oder auch auf Sonderprogramme der Banken zurückgreifen, so dass die tatsächliche Modernisierungsrate weit über 2% – vielleicht bis zu 3% und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Hier noch ein paar weitere Zahlen zu den „Haus im Glück“-Aktivitäten:

- Wir haben allein im Kreis Steinfurt in den letzten Jahren 2400 Thermografieaufnahmen durchgeführt – bei ungebrochen hoher Nachfrage.
- Um die Modernisierungsraten effektiv zu steigern bieten wir seit vergangenem Jahr sogenannte „Haus-zu-Haus-Beratungswochen“ an. Hierüber konnten wir in insgesamt 6 beteiligten Kommunen 1.700 Haushalten eine energetische Beratung anbieten. Fast die Hälfte der angesprochenen Hauseigentümer hat von diesem für sie kostenlosen Angebot auch Gebrauch gemacht. Wir gehen davon aus, dass wir mit dieser landesweit bisher einmaligen Vorgehensweise noch stärker Investitionen auslösen werden. Die Haus-zu-Haus-Beratung werden wir in 2007 fortsetzen.
- Auch der Markt für ökologisches Bauen und für erneuerbare Energien boomt. So wurden im letzten Jahr 71 Millionen Euro über das KfW-Programm „Ökologisch bauen“ für KfW-60-, KfW – oder Passivhäuser im Kreis Steinfurt investiert. Für Fotovoltaik beträgt das Investitionsvolumen der letzten 7 Jahren mehr als 50 Millionen Euro.

„Haus im Glück“ ist im Kreis Steinfurt ein absolutes Erfolgsprojekt. Und ich freue mich, dass inzwischen auch die Nachbarkreise im Münsterland und die Handwerkskammer dem guten Beispiel folgen, denn nichts unterstreicht den Erfolg eines Projektes deutlicher als die vielfache Nachahmung. Unser aktives Werben um Multiplikatoren vervielfacht letztlich den Erfolg – und davon profitieren Handwerker, Hausbesitzer und Energiebilanzen im gesamten Münsterland.

„Vielfältig und Regional – Lebensmittel aus dem Zukunftskreis“ ist das dritte Projekt, auf das ich kurz eingehen möchte.
Fast Food, Nahrungsmittelskandale, Ernährungsprobleme – nicht nur bei Kindern: Einige

Schlagworte, die uns ständig begegnen. Wie kann eine nachhaltige Ernährungskultur aussehen? Wie können Verbraucher und Verbraucherinnen dazu bewegt werden, bewusster zu konsumieren und wie können wir dabei die regionale Wertschöpfung erhöhen? Dies sind die zentralen Fragen des Projektes zum Thema „Regionale Vermarktung“.

Im Kreis Steinfurt als landwirtschaftlich geprägte Region hat dieses Thema eine ganz besondere Bedeutung. Aus einer speziell für unseren Kreis erstellten Studie zur Regionalen Vermarktung und zum Verbraucherverhalten wissen wir, dass die Bewohner des Kreises pro Jahr für Lebensmittel und Lebensmittel-Dienstleistungen mehr als 1 Milliarde Euro ausgeben. Ein beachtlicher Markt! Leider, und das haben die Untersuchungen auch gezeigt, findet die Wertschöpfung weitgehend außerhalb des Kreises statt. An dieser Stelle setzen wir mit dem Projekt „Vielfältig und Regional“ an und wollen die Weichen für die notwendigen Veränderungen stellen.

Ziel dieses Projektes ist es, eine regionale Dachmarke „Münsterland“ zu entwickeln, um damit unsere Lebensmittel in der Region, aber auch außerhalb, z. B. im Ruhrgebiet, besser vermarkten zu können.

Meine Damen und Herren, um dieses Projekt zu einem Erfolg für die Region zu führen, müssen wir einen langen Weg beschreiten. Ein altes chinesisches Sprichwort besagt, dass auch der weiteste Weg mit einem ersten Schritt beginnt. Den ersten Schritt oder besser gesagt, die ersten Schritte sind getan:

„So schmeckt das Münsterland!“ heißt unsere „Regionale Speisekarte“. Bei uns im Kreis Steinfurt kommen seit dem 1. Mai letzten Jahres in etwa 30 gastronomischen Betrieben regionale Produkte frisch auf den Tisch.

Als Vorspeise ein leichter Ziegenfrischkäse auf Schwarzbrot mit Petersilienpesto, als Hauptgang ein rustikales „Bierkutscher Gulasch“ oder ein „frisches Forellenfilet aus dem Elter Mühlenbach“, zum Abschluss ein „Erdbeer-Rhabarberagout“, so könnte Ihr Besuch im Kreis Steinfurt schmecken. Aber nicht nur im Kreis Steinfurt, ab dem 1. Mai diesen Jahres werden sich auch die anderen Kreise des Münsterlandes und die Stadt Münster an dieser geschmackvollen Aktion beteiligen!

Die gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Kooperationspartnern – dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, der Landwirtschaftskammer und der Münsterland Touristik – macht diese Kampagne möglich.

Meine Damen und Herren,

kommen wir nun zu unseren Städten und Gemeinden: Auch diese Ebene hat unseren Agenda 21-Prozess anfänglich sehr skeptisch bewertet. In den ersten Jahren stellten die Bürgermeister den Agenda 21-Prozess des Kreises sehr in Frage und machten dies im Rahmen ihrer jährlichen Stellungnahme zum Kreishaushalt immer wieder deutlich. Die Skepsis hat sich aber inzwischen in Akzeptanz gewandelt. Die Städte und Gemeinden haben erkannt, dass die kreisweit angelegten Projekte und Netzwerke ideal für ihre Arbeit vor Ort genutzt werden können. Unsere überörtlich angelegten Projekte sind stets mit dem Angebot zur Mitarbeit an alle Städte und Gemeinden verbunden. So ist es z. B. bei „Haus im Glück“ gelungen, alle 24 Städte und Gemeinden für die aktive Mitarbeit zu gewinnen.

Vielleicht muss ich in diesem Zusammenhang auf die besondere Situation des Kreises Steinfurt hinweisen, denn allein 10 der 24 Städte und Gemeinden haben weniger als 10.000 Einwohner. Die oft kleinen Gemeindeverwaltungen sind weder personell noch finanziell in der Lage, dauerhaft aktive Agenda 21-Prozesse aufrechtzuerhalten. Für die Gemeinden sind daher die Angebote des Kreises ein geeignetes Mittel, um sich mit geringem personellem und finanziellem Aufwand an Nachhaltigkeitsprojekten zu beteiligen und diese Projekte in der Bürgerschaft zu verankern.

Soweit zu den Aktivitäten und der Arbeitsweise. Aber wie gehen die Entwicklungen im Zukunftskreis weiter?

Agenda 21 hat sich bei uns als dauerhaftes Gestaltungsinstrument etabliert. Gestützt auf die Erfahrungen und Erfolge der Agenda 21-Arbeit wollen wir nun auch auf anderen Handlungsfeldern zukunftstaugliche Entwicklungen anstoßen.

Im Rahmen unserer Kreisentwicklung sind wir derzeit dabei, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung, ein projektbezogenes Kreisentwicklungs-

programm zu erarbeiten. Das soll im Wesentlichen dazu dienen, die Zukunftsaufgaben strukturiert und systematisch zu bewältigen. Es soll alle Themen umfassen und ein Handlungsprogramm sein, das konkrete Projekte benennt. Es wird kooperativ von Bürgerschaft, Wirtschaft, Politik, Vereinen, Verbänden, Institutionen und Verwaltungen entworfen und vom Kreistag im Herbst 2007 verabschiedet.

Wir haben dafür eine Stärken- und Schwächenanalyse mit einer umfangreichen Schlüsselpersonenbefragung unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure der Region durchgeführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Landkreise nehmen eine bedeutende Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung ein. Sie setzen als zentrale Behörden umwelt-, sozial- und wirtschaftspolitische Zielsetzungen um. Es wird zukünftig von besonderer Bedeutung sein, ob sich die Kreise dabei auf die Position herkömmlicher Verwaltungen zurückziehen oder als moderner Dienstleister Verantwortung für ihre Region übernehmen und die notwendigen Entwicklungen anschieben. Den häufigen Einwand, dass es angesichts leerer Kassen keine Handlungs- und Gestaltungsspielräume gibt, lasse ich nicht gelten!

Im Kreis Steinfurt ist es gelungen, mit verhältnismäßig geringem Aufwand enorme ökologische und ökonomische Effekte zu erzielen. Kurz gefasst: Regenerative Energien im Kreis Steinfurt decken rechnerisch heute bereits drei Viertel des Strombedarfes unserer Privathaushalte ab. Oder: Durch die energetische Gebäudesanierung trauen wir uns im Kreis Steinfurt ein CO₂-Minderungspotenzial bis 2020 von rund 20% zu – bezogen auf das Jahr 2005. Damit könnten wir die jüngsten EU-Gipfelvorgaben von Frau Merkel erfüllen.

Meine Damen und Herren,
ich möchte Sie ermutigen, in Ihren Regionen, in Ihren Städten und Gemeinden Prozesse zur nachhaltigen Entwicklung, soweit es noch nicht geschehen ist, anzustoßen und voranzutreiben. Nachhaltige Kreisentwicklung hat eine Chance, wenn ihre Botschaft bei den Menschen ankommt, am Besten konkret im Portemonnaie. Bestes Vehikel dafür sind Beteiligungsprozesse, funktionierende Netzwerke und eine gute Kommunikation.

Im Wettbewerb der Regionen werden regionale Prozesse, aber auch eine starke regionale Identität der Bevölkerung von großem Vorteil sein. Die Botschaft lautet: Nachhaltigkeit ist kein kompliziertes Ding, sondern lässt sich prima herunterbrechen auf die Kommune und bis ins Wohnzimmer eines jeden Einzelnen.

Wenn dies bei den Menschen ankommt, machen viele mit, sehen die Chancen für das große Ganze und für sich persönlich.

Die Erfolge einer nachhaltigen Kreisentwicklung sprechen für sich.

Herzlichen Dank!

Diskurs Nachhaltigkeit - Vom Projekt zum Prinzip auf kommunaler Ebene

Wilfried Maria Koch,

Umweltamt Landschaftsverband Rheinland

Die Diskussionsteilnehmerinnen und -Teilnehmer des folgenden Abschnitts bringen alle entsprechende Erfahrungen aus ihren Kommunen zu diesem Transformationsschritt der Agenda-Arbeit mit. Es sind jeweils zwei kreisfreie und zwei kreisabhängige Kommunen. Die Berichte sollen darstellen, welche Visionen sie auf dem Weg zur Nachhaltigkeitskommune haben und inwieweit hier der Schritt vom Projekt zum Prinzip bereits strategisch wirksam war oder sein kann.

Ursula Keller,

Stadt Düsseldorf



Die Überschrift „Vom Projekt zum Prinzip“ ist nicht von mir, hätte aber gut von uns sein können. Der Düsseldorfer Agenda Prozess basiert schließlich auf Projekten und nach 10 Jahren Projektentwicklung und Projektphase sind wir jetzt auf dem Sprung vom Projekt zum Prinzip.

Bereits gelungen ist uns dies beim Projekt „Faire Beschaffung in Düsseldorf“. Die Notwendigkeit der fairen Beschaffung steht außer Frage, denn wir wissen um die oft schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Ländern der Welt. Rund 16% des Bruttoinlandproduktes in der europäischen Union werden für die Vergabe öffentlicher Aufträge ausgegeben. 16% ist eine Marke, die auf die Möglichkeit einer strukturellen Bewegung hinweist. Angefangen haben wir in Düsseldorf wie viele Kommunen mit dem Projekt „Fairer Stadtkaffee“, dem folgte die „faire Beschaffung neuer Bekleidung“ für die Feuerwehr und fair gehandelter Bälle. Es erschien uns sinnvoll nicht für jedes neue Produkt ein eigenes Projekt anzufangen. So beschlossen wir generell eine faire Beschaffung für die Stadt einzuführen. Politik mit dem Einkaufskorb.

Doch was ist faire Beschaffung? Es gab diesbezüglich viele Diskussionen. Ist faire Beschaffung eine Beschaffung von Produkten mit TransFair-Siegel? Da es noch zu wenig dementsprechende Produkte gibt war uns dieser Ansatz zu strikt. Ist faire Beschaffung die Beschaffung ohne ausbeuterische Kinderarbeit? Ja sicher, aber auch nicht nur. Es gibt internationale Arbeitsnormen, die von sehr vielen Staaten ratifiziert wurden, das sind Mindestbedingungen. Diese so genannte ILO-Normen (ILO steht für Internationale Arbeitsrechtsorganisation) bilden die Grundlage für die neue Form der Beschaffung in Düsseldorf.

Sie beinhalten: Das Verbot der schlimmsten Form von Kinderarbeit, die Festlegung eines Mindestalters für arbeitende Kinder und Jugendliche, die Nicht-Diskriminierung am Arbeitsplatz, die Vereinigungsfreiheit (zum Beispiel die Freiheit Gewerkschaften zu bilden sowie das Recht in diesen Vereinigungen aktiv zu sein), die Abschaffung von Zwangsarbeit und die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen für die gleiche Arbeit.

Bei jeder Norm ist ausgewiesen wann sie in Kraft getreten ist. Man sieht an den teilweise sehr weit zurückliegenden Jahreszahlen, wie beispielsweise 1948, dass es die Festlegung der Normen schon lange gibt ohne das große Veränderungen im Konsumverhalten eingetreten wären.

Doch wie funktioniert nun die Umsetzung der ILO-Normen? In Düsseldorf geschieht dies über die Vergabeordnung. Darin ist festgelegt, dass wir keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit, sondern möglichst nur Produkte aus fairem Handel wollen. Überprüft werden fair gehandelte Produkte durch den Nachweis eines anerkannten Zertifikates, zum Beispiel dem TransFair-Siegel. Aber es gibt auch eine Reihe von Produkten bei denen derartige Siegel nicht entwickelt oder zu vage sind. In diesem Fall ist es vorgesehen, dass der Anbieter eine entsprechende Erklärung abgeben muss. Die Nachweisregelungen sind in den

zusätzlichen Vertragsbedingungen der Stadt festgelegt. Jeder, der an einer Ausschreibung teilnimmt, bekommt zusätzliche Vertragsbedingungen. In diesen ist geregelt, dass der Anbieter mit der Angebotsabgabe gleichzeitig erklärt die ILO-Normen eingehalten zu haben.

Der für dieses Verfahren erforderliche Entwicklungsprozess erfolgte wie immer schrittweise. Am Anfang stand ein Ratsbeschluss, in dem der Stadtrat die Verwaltung beauftragt hat Vorgehensweisen zur Umsetzung einer fairen Beschaffung zu entwickeln. Es folgt die Überzeugungsarbeit innerhalb der Verwaltung. Ich glaube, diese beiden Schritte wären in Düsseldorf ohne unsere bereits funktionierenden Beispielprojekte nicht gelungen. Wir hatten seit vier bis fünf Jahren eine faire Beschaffung von Feuerwehrdienstkleidung, in deren Rahmen die Feuerwehr für jeden einzelnen Auftrag eine entsprechende Erklärung fordert. Bis jetzt gibt es keine vergaberechtlichen Beschwerden, obwohl das Verfahren rechtlich umstritten ist und die Produkte sind nicht teurer geworden. So haben in unserem Fall die Projekte geholfen das Prinzip einzuführen.

Die noch unvollendete letzte Maßnahme ist unsere Hilfestellung für die Praxis. Wir haben Informationsblätter für die Kollegen aus der Verwaltung und für die Anbieter entwickelt.

Aber das ist sicherlich noch nicht alles. Wir haben zwar einen ersten Schritt gemacht, aber es ist sicherlich hilfreich, wenn andere Kommunen mit den gleichen Zielsetzungen nicht alleine bleiben. Dies würde eine Änderung des nationalen Vergaberechts erfordern. Das Ziel sind bundesweite Regelungen, die Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit verbieten und die ILO-Normen als Mindeststandard verwenden. Soweit sind wir lange noch nicht, aber wir machen weiter.

Jens Harnack,
Stadt Rheinberg



In Rheinberg gibt es Erfahrung mit dem Schwerpunkt „Nachhaltigkeits-Berichterstattung“, die in diesen Bericht einfließen.

Mit ungefähr 32.000 Einwohner ist Rheinberg eine eher kleine Stadt am Niederrhein. Unser Agenda-Prozess läuft seit knapp 10 Jahren, hier ein paar Daten dazu:

Auftaktveranstaltung 1998, Gründung der ersten Agenda-Gruppen, erfolgreiche Projekte, die eine Kostendimension von bis zu 5 Millionen € erreicht haben. Trotzdem gab es nach 2 Jahren (2000/2001) Frust, weil keine Verbindlichkeiten existierten. Projekte erfolgten immer nur auf Zuruf, und je nach Tagesform oder politischer Regierung wurden Anträge im Ausschuss abgelehnt oder genehmigt.

Deswegen wollten wir ein Leitbild entwickeln. Auf halbem Weg sind wir durch einen Antrag der CDU-Fraktion gestoppt worden. Weil sich die Mehrheiten im Rat geändert hatten, legte der Rat eine Erarbeitung des Leitbildes zusammen mit dem Stadtmarketing fest. Daraufhin begannen wir noch einmal von vorne. 2001 wurde das Leitbild beschlossen, aber nach einem halben oder dreiviertel Jahr kam das nächste Problem: das Leitbild wurde nicht umgesetzt. Nach einem weiteren halben Jahr haben wir uns dazu entschlossen nicht nur Forderungen zu stellen, sondern ein eigenes Stadtentwicklungskonzept, ein strategisches Nachhaltigkeitskonzept, zu entwerfen.

Mit ungefähr 150 Menschen haben wir in sechs Zukunftswerkstätten fünf Handlungsfelder bearbeitet. Zwei von den sechs Handlungsmoderatoren, die uns tatkräftig unterstützt haben, sitzen heute in diesem Raum. Das Ergebnis bestand aus einem kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement mit verschiedenen Bausteinen. Organisation in der Verwaltung, Nachhaltigkeitscheck, Nachhaltigkeitsberichterstattung, Controlling-Instrumente und Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger. Leider stimmte der Rat dem nicht zu.

Daraufhin wurde das Moderatorenteam auf 2 Personen verkleinert. Zusammen mit einer Kernarbeitsgruppe von 12-15 Leuten aus dem täglichen Leben, der Politik und der Verwaltungsspitze konkretisierten wir unseren Entwurf und skizzierten ein Controllingsystem. Es war natürlich nicht mit einem aus der freien Wirtschaft vergleichbar, denn soziale oder Bildungsprozesse kann man nicht wie ein beliebiges Produkt alle 2 Wochen ändern. Trotzdem haben wir es geschafft mit dieser kleinen Gruppe die Politik zu überzeugen. Im April 2004

wurde das Stadtentwicklungskonzept dem Rat vorgelegt und von ihm einstimmig verabschiedet. Damit waren wir einen großen, aber noch nicht den entscheidenden Schritt weiter. Aus gegebenem Anlass fehlten im Stadtentwicklungskonzept verbindliche Messwerte.

Deswegen wollten wir in der Verwaltung zeigen, wie Nachhaltigkeit aufgebaut werden kann. In den einzelnen Fachbereichen sollte Nachhaltigkeit verstanden und gelebt werden. Wir versuchten mit einer Bestandsaufnahme zu beginnen, denn wenn man nicht weiß, wo man steht, kann man auch nichts ändern. Zu den Handlungsfeldern haben wir dann ungefähr zwei Dutzend Nachhaltigkeitsindikatoren mit der Politik festgelegt. Innerhalb von zwei Jahren erarbeiteten wir einen Nachhaltigkeitsbericht, der eine Zielvereinbarung mit der Politik bis 2020 für verschiedenen Nachhaltigkeitsfelder und die dafür benötigten Handlungsempfehlungen beinhaltet.

Nach der verbindliche Zusage in Form eines Ratsbeschlusses suchen wir nun Akteure und Akteursgruppen die anhand der vielen bereits vorhandenen Projektvorschläge neue Gruppen gründen. Wir werden dieses Jahr zwei weitere Foren gründen zum Thema „Gastronomie und Tourismus“ und zum Thema „Unternehmen“. So soll beispielsweise ein Unternehmerkreis zum Thema „Regenerative Energien in Unternehmen“ entstehen. Zum Thema „Sanieren / Altbausanierung“ planen wir ebenfalls einen Arbeitskreis mit 20-30 interessierten Architekten, Bauunternehmern, Wohnungsgesellschaften usw. aufzubauen. Wichtig ist, dass alles von der Verwaltungsspitze und der Politik mitgetragen wird und entsprechende Akteursgruppen überzeugt werden.

Helga Jänsch,
Stadt Dortmund



Im Rahmen dieser Veranstaltung möchte ich fünf Kampagnen kurz vorstellen:

1. Agenda in der Schule und außerschulische Partner

Dieses Netzwerk hat sich innerhalb von 7 Jahren entwickelt. Wir haben in dieser Zeit 32 Schulen aller Schulformen und ca. 18.000 Schülerinnen und Schüler über Schulungen und Schülerkongresse erreicht. Was mich sehr freut ist dabei die aktive Teilnahme der Förderschulen und die hervorragende Kooperation der verschiedenen Schulformen. In einer Großstadt wie Dortmund zu sein ist von Vorteil, da wir es durch die vielen Netzwerke vor Ort relativ leicht hatten 20 außerschulische Partner zu gewinnen. 2005 sind wir als „Netzwerk Dekade-Projekt“ ausgezeichnet worden. Mittlerweile sind wir jetzt im zweiten Durchlauf bei der Landeskampagne dabei.

2. Projekt Flächennutzungsplan

Dieses Projekt ging über 3 Jahre und wurde hauptsächlich von den Kollegen aus dem Planungsamt umgesetzt. Sie haben für 12 Stadtbezirke innerhalb eines Jahres 120 Agenda-Veranstaltungen organisiert und darüber hinaus sogar noch Workshops vorab. Hintergrund war, dass gleichzeitig ein Stadtbezirks-Entwicklungskonzept entwickelt wurde (und noch heute wird). Mittlerweile besitzen wir 7 Masterpläne mit thematischen Konkretisierungen wie Umwelt, Klimaschutz und Mobilität. Der Flächennutzungsplan ist 2004 verabschiedet worden und die Fortschreibung in den Stadtbezirken und der Masterpläne läuft jetzt pro Jahr, auch immer wieder in neuen Beteiligungen. Es ist unser Prinzip, nicht nur zeitlich befristetes Projekte zu machen sondern sie auch kontinuierlich weiterzuführen.

3. Agenda-Siegel

Das ist unsere Form der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. In drei Jahren haben wir 44 Projekt ausgezeichnet. Finanziert wird das Ganze über Sponsorengelder. Sponsoren zu gewinnen ist zwar nicht einfach, aber wir konnten bis jetzt immer 500 € pro Projekt auszahlen. 2006 wurde das Agenda-Siegel erstmals erfolgreich an Privatpersonen vergeben. Das Agenda-Siegel ist eine Form der Anerkennung. Zusammen mit unsere Agentur für Ehrenamt und dem Stadtbezirksmarketing wollen wir in

Zukunft versuchen, die Ehrung des bürgerschaftlichen Engagements zu bündeln.

4. **Ökoprofit (Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik)**

Dortmund war im Jahr 2000 die erste Stadt in NRW die mit Ökoprofit anfang. Den Anstoß dazu gab der Agenda-Arbeitskreis „Nachhaltiges Wirtschaften“ und es wurde von der Wirtschaftsförderung gut angenommen. Mittlerweile befindet sich das Projekt im fünften Durchgang. Insgesamt sind es 58 Unternehmen die bereits 1,4 Millionen € eingespart haben.

5. **Fairer Handel**

Wir sind 2003 und 2005 Hauptstadt des fairen Handels gewesen, was eine unglaubliche Ehrung und zugleich Ansporn für alle ehrenamtlich aktiven Weltgruppen war. Mittlerweile haben sich sehr viele Partner für dieses Bündnis gefunden. Wir machen ca. 50-70 Aktionen pro Jahr, die bis in die Stadtbezirke gehen. Bei der „Fairen Beschaffung“ haben wir allerdings noch viel Arbeit vor uns und auch beim „Fairen Kaffee“ sind wir jetzt beim dritten Anlauf, damit wir „vom Projekt zum Prinzip“ gelangen. Das Aktionsbündnis ist mittlerweile zum „Prinzip“ geworden und ich denke, dass es ungeachtet dessen was noch kommen mag, auch weiterhin bestehen wird. Die Zusammenarbeit mit Schulen, mit Unternehmen, mit dem Einzelhandel etc. inspiriert zu guten Ideen und zu gemeinsamen Aktionen.

Alle fünf vorgestellten Kampagnen haben bei uns in der Verwaltung und in der Politik eine ganze Menge geändert. Die Unterstützung durch die Rot-Grüne Mehrheit und den Stadtdirektor trug dabei maßgeblich zum Erfolg bei. In den letzten sieben Jahren hat sich dadurch sehr viel verändert.

Dagmar Vogt-Sädler,
Stadt Neuss

Ich möchte Ihnen gerne etwas von der Eine-Welt-Politik der Stadt Neuss berichten. Abgesehen davon haben wir natürlich noch weitere Bereiche in denen wir aktiv sind. Seit mehr als 20 Jahren arbeiten wir erfolgreich im kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement. Wir machen freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfungen und haben sehr viel im Bereich Flächenrecycling bewegt (64 Altlastensanierungen, 250 Gefährdungsabschätzungen). Im Bereich Energie-Management wurden seit 1993 120.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Dies geschah vor allem durch industrielle Prozesswärmeverwertung, durch energetische Sanierung des städtischen Gebäudebestandes, durch Förderung von emissionsarmem Erdgas und durch mehrere städtische Bürgerforen, die eine sehr gute Arbeit machen.



Zur Eine-Welt-Politik: wir sind seit Anfang der 90er Jahre aktiv. Unterstützt werden wir von der Neusser Eine-Welt-Initiative. Sie setzt sich aus 33 kirchlichen Gruppen und privaten Organisationen zusammen und bildet unseren Motor. Mittlerweile wurde auch die Verwaltung und der Bürgermeister von unseren Anliegen überzeugt und so konnten wir in den letzten Jahren sehr viel erreichen. Seit 1991 wird im Rathaus fair gehandelter Kaffee getrunken. In den Bestand unserer fairen Beschaffung haben wir von Tee bis Schokolade immer mehr Produkte aufgenommen. Unser Bürgermeister, der als rheinischer Bürgermeister sehr aktiv im Karnevalsverein ist, warf als erster Bürgermeister fair gehandelte Schokoladenriegel und begründete damit die „Jecke Versuchung“. Sportbälle, Orangensaft und Blumen sind ebenfalls ins Sortiment aufgenommen worden.

Wir verzichten seit 1992 auf die Beschaffung von Tropenholz und wollen damit einen Beitrag zum Erhalt der Regenwälder leisten. Durch die Beschaffung fair gehandelter Produkte haben wir versucht, mit gutem Beispiel voranzugehen und auch andere Institutionen für den fairen Handel zu gewinnen. Sowohl die städtische Sparkasse als auch viele Kirchengemeinden und sogar Wirtschaftsunternehmen unterstützen zunehmend den Konsum fair gehandelter Produkte.

Wir haben im Februar 2005 als erste Kommune in Deutschland beschlossen, nur noch Produkte zu beschaffen, die unter Berücksichtigung der Kernarbeitsnorm der International Labour Organization hergestellt worden sind. Wir haben uns gefreut, dass sich unsere Kollegen in Düsseldorf ebenfalls dazu entschlossen haben. In Bezug auf die Umsetzung sind wir noch etwas weiter gegangen. Neben der Aufnahme der ILO-Normen in unsere Vergabekriterien haben unsere Lieferanten nach einer Übergangsphase von einem Jahr eine entsprechende Zertifizierung nachzuweisen. Ein unabhängiger Gutachter muss bestätigen, dass der Lieferant die International Labour Organization Arbeitsnormen einhält. Eigentlich ist dies kein großes Problem für die Unternehmen, da die meisten sich bereits darauf eingestellt haben. Leider wird dieses Kriterium in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig nachgefragt.

Wir sind ferner dabei gemeinsam mit der Neusser Eine-Welt-Initiative im Bereich des fairen Handels Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Gerade Schulen sollen überzeugt werden das Thema im Unterricht zu behandeln. Ich habe mich sehr gefreut, als meine Töchter kürzlich in der Schule ausrechnen mussten, wie viel Geld Kaffeebauern beim fairen Handel verdienen und auch Referate zum Thema gehalten wurden.

Wir versuchen vor allem Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren, zum Beispiel konnten wir im Rahmen von Aktionswochen viele Gymnasien dafür gewinnen, sich mit der Frage des sauberen Wassers zu beschäftigen. Die Kinder und Jugendlichen hatten dabei die Möglichkeit persönlich zu erleben mit welchen Problemen es Kinder und Jugendliche in Entwicklungsländern zu tun haben. Sie sahen beispielsweise Wasserkurven der afrikanischen Flüsse und konnten so erkennen, dass sauberes Wasser in vielen Ländern der Erde keine Selbstverständlichkeit ist.

Wir haben außerdem Kredite im Rahmen des ethischen Investments gezeichnet. Es gibt eine Organisation namens Oikocredit. Sie bietet Bevölkerungsgruppen im Süden, die aufgrund ihrer Armut in der Regel als nicht kreditwürdig eingestuft werden, Kleinstkredite durch die sie sich eine eigene Existenz aufbauen können. Wir haben als erste Kommune eine Einlage bei Oikocredit gemacht, um dieses Projekt zu unterstützen.

Wir sind für unsere Aktivitäten mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderem als erste Kommune von TransFair. Maßgebend waren für uns aber nicht die Auszeichnungen, sondern unser Bestreben beruhte auf der christlichen Sozialethik, sicherlich auch durch die starke Position der Kirchen in der Stadt Neuss, hinzukam das Bewusstsein der Politiker in diesem Bereich aktiv zu werden.

Während vor 15 Jahren noch vielfach Unverständnis herrschte, warum wir denn für fair gehandelte Produkte mehr zahlen als für konventionelle, schließen sich mittlerweile immer mehr Kommunen uns an.



1



2



3



1/4



1/2



3/4



◀



∞



⊖



◇



11



12



13



11/4



11/2



13/4



14



100



18



20



21



22



23



21/4



21½



23¼



24



2∞



29



30

15 Jahre Agenda 21 in NRW - Bilanz und Perspektiven der Nachhaltigkeit in NRW



Eckhard Uhlenberg,

Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute aus Anlass der Jahrestagung der LAG 21 NRW bei Ihnen zu sein. 15 Jahre Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen sind ein guter Anlass, eine Bilanz zu ziehen. Und noch wichtiger ist, vorwärts zu schauen. Denn „Agenda“ kommt aus der lateinischen Sprache und bedeutet sinngemäß: „Was zu tun ist“. Agenda 21 fragt also, „was im 21. Jahrhundert zu tun ist“.

Genau mit dieser Frage haben sich gestern die deutschen Umweltminister und über 300 Teilnehmer aus Wirtschaft und Wissenschaft, Naturschutz und Medien, Politik und Verwaltung im Düsseldorfer Landtag auseinandergesetzt. Im Fokus standen die Klimaveränderungen. Alle seriösen Untersuchungen und Prognosen unterstreichen, es ist Zeit zum Handeln. Ich komme darauf zurück.

Sie alle kennen die Geschichte und Ziele der Agenda 21. „Geburtsort“ war die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Das Herz der Agenda ist das Handlungsaktionsprogramm. 40 Kapitel schlagen Maßnahmen vor, um „die Deckung der Grundbedürfnisse, die Verbesserung des Lebensstandards aller Menschen, einen größeren Schutz und eine bessere Bewirtschaftung der Ökosysteme und eine gesicherte, gedeihliche Zukunft zu gewährleisten“.

Damit aus diesem Anliegen Taten werden, sind unsere Köpfe und Hände gefordert. Sie packen in vielen Projekten konkret an, damit das passiert. Dafür danke ich Ihnen.

Sie informieren (z.B. junge Leute). Sie fördern (z.B. Entwicklungsprojekte oder soziale Vorhaben in der eigenen Stadt). Sie arbeiten mit (z.B. in Naturschutzprojekten). Sie entwickeln neue Ziele und Ideen. Für diesen Einsatz möchte ich Ihnen die Anerkennung der Landesregierung aussprechen.

Umwelt und (die wirtschaftliche und soziale) Entwicklungen hängen untrennbar zusammen. Es war und ist nicht immer einfach und populär, für diese Einsicht um Gehör und Zustimmung zu werben. Das scheint sich zu ändern.

Mit unserer aktuellen Diskussion um den Klimawandel und seine Risiken für Menschen und Natur, Wirtschaft und Wohlstand, Sicherheit und Frieden nehmen immer mehr Menschen wahr, wie eng und dynamisch die Wechselwirkungen unseres Handelns sind.

Der Ausstoß von Klimagasen ist trotz der Weltklima-Konvention global angewachsen. Sauberes Wasser wird weltweit immer knapper. Wir brauchen überall in der Welt die wichtige Einsicht, dass ökologische Reformen auch wirtschaftliche und soziale Reformen sind. Ökologische Klugheit ist auch ökonomische Vernunft.

Von Nachhaltigkeit wird heute schnell gesprochen. Es macht Mühe und ist ein beharrliches „Bohren dicker Bretter“ von Widerständen, Desinteresse und Interessen, wenn man ernst damit macht.

Umso erfreulicher finde ich, dass die Aufgeschlossenheit dafür wächst. Das zeigt sich an der Einrichtung und Arbeit des Nachhaltigkeitsrates in Berlin, den ich kürzlich kennenlernen konnte. Es zeigt sich an vielen – oft wenig spektakulären, aber dennoch bemerkenswerten – Beiträgen für Nachhaltigkeitsstrategien aus Unternehmen und Verbänden, in Parteien und Behörden. Ich halte für sinnvoll, diesen Weg weiter zu gehen.

Im Land Nordrhein-Westfalen gab es für den Agenda-Impuls der Rio-Konferenz von Anfang an Unterstützung – was gelegentliche Auseinandersetzungen um den richtigen Weg nicht ausschließt, die wir auch damals im Landtag geführt haben und heute diskutieren. Ich

möchte für NRW kurz die Agenda 21 NRW, die Einrichtung des UNEP-Zentrums in Wuppertal und die kommunale Agenda-Arbeit ansprechen.

Die Agenda 21 NRW hat sich vorgenommen, dass Nachhaltigkeit in der Landesentwicklung nicht nur als Sache von Politik und Verwaltung verstanden wird.

Sie bauen auf eine aktive Teilnahme gesellschaftlicher Gruppen, die Sie heute vertreten:

- Frauen und Männer aus Umweltverbänden ebenso wie aus sozial und umweltbewussten Unternehmen
- kirchlich aktive Menschen und Gewerkschafter
- Parteimitglieder und Verbraucherschützer
- WissenschaftlerInnen, Pädagogen und Erzieher
- Jugendverbände, Eine-Welt-Gruppen
- kommunale Initiativen

Das ist ein weites, oft heterogenes Spektrum – und gerade daher die Chance, sich auf „neues Denken“ oder „anders Handeln“ wirklich einzulassen.

Ein „Zukunftsrat NRW“ wurde durch die vorige Landesregierung berufen. Er hat Empfehlungen abgegeben, was das Land für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung tun kann, welche Rahmenbedingungen verändert werden müssen.

Vergleichbare, interessante Ansätze gibt es in anderen Bundesländern, zum Beispiel seit 2006 in Baden-Württemberg. Schritt für Schritt soll dort „die Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Interessen in konkreten Projekten verankert werden. So können die Entwicklungs- und Lebenschancen der künftigen Generationen erhalten bleiben.“

Die Agenda 21 NRW verknüpft globale Perspektiven mit unserer Heimat. Je enger die internationale Verflechtung in der Wirtschafts- und Metropolenregion NRW wird, umso bedeutender ist dieser Ansatz.

NRW entwickelt sich zu einem wichtigen Standort von UN-Einrichtungen. Die Idee, das UNEP-Zentrum für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion beim Wuppertal-Institut anzusiedeln, geht auf die Nachhaltigkeitskonferenz von Johannesburg (2002) zurück. Der „Johannesburg Implementierungsplan“ fordert einen Wandel hin zu nachhaltig ausgerichteten Konsum- und Produktionsmustern. Ziel ist wirtschaftliches Wachstum ohne ökologisch negative Konsequenzen.

Mit einem Rahmenplan möchte die UN nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster fördern. Insbesondere die Chancen sogenannter Entwicklungsländer sollen dadurch gestärkt werden. Wir halten den Ansatz des UNEP-Centers, dafür kleine und mittelständische Unternehmen bei uns und international als Partner zu gewinnen, für richtig. Ich hoffe sehr, dass die vom Zentrum bei Gründung vorgestellten Konzepte sich in der Realität bewähren und auch positive Arbeitsmarkteffekte erzielen.

Die Rio-Erklärung ruft weltweit die Städte und Gemeinden auf, eine eigene Agenda 21 zu formulieren. Nicht von oben, sondern mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. In unseren Kommunen lebt die „Zivilgesellschaft“. Hier wird bürgerschaftliche Arbeit konkret. Mit dem Leitbild der Landesregierung, mehr Mut zur Eigenverantwortung machen, passt das gut zusammen.

Gemeinden, aber auch die Kreise in NRW nehmen eine zentrale Rolle ein, wenn es darum geht, umwelt-, sozial- und wirtschaftspolitische Ziele zu realisieren. Dieser Aussage von Landrat Thomas Kubendorff auf der LAG-Jahrestagung 2005 stimme ich gerne zu. Er hat im Kreis Steinfurt eine rege regionale Agenda-Arbeit initiiert. Solche Aktivitäten begrüße ich sehr.

Die Zukunft des Agenda-Prozesses hängt davon ab, nicht nur auf große Debatten in Hauptstädten und Deklarationen internationaler Kongressereignisse zu schauen. (Davon gibt es in der weltweiten Umwelt- und Klimaszene vielleicht schon zu viele).

Es kommt darauf an, überall Entscheider aus den Landkreisen, den örtlichen und regionalen Verbänden, Wissenschaftler, Landwirte, Kreistags- und Ratsmitglieder und Projektträger „mitzunehmen“ – in den ländlichen Regionen ebenso wie in den großen Städten. Wichtig ist mir, dass eine kommunale Agenda 21 nicht als ein Nebenparlament missverstanden wird. Im Gegenteil, sie kann die Rolle der Mandatsträger stärken, da diese eine Schlüsselstellung im Dialog mit den Bürgern haben.

In Nordrhein-Westfalen gibt es auf lokaler Ebene in 275 von 427 Kommunen und Kreisen Beschlüsse für eine Lokale Agenda 21. Das ist eine stolze Bilanz.

Der nordrhein-westfälische Weg für Nachhaltigkeit hat aktuell zwei weitere Schwerpunkte, die ich streifen möchte: Die Aktivitäten zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“ und das nachhaltige Wirtschaften.

Es geht um Ressourceneffizienz, um integrierten Umweltschutz in kleinen und mittelständischen Unternehmen – auch mit der Effizienzagentur NRW – sowie um Umweltmanagement-Systeme. Im Dialog von Wirtschaft und Umwelt nehmen wir die Unternehmen und Branchen beim Wort, die sagen, sie möchten mit dem Staat kooperativ mehr für gute Umwelt und gutes Wachstum erreichen als mit staatlichen Auflagen allein.

Gute Beispiele gibt es in anderen Bundesländern, wie den Umweltpakt in Bayern. Erste Ergebnisse haben wir auch schon in NRW vorzuweisen. Wir bauen auf mehr Vertrauen, auf Zusammenarbeit und Freiwilligkeit, ohne die staatliche Garantenfunktion für Gesundheits- und Umweltschutz in Frage zu stellen. Damit fördern wir zugleich den so genannten Lissabon-Prozess der Europäischen Union für Wachstum und neue Arbeit.

Zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“ hat die Landesregierung (in enger Anlehnung an den Nationalen Aktionsplan) am 21.11.2006 als eines der ersten Bundesländer den nordrhein-westfälischen Aktionsplan „Zukunft Lernen“ beschlossen. Ende November 2006 tagte auf Einladung von Ministerpräsident Dr. Rüttgers der „Runde Tisch“ sowie das Nationalkomitee zur UN-Dekade in Bonn.

Zusammen mit vielen Partnerinnen und Partnern der schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen machen wir in den kommenden Jahren aus diesem Plan lebendige Aktionen. Ich glaube, wir können uns gemeinsam darüber freuen, dass bisher über 50 Projekte aus NRW oder mit Beteiligung von NRW vom Nationalkomitee als „UN-Dekade Projekte“ ausgezeichnet wurden. Wir möchten, dass mehr dazu kommen.

Dabei soll der NRW-Aktionsplan helfen. Auf eine gute Zusammenarbeit von Schulministerin und Umweltminister, wenn es um ansprechende Bildungsangebote für die Umwelt und Entwicklung geht, können Sie bauen.

Unsere Umweltpolitik für ein „vitales Nordrhein-Westfalen“ widmet sich weiteren Agenda-zielen. Ich nenne nur zwei:

- Den Freiraumschutz mit unserer „Allianz für die Fläche“. Hier ist die LAG 21 stark eingebunden.
- Der Schutz der Biodiversität, das heißt Schutz der wildlebenden Pflanzen und Tiere in ihren natürlichen und historisch gewachsenen Lebensräumen und Lebensgemeinschaften. Hier wollen wir im „Bündnis für Natur“ einen eigenen Beitrag des Landes im Vorfeld der Welt-Artenschutzkonferenz 2008 in Bonn leisten. (siehe auch Beschluss der CDU-Landtagsfraktion in Gütersloh).

NRW wirkt in der Steuerungsgruppe (Steering Committee) des Netzwerkes der Regionalregierungen für nachhaltige Entwicklung (Network of Regional Governments for Sustainable Development, nrg4SD) bei den Themenfeldern Erneuerbare Energien und Klimaschutz mit und im Netzwerk der Umweltministerien Europäischer Regionen (EnCore).

2007 ist Nordrhein-Westfalen Vorsitzland der Umweltministerkonferenzen (UMK). Vor einem halben Jahr haben wir uns für diese Sonder-Umweltministerkonferenz entschieden. Seitdem ist der Klimaschutz zu einem politischen Topthema geworden. Wer hätte gedacht, dass ein Dokumentarfilm wie „Eine unbequeme Wahrheit“, in dem der frühere US-Vizepräsident Al Gore Klimawandel und Klimarisiken schildert, Kinosäle füllt? Ich begrüße sehr, dass nun 6000 DVDs für den Schulunterricht mit Begleitmaterialien bereitgestellt werden. Erstmals fand eine Umweltministerkonferenz in Kombination mit einer öffentlichen Fachtagung statt. Das Interesse und die Beteiligung aus Wirtschaft und Gewerkschaften, der Wissenschaft, der Verbände und der Umweltministerien des Bundes und der Länder zum Klimaschutz war enorm.

In unserer „Düsseldorfer Erklärung zum Klimaschutz“ sprechen wir uns als Umweltminister und –ministerinnen des Bundes und der Länder einmütig dafür aus, jetzt beherzt die Weichen für eine Emissionsminderung von Treibhausgasen zu stellen. Seriöse Klimafor-scher unterstreichen, dass den Industrie- und Schwellenländern kaum 15 Jahre Zeit für eine nachhaltige Trendumkehr beim Treibhausgas-Ausstoß bleiben.

In der „Düsseldorfer Erklärung“ begrüßen wir die Einigung zum Klimaschutz auf dem EU-Gipfel am 08. und 09. März 2007. Mit dem Ziel mindestens 20% der Emissionen in Europa bis 2020 zu reduzieren hat die Europäische Union einen Meilenstein gelegt. Wir wünschen uns, dass in internationalen Verhandlungen eine Reduzierung um 30% bis 2020 verbindlich vereinbart und umgesetzt wird. Für meine Kolleginnen und Kollegen in den Ländern und im Bund steht fest, dass wir ein globales Bündnis für eine gute Klimazukunft brauchen mit allen großen Industriestaaten und Schwellenländern.

„Weniger Klimagase produzieren!“ – das ist die eine Aufgabe. Aber daneben steht bereits die zweite: „Welche Folgen hat es, wenn die Welt global um 2°C wärmer wird, wie es unser Klimaschutzziel akzeptiert und zu erwarten ist? Was müssen wir tun, um mit diesen Folgen fertig zu werden?“

Wir haben einen ersten Versuch unternommen, die Klimaveränderungen in NRW zu erfassen. Dazu ist ein Werkstattpapier für eine Klimafolgenstrategie in meinem Geschäftsbe-reich in Arbeit.

Das Thema Nachhaltigkeitsstrategien beschäftigt die UMK überdies seit einigen Jahren. Zwar ist der Stellenwert dieser Strategien recht verschieden, doch wichtig sind mit gemein-samen Schwerpunkte in den Ländern v.a. die folgenden Themen zu nennen:

- Klimaschutz
- Flächenverbrauch
- Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wie in der UMK beschlossen, habe ich mit dem nationalen „Rat für Nachhaltige Entwick-lung“ kürzlich in Berlin vereinbart, das Ergebniss der Bestandsaufnahme zu den Länder-strategien für Nachhaltigkeit in diesem Jahr so aufbereiten zu lassen, dass wir eine wei-terführende Diskussion (mit zivilgesellschaftlichen Akteuren) darüber konstruktiv führen können.

[Neben der klimapolitischen Diskussion wird die UMK auf den turnusmäßigen Konfe-renzen vom 23.- 25. Mai in Bad Sassendorf und vom 14. - 16. November am Niederrhein auf Schloss Krickenbeck intensiv an der Weiterentwicklung und effizienten Umsetzung der EU-Richtlinien für Abfall, Wasser und der Luftqualitätsrichtlinie arbeiten und die Beratungen zur EU-Bodenschutzstrategie vor dem Hintergrund bereits vorliegender Erfahrungen be-gleiten.]

Politik ist praktische Verantwortung für heute und für uns, für die Zukunft und unsere Kin-der. Aus diesem Grund sind Sie engagiert. Die Veränderungen des Klimas und ihre Folgen sind ein weiterer Anlass, entschlossen zu handeln.

Die Agenda 21 stellt unser Handeln auch in den Zusammenhang von Frieden und Gerech-

tigkeit. Der Rio-Gipfel stand 1992 unter dem Eindruck, dass es nach dem Kalten Krieg doch neue Möglichkeiten geben muss, eine menschenwürdige Zukunft für alle zu schaffen.

Sie und ich wissen heute, dass manche Hoffnungen von damals beschädigt wurden. Dazu gehören die neuen Kriege, dazu zählen „scheiternde Staaten“, z. B. in Afrika. Auch das Wachstum der Weltbevölkerung macht Sorge.

Aber das Recht auf menschenwürdiges Leben ist individuell und unverfügbar. Es steht nicht unter dem Vorbehalt einer Zahl. Deshalb bleibt Ihre Agenda-Arbeit, die Solidarität für Umwelt und Entwicklung leistet, sehr wichtig.

Ich komme zum Schluss und erinnere an den Anfang. „Agenda“ bedeutet sinngemäß: „Was zu tun ist“. Einige Aufgaben habe ich skizzieren können und einige Lösungsansätze dazu. Große Aufgaben liegen vor uns, aber auch beachtliche Chancen und Neuland zu entdecken.

Ich wünsche Ihrer Arbeit weiterhin Schwung und Ideen, Tatkraft und langen Atem. Ich gratuliere zum kleinen Jubiläum und wünsche Ihrer Jahrestagung 2007 gute Gespräche und Resultate.

Agenda 21 – Globalisierung der Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher,
Universität Ulm, Leiter Forschungsinstitut für anwendungsorientierte
Wissensverarbeitung/n



I. Einleitung

Die Welt sieht sich spätestens seit der Weltkonferenz von Rio 1992 vor der Herausforderung, eine nachhaltige Entwicklung bewusst zu gestalten. Es geht darum, Nachhaltigkeit im Kontext der Globalisierung durchzusetzen und Instrumente wie die Agenda 21 in diesem Kontext vernünftig zu nutzen. Solche Instrumente wurden in der Konferenz [Rio] +15 [Johannesburg] +5: 15 Jahre Agenda 21 in NRW mit Bezug auf die Entwicklung im Großraum Köln in den letzten Jahren thematisiert. Der vorliegende Text gibt hierzu eine Orientierung.

Vertreten wird dabei die Position, dass Nachhaltigkeit im Rahmen der Globalisierung insbesondere eine große Designaufgabe bezüglich der Wirtschaft, der internationalen Wirtschaftsordnung und letztlich der Global Governance bedeutet, nämlich die Gestaltung eines nachhaltigkeitskonformen Wachstums bei gleichzeitiger Herbeiführung eines (welt-) sozialen Ausgleiches und dem Erhalt der ökologischen Systeme. Der letztgenannte Punkt wird in dem vorliegenden Text am Beispiel der Klimadebatte vertieft behandelt.

Tatsächlich erscheint Nachhaltigkeit nur dann erreichbar, wenn die Wechselwirkung zwischen den Staaten und damit die Global Governance sich in Richtung einer Weltinnenpolitik bewegen, eine Forderung, die auf C. F. von Weizsäcker zurückgeht. Die Chancen zur Erreichung dieses Zieles vom Charakter einer Balance sind aber alles andere als gut. Wie im Folgenden beschrieben wird, ist das (nur) eine von drei prinzipiellen Zukunftsperspektiven für die Menschheit. Die anderen sind Kollaps oder eine Ressourcendiktatur/Brasilianisierung, wahrscheinlich verbunden mit Terror und Bürgerkrieg.

Diese bedrohlichen und heute schon wahrgenommenen Entwicklungen erhöhen die Forderung nach Sicherheit, die vor allem in der Folge des 11. September 2001 enorm an Bedeutung gewinnt. Wobei eine „obsessive“ Konzentration auf die Aspekte Sicherheit und Homeland Security ihrerseits neue Risiken heraufbeschwört.

Der vorliegende Text beschreibt die drei Optionen für die Zukunft, diskutiert sie unter Fragen der Sicherheit, analysiert auch die Rolle der Informationstechnik in diesem Kontext und entwickelt eine Doppelstrategie, wie man am besten mit dieser Situation umgeht. Dies wird aus Sicht der europäischen bzw. deutschen Politik beleuchtet. In Bezug auf die anstehenden weltweiten Herausforderungen wird mit einem Global Marshall Plan und der Zielvorstellung einer weltweiten Öko-sozialen Marktwirtschaft ein konkretes Programm vorgestellt, wie vielleicht die Balance noch rechtzeitig gesichert werden kann.

II. Zur Bedeutung der Agenda 21

Der vorliegende Text bezieht sich mit Blick auf die Thematik der Nachhaltigkeit auf Entwicklungen im Großraum Köln. Dieser Großraum im Herzen von Nordrhein-Westfalen besitzt ein besonderes Interesse, weil er ausstrahlt in eine Region großer Kaufkraft mit sehr vielen Menschen. Ideen, die hier wirksam werden, haben Chancen auf große Verbreitung. Es ist interessant, dass Nachhaltigkeit von der lokalen Agenda her angegangen wird. Hier kommt das Thema auf eine Ebene, auf der im Sinne eines „Roll-Out“ viele Menschen erreicht werden. Es geht um Veränderungen in vielen Köpfen, es geht um Teilhaben und „Ownership“. Es reicht nämlich nicht, wenn sich Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftler auf hohen Ebenen etwas ausdenken - zum Schluss muss es alle Menschen erreichen, zuhause, in der Schule oder im Betrieb. Hier setzt die Agenda 21 an.

Wir reden heute über 15 Jahre nach Rio. Damals, 1992, war der Kulminationspunkt der

Vorstellung, die zentralen globalen Herausforderungen auf Basis einer vernünftigen welt-politischen Struktur lösen zu können. Damals hatte man mit der sozialen Marktwirtschaft ein funktionierendes Modell und eine gute Vorstellung zur Verfügung, wie der Wettbewerb und die Kräfte des Marktes mit einem Primat der Politik zum Vorteil aller verbunden werden können, und hier im Rheinland liegt ja auch die Wiege des so genannten rheinischen Kapitalismus. Dieser Kapitalismus ist kompatibel mit der Idee der sozialen Demokratie, mit der Idee, dass jeder Mensch zählt, und dass alle Menschen befähigt werden wollen, ihr Potenzial zu entwickeln. Weltpolitisch gedacht weist das in Richtung weltdemokratischer Ansätze zur Lösung der Probleme auf diesem Globus. Jeder Mensch hat eine Stimme. Ganz anders ist das marktfundamentalistische Programm. Hier hat jeder Dollar eine Stimme und die Dollars sind extrem ungleich verteilt. Der Fall der Mauer wurde durch den Marktfundamentalismus erfolgreich interpretiert als der Sieg eines brutalen, kruden Kapitalismus, der angeblich alle Probleme löst, nicht als Sieg der sozialen Marktwirtschaft. Dieser Sieg in Öffentlichkeitsarbeit und Irreführung der öffentlichen Meinung wurde anschließend übersetzt in ein gigantisches „Plünderungsprogramm“ bezüglich der Umwelt wie der sozialen Strukturen.

Soziale Marktwirtschaft kommt dabei überall unter Druck, z.B. dadurch, dass die interessantesten Wertschöpfungsprozesse sich im Rahmen der Globalisierung immer besser der Besteuerung entziehen können. Im Wettbewerb der Staaten untereinander diktiert das Kapital, wie weit es überhaupt noch besteuert werden darf. Soziale Marktwirtschaften wie soziale Demokratien kommen in Gefahr, letztlich den Charakter zu verlieren. So reden wir dann immer über Nachhaltigkeit, aber das, was tatsächlich passiert ist, das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Die jetzt anstehenden Herausforderungen bezüglich der Umwelt, der sozialen Fragen, der weltkulturellen Fragen hat der Club of Rome seit der Publikation des Buches „Grenzen des Wachstums“ in 1972 ständig bearbeitet. Der Hauptautor Meadows und sein Team haben vor drei Jahren das 30 Jahre-Up-Date ihres damaligen, die Welt bewegenden Berichtes, vorgelegt „Grenzen des Wachstums 30 Jahre-Up-Date“ - und der Befund ist eindeutig. Die Lage ist heute dramatisch schlechter als damals. Wir haben die Zeit nicht gut genutzt, bei allen wesentlichen Fragen wird es extrem eng. Wir sind weltpolitisch betrachtet in einer kritischen, kaum mehr beherrschbaren Situation.

Es geht dabei um die Wechselwirkung der Menschheit mit ihrer Umwelt, das ist die Frage der Ökologie. Und es geht um die Art, wie die Menschen miteinander interagieren. Hier geht es um die soziale und die kulturelle Frage. Die entscheidende Herausforderung ist, ob unter den spezifischen Bedingungen der Globalisierung, mit der wir heute konfrontiert sind, überhaupt noch Chancen bestehen, die Prozesse in eine nachhaltige Richtung zu lenken. Und natürlich ist die Frage, was passiert, wenn das nicht gelingt. Davon handelt der nachfolgende Text.

III. Weltweite Problemlagen

Die Welt befindet sich zum Anfang des neuen Jahrhunderts in einer extrem schwierigen Situation. Als Folge der ökonomischen Globalisierung befindet sich das weltökonomische System in einem Prozess zunehmender Entfesselung und Entgrenzung im Kontext des Megatrends „Explosive Beschleunigung“, und das unter teilweise inadäquaten weltweiten Rahmenbedingungen mit Governancestrukturen.

Megatrend: Explosive Beschleunigung

- Bevölkerungsentwicklung
- Distanzverkürzung
- Zugriff auf Ressourcen
- Technische Systemänderungen

- Zunehmende soziale Spaltung
- Aufeinanderprallen von Kultursystemen
- Zunahme von Konkurrenz

Das korrespondiert zu dem eingetretenen teilweisen Verlust des Primats der Politik, weil die politischen Kernstrukturen nach wie vor national oder, in einem gewissen Umfang, kontinental, aber nicht global sind. In diesem Globalisierungsprozess gehen die Entfaltung der neuen technischen Möglichkeiten zur Substitution menschlicher Arbeitskraft wie auch die zunehmende Integration von Teilen des Arbeitskräftepotenzials der ärmeren Länder in den Weltmarkt teilweise zu Lasten der Arbeitsplatzchancen der weniger qualifizierten Arbeitnehmer in den reichen Ländern, die sich deshalb nachvollziehbar als Verlierer der Globalisierung wahrnehmen. Die beschriebenen Entwicklungen beinhalten zwar gewisse Chancen für Entwicklung, laufen aber gleichzeitig wegen fehlender internationaler Standards und durchsetzbarer Regulierungsvereinbarungen und der daraus resultierenden Fehlorientierung des Weltmarktes dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung entgegen. Die Entwicklungen erfolgen teilweise zu Lasten des sozialen Ausgleichs, der Balance zwischen den Kulturen und der globalen ökologischen Stabilität. Wo liegen dabei die ganz großen Herausforderungen?

Die Umwelt- und Ressourcenfrage

Aufgrund der gegebenen Hinweise erweist sich im Kontext der Globalisierung der Zugriff auf Ressourcen und die Erzeugung von Umweltbelastungen als ganz großer Engpass. Ohne Ressourcen kein Reichtum! Und Kollaps bei übermäßigem Zugriff. Wer kann, wer darf auf Ressourcen wie z. B. Wasser, Nahrung, Öl in welchem Umfang zugreifen? Das kann eine Frage von Krieg und Frieden werden.

Das rasche Wachsen der Weltbevölkerung verschärft die Situation signifikant und in sehr kurzen Zeiträumen. Die Menschheit bewegt sich in Richtung auf 10 Milliarden Menschen. Hinzu kommt das Hineinwachsen von Hunderten Millionen weiterer Menschen in ressourcenintensive Lebensstile, die bisher Privileg eines kleinen Teil der Weltbevölkerung waren.

Es könnte deshalb in den nächsten Jahrzehnten trotz massiver Steigerung der Nahrungsmittelproduktion eng werden hinsichtlich der Ernährung der Weltbevölkerung. Um 2015 ist der Höhepunkt der Ölproduktion zu erwarten (Peak-Oil). Hier drohen erhebliche Problemlagen und Konflikte. Im Bereich der CO₂-Emissionen bewegen wir uns wahrscheinlich heute schon auf eine Klimakatastrophe zu. Mit Blick auf den aktuellen Bestseller »Kollaps: Warum Gesellschaften überleben oder untergehen« von Jared Diamond, der aufzeigt, welche Konstellationen in einer historischen Perspektive zum Zusammenbruch ganzer Gesellschaften geführt haben, deuten sich erhebliche Verwerfungen an. Der Ressourcendruck verschärft sich von mehreren Seiten und die (welt-)politische Situation ist nicht günstig, um mit diesem Thema adäquat umzugehen. Hinzu kommt, dass große Teile der Eliten, weltweit, eine Bewältigung dieser Herausforderungen bisher nicht als ihre zentrale Aufgabe ansehen.

Der Bumerang-Effekt

- Technik als Lösung!?
- Die Lösung als Problem!
- Der Rebound-Effekt
- Die Notwendigkeit sozial-kultureller Innovationen
- Die Herausforderung von Global Governance

Die Frage der Limitation des Verbrauches nicht erneuerbarer Ressourcen und der Begrenzung der Umweltbelastungen in einer globalen Perspektive tritt vor dem beschriebenen

Hintergrund in das Zentrum aller Versuche zur Erreichung zukunftsfähiger Lösungen, denn der technische Fortschritt alleine, so sehr er die Umweltbelastungen pro produzierter Einheit zu senken vermag (Dematerialisierung, Erhöhung der Ökoeffizienz), führt aufgrund des so genannten Bumerangeffektes in der Summe zu eher mehr als zu geringeren Gesamtbelastungen der ökologischen Systeme. Mit jeder Frage nach Begrenzung, etwa der CO₂-Emissionen, stellt sich aber sofort die weltweite und bis heute unbeantwortete Verteilungsproblematik in voller Schärfe.

Dabei ist zwischen »großvaterartigen« Aufteilungsansätzen, bei denen man sich im Westlichen am Status Quo orientiert (und dadurch den zurückliegenden Ländern ein »Aufschließen« an das Niveau der Erzeugung von Umweltbelastungen der reichen Welt vorenthält) oder »pro Kopf gleichen Zuordnungen« von Verschmutzungsrechten und deren ökonomischer Handelbarkeit zu unterscheiden. Letztlich stellen sich hier Fragen der Gerechtigkeit innerhalb, aber erst recht zwischen den Staaten. Dies ist aus Sicht der sich entwickelnden Länder vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Kolonialismus und ungleicher Verträge zu sehen. Das Konfliktpotenzial in diesem Bereich ist gigantisch und wird in der praktischen Politik unterschätzt. Umweltfragen übersetzen sich dabei in soziale und damit in Verteilungsfragen – innerhalb, aber vor allem auch zwischen Ländern. Hier schlägt nun mit der jüngsten Entwicklung im Finanzsektor ein weiterer Bumerang zu.

IV. Die Entgrenzung des Finanzsektors – das Problem hinter den Problemen

Eine ungenügende Global Governance

- Der Siegeszug des digitalen Kapitalismus
- Die Entgrenzung der Finanzmärkte
- Effektivität vs. Effizienz: Inadäquate Rahmenbedingungen
- Vagabundierende Macht ohne adäquate Verantwortung und Kontrolle
- Unterminierung der Demokratie
- Vergrößerung der sozialen Spaltung
- Zerstörung der Umwelt

Das vielleicht größte Problem weltweit ist die Entgrenzung des Finanzsektors in Folge der Globalisierung in Form des digitalen Kapitalismus. Geld vagabundiert unkontrolliert um den Globus, sucht nach immer höheren Renditen, setzt Regierungen unter Druck und entsteht fast aus dem Nichts. Größtes Wertschöpfungssegment wird dabei einerseits die Vermeidung von Steuerzahlungen unter Ausnutzung komplexer internationaler Gesetzeslagen und der besonderen Möglichkeiten von Off-Shore-Finanzplätzen, andererseits die Geldneuschöpfung bzw. die Kreditaufnahme durch Premium-Schuldner. Die Modifikationen der Finanzmarktregulierungen der letzten Jahre, u. a. Basel II, erlauben kleinen Gruppen von „Premium-Akteuren“ die Generierung von Geld quasi aus dem Nichts durch Ausweitung der Kreditvolumen und durch neue Formen der Geldschöpfung unter Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente und bestimmter Formen von Schuldverschreibungen. Gleichzeitig ermöglicht die Verlagerung von Arbeit Gewinne bei Wenigen zu Lasten hoher Verluste bei Vielen. Mittlerweile kommt es zum Rückbau der Sozialsysteme in reichen Ländern, zu einer „Ausplünderung“ des Mittelstandes und zu erheblichen Reduktionen bei den unternehmens- und vermögensbezogenen Steuereinnahmen der Staaten. Die Steuerlast und die Last der Sozialsysteme zahlen immer mehr der Mittelstand und die Arbeitnehmer. Insgesamt ist dies eine Entwicklung, bei der die Stabilität durch immer größere Kurzfristigkeit und „absurde“ Renditeziele gefährdet wird, auch zu Lasten der Zukunft. Allerdings besitzt diese Entwicklung den „Charme“, den hohe soziale Ungleichheit für Eliten besitzt, und der

unten vertieft unter dem Begriff der Brasilianisierung diskutiert wird.

Die Folgen:

- Legale Steuerflucht
- Geldschöpfung aus dem Nichts, Ausweitung der Geldmenge, Aufbau von „Bubbles“
- Massive Umverteilung zu wenigen „Superreichen“, Ausbluten des Mittelstandes
- Drohender Kollaps der Weltfinanzmärkte
- „Plünderung“ zu Lasten von Umwelt, Frieden und Zukunftspotenzialen
- Ausfransen der Demokratie an den Rändern
- Erzeugung von Hass
- Verlust der informationellen Selbstbestimmung
- Militarisierung der Gesellschaft
- Terror und Gegenterror - potenziell Bürgerkrieg

V. Welche Zukünfte sind möglich?

Richtet man den Blick auf das weltweite Geschehen und berücksichtigt die nächsten 50 Jahre, so resultieren aus der beschriebenen Gesamtkonstellation, das heißt den Risiken bezüglich Umwelt und Ressourcen einerseits und den Risiken bezüglich sozialer und kultureller Balance andererseits, drei mögliche Zukünfte im Sinne von Attraktoren, die im Weiteren kurz diskutiert werden und von denen zwei extrem bedrohlich und nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar sind. Die drei Fälle ergeben sich aus der Frage, ob die beiden großen weltweiten Postulate: (1) Schutz der Umwelt und Begrenzung des Ressourcenverbrauches und (2) Beachtung der Würde aller Menschen, erreicht werden.

Gelingt (1) nicht, machen wir also weiter wie bisher, kommt der Kollaps. Gelingt (1), ist die Frage „wie?“. Durch Machteinsatz zu Gunsten Weniger, zu Lasten Vieler – dann finden wir uns in einer Ressourcendiktatur und dazu korrespondierend in der Brasilianisierung wieder. Nur im Fall von Konsens landen wir in einem Modell mit Perspektive, einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft.

Wo stehen wir in 50 Jahren? - Drei Zukünfte

1. Kollaps
2. Brasilianisierung
3. Weltweite Öko-soziale Marktwirtschaft (doppelter Faktor 10 als Perspektive)

1. Business as usual / Kollaps

Fährt man weiter entlang der bisherigen, im Wesentlichen an Freihandelsprinzipien orientierten Logik à la WTO, IWF etc., dann befindet man sich in einem Szenario, das die ultimativen Grenzen der Naturbelastbarkeit nicht in das weltökonomische System integriert hat, zugleich werden große Teile der Humanpotenziale auf diesem Globus nicht voll entwickelt. Damit werden viele Menschen und Kulturen in die Zweitklassigkeit gebracht bzw. dort »eingemauert«. Dieses System wird schon in 20 bis 30 Jahren gegen definitive Grenzen laufen und mit Kämpfen um Ressourcen verbunden sein, die exorbitante Kosten nach sich ziehen werden. Sicherheit für alle ist dabei nicht zu gewährleisten. Gewisse Rückfallpositionen vor Ort in der Grundversorgung (im Sinne ei-

ner Minimal-Autonomie) können überlebensrelevant werden, insbesondere Lösungen in den Bereichen Ernährung und Energie. Dieser Business as usual-Weg ist nicht nachhaltig und nicht zukunftsfähig, weder global noch regional. Aus Sicht des Autors ist dieser Fall eher unwahrscheinlich (15%), da bei Annäherung an den Katastrophenfall massive Abwehrreaktionen und Gegenmaßnahmen zu erwarten sind. Die Frage ist, welcher Art diese sein werden, wenn der Kollaps unmittelbar bevorsteht.

2. Brasilianisierung / Öko-diktatorische (ressourcendiktatorische) Sicherheitsregime
Es steht zu erwarten, dass bei einem Zuspitzen der beschriebenen Krisenpotenziale die zentralen Machtstrukturen der „reichen Welt“ entschieden für Lösungen zur Begrenzung der Ressourcennutzung und der weltweiten Umweltzerstörung aktiv werden wird. Dies kann im weltweiten Konsens oder durch Machteinsatz geschehen. Aus Sicht des Autors wird die Zukunft mit etwa 50% Wahrscheinlichkeit in einem auf massivem Einsatz ökonomischer, medienseitiger und bei Bedarf auf militärischer Macht beruhenden asymmetrischen Ansatz bestehen, der gemäß einer im Kern »großvaterartigen« Logik dem ärmeren Teil der Welt, in verdeckter oder gegebenenfalls auch offenen Form, die Entwicklung erschwert und zugleich zur Verarmung von 80 - 90% der Bevölkerung der reichen Länder führen wird (Brasilianisierung). Letzteres wird noch mit einem signifikanten Verlust von demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen in den reichen Ländern verbunden sein. In einem gewissen Sinne führt dieser Weg zu einer Art von „Weltinnenpolitik“ in Form der Durchsetzung eines weltweiten neo-feudalen Systems, stark autokratisch, mit einer globalen Elite (Luxusklasse), die sich rund um den Globus in der so genannten sicheren Zone bewegt. Bei ärmeren Ländern handelt es sich dabei häufig (nur) um den Flughafenbereich, die Messegelände und Konferenzeinrichtungen, 5-Sterne-Hotels und Golfplätze sowie die Einkaufsmalls. Hinzu kommen die dazu gehörigen Verkehrsverbindungen. Diese Bereiche sind massiv abgesichert und ähneln sich überall. Das alles korrespondiert zu einer möglichen zukünftigen Weltstruktur, die allerdings nicht mit Demokratie kompatibel ist, eine Art von „Weltinnenpolitik“, die aber nicht das ist, was C. F. von Weizsäcker sich unter diesem Begriff vorgestellt hatte.

Das öko- oder ressourcendiktatorische Muster der Brasilianisierung ist massiv asymmetrisch, ungerecht und unfair, es erzeugt massiven Hass, Ablehnung und Terror. Das Motto „Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen“ wird hierbei konkretisiert. Die Auseinandersetzung führt zum Rückbau der Bürgerrechte in den entwickelten Ländern. Die Kosten für »Heimatschutz« wachsen gewaltig. Die internationale Kooperation wird beeinträchtigt. Die Staaten und Regionen des Nordens haben dabei immense innere Probleme zu bewältigen, sieht man von Wohlstandsenklaven und Steuerparadiesen mit vergleichsweise wenigen Menschen und einem vergleichsweise hohen Grad an sozialem Ausgleich unter den Bürgern dieser Enklaven ab, die als Rückzugsinseln des Friedens, des Sich-Wohlfühlens und der Sicherheit von Vertretern der internationalen Elite genutzt werden.

Die Staaten des Nordens stehen dabei insgesamt auf der besseren Seite, aber das ist nur ein relativer Vorteil, kein absoluter. Die Auswirkungen eventueller weltweiter Konflikte können extrem problematisch sein. Hier stellt sich dann die Frage einer Basis-Autonomie bzgl. der Grundversorgung in der Region als Verantwortung der Politik gegenüber den Menschen. Die unvermeidbare relative Verarmung von 80 - 90% der eigenen Bevölkerung unter Bedingungen massiver Ressourcenknappheit und globaler Konflikte um den Zugang zu benötigten Ressourcen kommt als Problemfeld hinzu, ebenso eventuelle Bürgerrechtsauseinandersetzungen in den heute reichen Ländern, bei einem sich möglicherweise verschärfenden Kampf gegen den Terror bzw. gegen den (nachvollziehbaren) Widerstand großer Bevölkerungskreise gegen diese Art von Politik in den entwickelten Ländern. Sicherheit für alle ist dann vielleicht nicht zu gewährleisten bzw. auch gar nicht die Intention der Machteliten.

3. Öko-soziale Marktwirtschaft

Das öko-soziale Modell als Hoffnung

- Wirkungsvolle Global Governance
- Durchsetzung von Standards
- Co-Finanzierung von Entwicklung
- Größerer Reichtum und größere Ausgeglichenheit
- „Friedensdividende“
- Nachhaltig und stabil
- Langfristvision: Weltbürgerrechte, Weltdemokratie, sinkende Weltbevölkerung ab 2050

Als Ausweg erscheint der ökosoziale und im Kern ordoliberaler Ansatz regulierter Märkte, wie er für Europa (soziale Marktwirtschaft) und die asiatischen Volkswirtschaften (Netzwerk-ökonomien) typisch ist. Dieses Modell wäre im Rahmen der Weltökonomie als Kern einer zukünftigen Weltgovernance fortzuentwickeln. Im Rahmen eines Weltvertrages würden so Forderungen eines Weltethos und des interkulturellen Humanismus umgesetzt zu einer Form von Weltinnenpolitik mit weltdemokratischem Charakter, wie sie von C. F. von Weizsäcker immer wieder thematisiert wurde. Einen aktuellen Ansatz, einen solchen Weg weltweit zu befördern, stellt ein Global Marshall Plan dar, der Strukturbildung und Durchsetzung von Standards mit der Co-Finanzierung von Entwicklung verknüpft. Dies wird weiter unten beschrieben.

Die Europäische Union beweist in ihren Ausdehnungsprozessen permanent die Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes, der sich im Regionalen in den letzten Jahren durchaus auch in den alten EU-Ländern, insbesondere auch in Deutschland, in den neuen Bundesländern und in Österreich, positiv ausgewirkt hat. International sei ebenso auch auf das erfolgreiche Montrealer Protokoll verwiesen, das nach derselben Logik vereinbart wurde. Das heißt, mit dem Montrealer Protokoll erfolgte der Schutz des Ozonschirms der Erde durch entsprechende internationale Abkommen, die die Nutzung mehrerer Klassen von chemischen Substanzen, insbesondere FCKW-haltiger Substanzen, die die Ozonschicht bedrohten, immer stärker begrenzten. Die Zustimmung der sich entwickelnden Länder zu einem entsprechenden Abkommen wurde dadurch gesichert, dass die entwickelten Länder alle Umstellungskosten auf alternative technische Lösungen getragen haben (Co-Finanzierung der Durchsetzung von Standards).

Das europäische Modell ist in dieser Logik der wohl einzige erfolgversprechende Ansatz für Friedensfähigkeit, eine nachhaltige Entwicklung und Sicherheit für alle und steht in scharfem Kontrast zu dem marktradikalen Modell der Entfesselung der Ökonomie (Turbokapitalismus) ohne die weltweit verbindliche Durchsetzung einer Verantwortung für die Umwelt und das Soziale. Dabei ist zu beachten, dass es den Marktfundamentalisten gelungen ist, ihre Position über manipulierte Bilder tief in den Gehirnen vieler Menschen zu verankern. Glücklicherweise erodiert diese Dominanzposition angesichts der Desaster, die in jüngerer Zeit weltweit sichtbar wurden. Bzgl. des dauernden Jubels über das Freihandelstheorem von Riccardo, ein Dogma der Marktfundamentalisten und Freihandelseuphoriker, sei auf die jüngst erfolgten Relativierungen durch die beiden Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Paul A. Samuelson, hingewiesen.

Begründungen für die Überlegenheit einer Ökosozialen Marktwirtschaft gegenüber dem Marktfundamentalismus werden offensichtlich, wenn man die systemischen Voraussetzungen von Wohlstand herausarbeitet. Dies gibt eine Orientierung, worauf weltweit zu achten ist. Weltweit muss man tun, was in guten Staaten funktioniert, nicht, was noch nie in einem Staat funktioniert hat. Die Welt könnte viel reicher sein. Verwiesen sei hierzu auf die Zukunftsformel 10 des Autors. Sie besagt im Wesentlichen, dass die Welt bei richtiger Vorgehensweise in etwa 70 Jahren 10-mal so reich sein kann wie heute, wobei die heute reiche Welt etwa 4-mal so reich und die sich heute entwickelnden Länder etwa 34-mal so reich sein können. Die Bevölkerung in den ärmeren Teilen wächst dabei fast auf das Doppelte. Die soziale Balance auf dem Globus entspricht dann von der Verteilungsstruktur her

in etwa derjenigen heute in Europa. Die Ressourcenknappheit wird durch entsprechende Rechtezuordnungen, Preisentwicklungen, neue Technologien und andere Lebensstile bewältigt. Der zukünftige Lebensstil wäre dann sehr viel weniger ressourcenintensiv als heute (Dematerialisierung). Hochwertige, kreative Dienstleistungen werden im Gegenzug sehr viel preiswerter.

VI. Was macht ein Land reich?

Vor dem Hintergrund des Gesagten nähern wir uns der zentralen Frage, wo die Quellen von monetärem Reichtum tatsächlich liegen. Wir fragen nach der Wohlfahrt von Ländern und den systemischen Voraussetzungen dafür.

Zusammenfassend können in einem systemischen Ansatz acht wesentliche zum Teil bereits genannte Elemente identifiziert werden, die von besonderer Bedeutung für den Reichtum eines Landes sind. Wohlstand ist demnach primär systemischer Natur und wird nicht hauptsächlich durch die Exzellenz einzelner »Wertschöpfer« generiert, so wichtig individuelle Exzellenz für das Ganze durchaus ist.

Das Gesagte ist in dem Sinne zu verstehen, dass ein massiver Einbruch bei jedem der nachfolgend genannten acht Punkte zur Folge hat, dass der Reichtum verloren geht, ungeachtet dessen, ob die anderen sieben Punkte erfüllt sind oder nicht, während in einer empirischen Betrachtung alle Länder, bei denen alle acht Punkte gleichzeitig gegeben sind, reich sind.

Die acht Aspekte sind:

1. Ein gut funktionierendes, leistungsfähiges Governance-System — hierzu gehören insbesondere auch die Rolle und Funktionsbeiträge der Regionen, das Subsidiaritätsprinzip etc.
2. Exzellente ausgebildete und geeignet orientierte und motivierte Menschen — Schlagworte wie „Brain-drain“ und „Brain-drain-back“ und die Bedeutung eines durchgängigen und durchlässigen Ausbildungssystems und lebenslanges Lernen sind hier zu nennen.
3. Hervorragende Infrastrukturen auf internationalem Niveau — Infrastruktur ist dabei nicht nur im herkömmlichen Sinn zu verstehen, sondern beinhaltet auch technologische Infrastruktur zur innovationsorientierten Unternehmensentwicklung und Flächenbevorratung.
4. Ein hervorragender Kapitalstock, also Industrieanlagen, Maschinen, Rechner etc.
5. Zugriff auf benötigte Ressourcen im weitesten Sinne, also zum einen Wasser, Nahrung, Energie, aber auch bestimmte Metalle, Reinst-Chemikalien etc.
6. Ein leistungsfähiges Finanzsystem, also stabiles Geld, Kreditmöglichkeiten, ein funktionierender Finanzmarkt etc.
7. Eine leistungsfähige Forschung und international konkurrenzfähige Innovationsprozesse — Anziehungskraft als Standort im Sinne von »Unternehmer-/ Manager-Import«, Ideenimport, Chancenlima.
8. Eine enge Einbettung der Unternehmen und Menschen in weltweite Wertschöpfungsnetzwerke – Internationalität der Ökonomie.

VII. Aktuelle Probleme europäischer Politik: Die Bedeutung eines situativen Vorgehens (Doppelstrategie)

Der beschriebene Hintergrund einer globalen marktradikalen Entfesselung hat schwerwie-

gende Auswirkungen auf die Möglichkeiten von Politik in Europa und ebenso die Möglichkeit von Unternehmen im weltweiten Wettkampf um Kunden und Märkte. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas unter den bestehenden weltweiten Rahmenbedingungen zwingt auch die Europäer immer stärker dazu, sich der Logik des marktradikalen, entfesselten Wirtschaftsmodells zu unterwerfen, auch weit über einen sicher ebenfalls erforderlichen, vernünftigen Umfang an Deregulierung hinaus. Das vielleicht größte Problem besteht darin, dass globale Akteure unter dem Aspekt der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auch bei uns nicht mehr adäquat, das heißt wohlstandsmaximierend besteuert werden können. Dies gilt übrigens auch für viele gut verdienende Steuerzahler. Anders betrachtet, muss eingesetztes Eigenkapital mit überzogenen Renditen bedient werden, da dieses sonst an andere Standorte ausweicht. Steueroasen, Off-shore-Bankplätze und manche Sonderentwicklungszonen sind Teil des Problems. Hier ist eine weltweite Koordination zwischen den entwickelten Staaten erforderlich, um diese Missstände ein für alle Mal auszuschalten. Dies ist ein Thema, auf das kürzlich der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt in DIE ZEIT nachdrücklich hingewiesen hat.

Die Folgen der genannten Fehlentwicklungen sind in Europa zunehmend zu beobachten und zwar in Form des Rückbaus der Sozialsysteme, Privatisierung von Gemeingütern, Rückbau im Gesundheitsbereich sowie ein Rückbau der breiten Ausbildung der gesamten Bevölkerung, die bisher noch auf das Ziel der vollen Entfaltung aller humanen Potenziale ausgerichtet ist. Hier geschickt gegenzuhalten, ist ein wichtiges Anliegen für Europa im Allgemeinen und eine gedeihliche Regionalpolitik im Besonderen.

Situatives Handeln / Doppelstrategie

In der beschriebenen Situation ist ein situatives Handeln, eine Doppelstrategie erforderlich. Ein solches Handeln besteht darin, einerseits gegenüber den Bürgern deutlich zu machen, wie aktuelle Globalisierungsprozesse sozialen Rückbau und zunehmende Unterlaufung ökologischer Standards zur Folge haben und andererseits konsequent an besseren weltweiten Rahmenbedingungen zu arbeiten, um diese inakzeptable Situation baldmöglichst durch internationale Abkommen zu überwinden.

Ein Sofortprogramm für die Politik in Europa

Eine »Intelligente doppelstrategische Verteidigungslinie« in Europa zur Bewältigung der aktuellen Probleme vor dem Hintergrund der Globalisierung ist aufgrund des Gesagten das Ziel. Dies erfordert:

- Anstrengungen für ein vernünftiges Design der globalen Ökonomie und noch weitergehend der Global Governance (aktive Globalisierungsgestaltung). Zu denken ist hier an einen Global Marshall Plan (www.globalmarshallplan.org) zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen (www.un.org/millenniumgoals/) bis zum Jahr 2015 und mittelfristig die Erreichung einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft. Hierauf wird unten eingegangen.
- Organisation intelligenter Verteidigungsprozesse in Deutschland und Europa, solange ein vernünftiges weltweites Ordnungsregime noch nicht implementiert ist (vgl. ergänzend auch www.bwa-deutschland.de).

VIII. Eine Doppelstrategie für die Wirtschaft

Doppelstrategie für die Wirtschaft

- Umgang mit einem Gefangenendilemma
- Sich auf 3 Zukünfte einstellen
- „Mehrere Bälle in der Luft halten“

- Risikobeherrschung in schwierigen Zeiten
- Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte bedenken
- In Märkten überleben, aber gleichzeitig für eine bessere Global Governance argumentieren

Die Situation für die Wirtschaft ist nicht einfach. Wirtschaft muss hier wie die staatliche Seite dagegenhalten und einen entfesselten weltökonomischen Prozess wieder unter Kontrolle zu bringen versuchen. Das geht sicher nur in einer europäischen bzw. globalen Perspektive. Aufgrund des Gesagten muss man sich dabei gleichzeitig auf drei Zukünfte einstellen, nämlich Kollaps, Ressourcendiktatur/Brasilianisierung oder das ökosoziale Modell, wobei nur das letzte Modell mit Nachhaltigkeit kompatibel ist. Alle Aktionen müssen unter Status quo-Bedingungen erfolgen, unter denen teilweise im Markt das Falsche honoriert wird und auch eine Weltfinanzmarktkrise oder Weltwirtschaftskrise nicht auszuschließen ist. Dies ist eine typische Situation eines Gefangenendilemmas (Prisoner's Dilemma) im Sinne der mathematischen Spieltheorie. In einer solchen Situation wird das Falsche belohnt. Und wenn dadurch zum Schluss auch alle verlieren, sind die Anreize doch so, dass sich für jeden das Falsche lohnt, nicht das Richtige. Diese Situation lässt sich nur durch geeignete vertragliche Lösungen überwinden. Der Weg dahin erfordert u. a. die Fähigkeit dazu, (temporär) das eigentlich „Falsche“ zu tun, aber zugleich für Verträge zur Ermöglichung des Richtigen einzutreten.

Das Gesagte erfordert auch für die Wirtschaft einen doppelstrategischen Ansatz. Zur Not auch das Falsche tun, um zu überleben, gleichzeitig an Bedingungen arbeiten, die mit langfristiger Stabilität und Nachhaltigkeit kompatibel sind. Das erfordert insbesondere eine bessere Governance: weltweit, aber auch in jedem Staat und genauso auf Seiten der Unternehmen. Wichtig ist dabei, soweit wie möglich alle drei Zukünfte gleichzeitig im Blick haben und dabei politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte simultan zu bedenken. Das bedeutet Risikobeherrschung in schwierigen Zeiten. Man muss mehrere „Bälle“ gleichzeitig in der Luft halten. Dabei ist auch zu überlegen, was die jeweiligen Szenarien ökonomisch bedeuten. So könnte eine Kollapssituation zwar furchtbar sein und in einen Staatsnotstand führen, für manche Branchen aber, wie etwa die Versicherungswirtschaft, die Befreiung von Zahlungsverpflichtungen beinhalten. Brasilianisierung bedeutet sehr wahrscheinlich ein besseres Geschäft mit den Gewinnern des Prozesses, schlechtere Geschäfte mit der Normalbevölkerung. Darin liegen – in einer rein betriebswirtschaftlichen Betrachtung – Chancen und Risiken. Dies gilt auch für unregulierte Finanzmärkte, wenn man sich darin kompetent bewegen kann. Richtig unangenehm könnten allerdings für alle Situationen werden, die eine politische Radikalisierung an den Rändern des politischen Spektrums, u. U. auch bürgerkriegsähnliche Zustände, zur Folge haben. Der Autor empfiehlt vor diesem Hintergrund ein Sofortprogramm, das aus folgenden zwei Dimensionen besteht:

Ein Sofortprogramm für die Wirtschaft

- Global Marshall Plan unterstützen
- Für ein besseres globales institutionelles Design eintreten
- Corporate Governance Regeln besser verankern, insbesondere in der OECD
- Bessere Regulierung der Kapitalmärkte fördern
- Informationstechnische „Aufrüstung“ weitertreiben
- Mehr in Wissen und Verstehen investieren
- Sich und uns intelligenter verteidigen

(1) Internationale Dimension: Eintreten für ein besseres, globales institutionelles De-

sign und eine bessere Global Governance. Strikte Verankerung von Corporate Governance Regeln, insbesondere auf der OECD-Ebene. Bessere Regulierung der Kapitalmärkte fördern und als Sofortprogramm die Global Marshall Plan Initiative unterstützen. Hinweise zu dieser Initiative folgen anschließend.

(2) Unternehmen: Auf der Seite der Unternehmen ist weiterhin informationstechnische Aufrüstung angesagt. Es gilt, mehr in Wissen und Verstehen zu investieren, gerade auch, was wenig thematisierte Zukunftsszenarien wie Kollaps und Brasilianisierung und die Sicherheitslage anbelangt. Eine so leistungsfähige Wirtschaft wie die deutsche und eine so leistungsfähige wirtschaftliche Kraft wie die Europäische Union sollte mit mehr Nachdruck darangehen, sich und uns intelligenter zu verteidigen. Dazu müssen standardökonomische Theorien hinterfragt werden. Ferner ist in Zeiten der Globalisierung als Ganzes mit ausreichender Empathie in den Blick zu nehmen. Und es gilt der Versuchung zu widerstehen, auf kurzfristige Mitnahmeeffekte zu setzen.

IX. Die Sicherheitsfrage als Herausforderung

Im Folgenden wird die These verfolgt, dass die oben diskutierten Herausforderungen und Alternativen ganz massiv auch den Sicherheitsbereich betreffen. Darauf war auch bereits verschiedentlich hingewiesen worden. Oder anders ausgedrückt: Weniger öko-soziale Spannungen bedeuten auch mehr Sicherheit für Menschen, Wirtschaft und Unternehmen. Dabei steht am Anfang die Feststellung, dass sich die Sicherheitslage seit dem „11. September“ dramatisch verändert hat. Die aktuellen politischen Aktivitäten, vor allem die der USA, verschärfen die Sicherheitslage. Das ist nicht zuletzt die Folge der verfehlten Politik der amtierenden US-Administration, die das Völkerrecht bricht, aber auch die eigene Demokratie zunehmend aushebelt. Sie ist ferner unfair im Umgang mit anderen Völkern und Kulturen, im Besonderen auch der islamischen Welt im Allgemeinen. Erwähnt sei in diesem Kontext auch der offene Streit über die Militarisierung des Weltraums. Weitere, vielleicht noch wirkungsvollere Terroranschläge würden in dieser Situation niemanden überraschen. Sie stellen zurzeit ein hohes Risiko für die Weltökonomie dar. Denn eines ist offensichtlich: Moderne Gesellschaften mit ihren mittlerweile umfangreichen und teils eng verwobenen Infrastrukturen und Logistiksystemen sind sehr verwundbar. Und seit langem ist klar, dass mit den neuen elektronischen Möglichkeiten zusätzlich neue Risiken auf die Menschen zukommen.

Hier geht es zum einen um einen Totalkollaps der gesamten Netzwerk- und Computer-Infrastruktur mit enormen Konsequenzen, zum Beispiel für die Versorgung der Bevölkerung. Zum Anderen geht es um die wachsenden Möglichkeiten, Bewegungen, Bezahlvorgänge usw. zu verfolgen. Das lässt langfristig den „gläsernen Menschen“ möglich werden - völlig unabhängig vom Idealbild, das unsere Verfassung an dieser Stelle hat. Man betrachte nur die andauernde, sich verschärfende Situation zu diesem Thema in den USA und in Israel.

Seit dem „11. September“ tut sich auch ein zunehmender Konflikt zwischen den USA und Europa auf. Ein stärker ökodiktatorisches, auf Machtausübung, Kontrolle und asymmetrische Ressourcensicherung basierendes Design konkurriert mit einem eher konsens- und vertragsbasierten, ausgeglichenen öko-sozialen Design, wie es beispielsweise für die erfolgreichen europäischen Volkswirtschaften typisch ist. Zentral ist hierbei die Frage der Vertragsbasierung (zum Beispiel Kyoto-Vertrag, Weltstraferichtshof, Entmilitarisierung des Weltraums), die die aktuellen Machtpromotoren in den USA tendenziell ablehnen. Erfreulich ist, dass sich in den USA mittlerweile zunehmend massive Widerstände gegen diese Art von Politik einstellen, aber noch ist unklar, was das Ergebnis sein wird. Massive Unterschiede gibt es zwischen USA und Europa auch hinsichtlich der Frage, ob man eine „harte“ Verschlüsselung von Informationen elektronischer Art überhaupt zulassen soll und ob eine stark individualisierte Profilbildung, etwa im e-Commerce, wünschenswert ist.

Stellt man sich weitere Sequenzen terroristischer Anschläge vor, dann sind mit den in den nächsten 20 Jahren absehbaren technischen Möglichkeiten (Chips am/im Körper, biometrische Identifikation) politische Konsequenzen denkbar, die bis zu einem globalen sicherheitszentrierten Ordnungsregime reichen, das eine 100-prozentige elektronische Kontrolle aller Bürger zur Voraussetzung für Sicherheit erklären wird. Wer dagegen argumentiert,

macht sich bereits verdächtig!

Natürlich sind erhebliche Widerstände aus dem zivilen Bereich, insbesondere in Europa, gegen eine derartige Entwicklung zu erwarten, die eng mit der oben beschriebenen Brasilianisierung verknüpft sein würden, die dann aber ihrerseits noch größere Kontrollen nach sich ziehen werden. Das ist insgesamt ein gefährlicher Weg.

Der reiche Norden steht dabei heute vor der Frage, die oben bereits aus weltökonomischer Perspektive diskutiert wurde, ob er noch mehr Mittel aufwenden will, sich zu „verbunkern“ und Konflikte abzuwehren oder ob er die politische Herausforderung der Überwindung der weltweiten Spaltung in Angriff nimmt. Auf Dauer wird man die Vorteile der Globalisierung ohne Gewaltanwendung nicht nutzen können, ohne gleichzeitig die weltweiten sozialen Auswirkungen mitzutragen. Soziale Fragen ebenso wie Umweltfragen müssen zum Gegenstand der Weltpolitik und zum Thema einer Weltinnenpolitik werden. Gerade die US-Ablehnung neuer verbindlicher Initiativen zur Überwindung der Armut, aber auch die bisherige Ablehnung des Kyoto-Vertrags und der Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs sind hier symptomatisch für einen nicht zukunftsfähigen Weg.

Hinzu kommt: Die USA haben, wie schon erwähnt, unter allen entwickelten Ländern die höchste soziale Ungleichheit. Nicht überraschend geben sie unter den entwickelten Ländern pro Kopf auch am meisten Geld für Gefängnisse aus. Sie setzen auf die Todesstrafe, selbst für Minderjährige. Sie zahlen für den gewählten Weg mit einem ungewöhnlich hohen Niveau an Kriminalität, insgesamt ein Design, das europäische Staaten und andere entwickelte Volkswirtschaften für sich ablehnen.

Was ist zu tun? Um einer weiteren Polarisierung zwischen Nord und Süd entgegenzuwirken, ist, wie oben beschrieben, eine Änderung der weltweiten Ordnungssysteme hin zu einer globalen Öko-sozialen Marktwirtschaft erforderlich, angelehnt an das kontinentaleuropäische Konsens-Modell. Die dauernde Erweiterung der EU - als kleine Form der Globalisierung - kann als Vorbild dienen. Entscheidend sind Vereinbarungen zwischen wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Partnern über die Angleichung von Standards in der Gesellschaft. Dabei eröffnen die stärker entwickelten EU-Länder den neu hinzu kommenden Partnern über eine Co-Finanzierung den Weg, höhere Standards zum Vorteil beider Seiten akzeptieren zu können - obwohl sie dadurch einen Teil ihrer Wettbewerbsfähigkeit verlieren, die gerade aus dem Unterlaufen etwa von Umwelt- oder Schutzstandards für Arbeitnehmer oder Kinder resultiert.

Im globalen Maßstab hapert es jedoch an der Co-Finanzierung. Die reichen Länder - allen voran die USA - sind bisher nicht bereit, die Finanzierung von Entwicklungsprogrammen wesentlich mitzutragen. Es ist daher notwendig, ein Global Governance System zu etablieren, das die Frage der Co-Finanzierung in das Zentrum der Überlegungen rückt. In der Folge könnten an der Umsetzung von Standards orientierte Entwicklungsprogramme gestartet werden - finanziert durch eine Besteuerung von Welthandel und Weltfinanztransaktionen oder durch internationale Abgaben auf Mobilität und Energieverbrauch, etwa in Form einer Welt-Kerosinsteuer. Wichtig ist dabei die Verbindung von Wachstum und einer simultanen Erhöhung der Ökoeffizienz (Dematerialisierung). Das bedeutet einen deutlich sinkenden Verbrauch von Rohstoffen in der Produktion und eine höhere Ökoeffizienz pro Einheit Wertschöpfung, etwa in Form besserer Recyclingtechniken. Hier sind weltweite Abkommen für eine nachhaltige Entwicklung - und damit für eine Begrenzung kollektiven Tuns - erforderlich, die größte Herausforderung, die vor uns liegt.

X. Ein von europäischem Denken inspiriertes Sicherheitsprogramm

Zur Abwehr der beschriebenen Fehlentwicklungen ist aus Sicht des Autors Folgendes notwendig: Ausgehend von einer europäischen Sicht auf die Thematik und anknüpfend an den Erfolg bei der Formulierung eines europäischen Standards in Sachen Mobiltelefonie sollte in ähnlicher Weise ein Standard im Sinne eines Architekturrahmens für Software-Lösungen entwickelt werden, der vor dem beschriebenen Hintergrund und in europäischer Rechtstradition die heutigen Sicherheitsnöte adressiert. Dabei sind durch ein intelligentes Systemdesign, bei Sicherstellung einer hohen ökonomischen Effizienz der Lösung, drei Ziele gleichzeitig zu erreichen, nämlich hohe Sicherheit, hohe Robustheit und Erhalt der zivilen Rechte

der Bürger.

Was sind die Kerninhalte eines europäisch inspirierten Sicherheitskonzepts?

- Hohe Sicherheit
- Hohe Robustheit
- Erhalt der zivilen Rechte der Bürger

Hinter den formulierten Zielen steht die Kernthese, dass es mit einem intelligenten Design möglich ist, ohne signifikante Abstriche hinsichtlich der erreichbaren Gesamtqualität an Sicherheit einen Software-Architekturrahmen für die Gesamtheit der unglaublich vielfältigen, in diesem Kontext relevanten, IT-gestützten Anwendungen so zu entwickeln, dass beispielsweise bei der überwiegenden Zahl elektronischer Transaktionsvorgänge die Personenidentität als solche nicht festgestellt werden muss. Insbesondere durch die Vergabe von Alias-Namen soll eine automatisierte, weitgehende Verknüpfung unterschiedlichster Informationssplitter verhindert werden, zugleich aber eine hohe Sicherheit gewährleistet werden. Dies beinhaltet im Verdachtsfall bei einem entsprechenden Aufwand durchaus (partielle) Rekonstruierbarkeit von informationstechnischen Abläufen. Die moderne Technik soll also nicht dazu führen, dass Kriminelle und Terroristen es in der Verfolgung ihrer Absichten leichter haben als früher.

Wichtige Anwendungsfelder, die in einem solchen Ansatz von vorneherein abzudecken sind und vernünftig adressiert werden können, betreffen folgende Punkte: e-Government, e-Learning, e-Health, elektronische Marktplätze, Logistik, Sicherheit von Informationen und Gütern, Grenzkontrollen, polizeiliche Aktivitäten, Geheimdienste, Militär usw. Zugleich sind Rückfallpositionen sowohl elektronischer wie nicht-elektronischer Art in Bezug auf die Robustheitsthematik für den Friedens- und den Konfliktfall mit zu bedenken. Dabei sind eine Reihe von Aspekten wichtig, die nachfolgend in einem Kasten zusammengefasst sind und die teils zu Konflikten mit den USA hinsichtlich des Designs und der Logik führen können. Relevante Designaspekte unter Sicherheitsüberlegungen für Softwaresysteme:

- digitale Profilbildungen über Bürger verhindern
- Bindung von Information an Personenidentität soweit wie möglich vermeiden
- starke Verschlüsselung zulassen
- keine Hinterlegung privater Schlüssel
- massive Authentifikationspflicht für Güter und Informationen, so lange dadurch keine individualisierten Personenprofile entstehen
- weitestgehender Schutz von zivilen Rechten von Personen im Alltag durch entsprechende Technologien
- aktive Authentifikations- und Reportingpflichten, inklusive Ankopplung an biometrische Merkmale, für alle Menschen im Kontext von Tätigkeiten oder
- Aktivitäten, die potenziell für massive Bedrohungen instrumentalisiert werden können. Dies betrifft Felder wie LKW-, U-Bahn-, Bus-, Flugzeug- und Schiffsverkehr, Rechenzentren, Energieerzeugung, Chemiefabriken etc.

Für den hier gemachten Vorschlag ist das Zusammengehen von Wirtschaft, Staat, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie maximale internationale Zusammenarbeit extrem wichtig. Und die meisten Staaten und vor allem aufgeklärte Bürger favorisieren eine EU-inspirierte Sicht auf die Thematik, nicht eine US-Sicht. Insgesamt muss sichergestellt werden,

dass ein Design entsteht, das alle Anforderungen und Erwartungen an eine europäische Vorstellung von Sicherheit, Robustheit und die Vermeidung eines gläsernen Menschen erfüllt und damit prinzipielle gesellschaftliche Widerstände, wie beim ersten Entwurf der ISDN-Dienste, von vornherein aufgegriffen und berücksichtigt werden. Dabei sollen Lösungen entstehen, die eine Chance haben, auf Dauer zum Weltstandard zu werden.

Von der technischen Seite her ist dies ebenfalls eine anspruchsvolle Thematik. Es geht um intelligente Software-Lösungen, sensor-motorische Komponenten, neue Chipgenerationen, moderne Kommunikationstechnik (unter Einschluss neuer Satellitensysteme), Verarbeitung biomechanischer Merkmale usw. Für Unternehmen und Anbieter bieten sich hier viele Chancen, geeignete und neue Technologien für die Umsetzung des vorgesehenen intellektuellen Designs bereitzustellen. Wirtschaft und Staat sollen und müssen ihre spezifischen eigenen Schutzbedürfnisse formulieren, ebenso neben Rechts- und Datenschutz-Experten auch die Geheimdienstseite, die Grenzsicherung, die Polizei und das Militär.

Wichtig wäre als Ausgangspunkt, rasch einen Standardisierungsprozess in Gang zu setzen, ausgehend von einem intelligenten Design und einer entsprechenden Architektur. Dabei sollte auch ein Bezug zum europäischen Projekt „Global Monitoring for Environment and Security“ (GMES), einer gemeinsamen Initiative der Europäischen Kommission und der Europäischen Raumfahrtagentur ESA im Kontext des wichtigen GALILEO-Satellitenpositionsprojekts hergestellt werden. Parallel soll möglichst schnell auf ISO-Ebene ein Gegengewicht zu aktuellen Versuchen der USA aufgebaut werden, für Sicherheitsbelange (unter anderem Biometrie) Standards gemäß eigener Logik rasch zu fixieren. Hier sind europäische Sichten mit Nachdruck zu verfolgen.

XI. Europas besondere Verantwortung

Die beschriebenen Überlegungen führen in der aktuellen weltpolitischen Lage auf eine besondere Verantwortung der EU für die Zukunft der Welt. Der Autor argumentiert in diesem Kontext seit längerem für die Verfolgung folgender Ansätze auf europäischer Ebene:

- EU ausweiten und Co-Finanzierung früher ausbauen
- Brüssel stärken, und zwar in Kooperation mit, aber auch in Abgrenzung zu den USA und der Gesellschaftsphilosophie der aktuellen dortigen Führung
- mehr Aufwendungen im Sicherheits- und Militärsektor
- IT-basierte Anti-Spionagemaßnahmen initiieren, eigene IT-basierte Aufklärungsoffensiven verstärken und die eigenen Kapazitäten für eine IT-basierte Kriegsführung ausbauen
- Die Realisierung von GALILEO ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Auf Europa lastet heute die große Verantwortung für das Ziel, eine öko-soziale gerechtere Weltordnung zu erreichen. Zum einen müssen die Europäer die USA dafür gewinnen, sich stärker in Weltordnungsverträge einzubringen, etwa beim Weltgerichtshof, bei der Fortentwicklung der Welthandelsorganisation (WTO), beim Kyoto-Abkommen zur Reduktion der Treibhausgase. Auf die Kyoto-Thematik wird nachfolgend noch eingegangen.

Zum anderen könnte es in absehbarer Zeit durch die Aufnahme der Türkei und von weiteren Teilen des früheren Jugoslawiens in die EU erstmals gelingen, einen fairen kulturellen Vertrag zwischen der christlichen und der islamischen Welt zu schließen. Dieser könnte der Ausgangspunkt sein, um die kulturellen Spannungen in der Welt abzubauen - zum Nutzen der ganzen Menschheit.

Bei einem klugen, öko-sozial orientierten Design des Weltwirtschaftssystems ist ein zufriedenstellendes weltweites Wachstum möglich, das eine deutlich schnellere Angleichung der weltweiten Wohlfahrtsbedingungen als unter heutigen Bedingungen ermöglicht. Es ist eine glücklichere Gesellschaft zu erwarten, die irgendwann auch in den Zustand eines Absinkens der Weltbevölkerung von dem dann erreichten Niveau von 10 Milliarden Menschen

kommen könnten. Dies hat der Autor unter den Begriff des Doppelten Faktor 10 und einer Zukunftsformel 10 an anderer Stelle ausführlich diskutiert. Wichtig dafür sind faire Mechanismen einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.

Parallel hierzu ist auch auf der Seite des Sicherheitsdesigns und der entsprechenden Systemarchitekturen alles Notwendige zu tun, um den gläsernen Menschen zu verhindern und durch das Erarbeiten von Alternativen der Logik und den Verführungen eines ökodiktatorischen, neofeudalen Designs entgegenzuwirken. In all diesen Fragen liegen heute die größten Hoffnungen bei Europa. Wenn nicht Europa - wer dann?

XII. Einige Hinweise zur aktuellen Situation bezüglich des Kyoto-Vertrags und zum Thema der Klimagerechtigkeit

Die Welt ist in Bezug auf die Klimathematik wie die Energiefrage in einer schwierigen Situation. Diese resultiert aus dem raschen Wachstum der Weltbevölkerung, dem raschen Wohlstandszuwachs von großen Schwellenländern im Kontext der Globalisierung und der Tatsache, dass die Energiesysteme weltweit massiv auf fossile Energieträger zugreifen, deren Nutzung das Klimaproblem hervorbringt. Auf internationaler Ebene ist man sich weitgehend einig, dass gravierende Maßnahmen nötig sind, will man die Risiken dieser Entwicklung überschaubar halten. Ein Anstieg der mittleren Temperaturen in den kommenden Jahrzehnten um etwa 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit ist nach allgemeiner Einschätzung bereits nicht mehr zu verhindern. Schon eine solche Erhöhung kann die nationale Sicherheitslage wesentlich verschärfen. Noch weitere Erhöhungen werden dies in jedem Fall tun. Die internationale Gemeinschaft hofft, dass man diesen Anstieg gerade noch verkraften kann. Sicherzustellen, dass es nicht mehr wird, setzt allerdings voraus, dass man über die nächsten Jahre und Jahrzehnte den heutigen weltweiten Emissionsumfang (gleich 100% gesetzt) bis zum Jahr 2050 halbiert, also auf 50% reduziert. Von den heutigen 100% verbrauchen die Europäer etwa 14%, die USA 21%, China 15% mit rasch steigender Tendenz.

Während man international darüber redet, bis zum Jahr 2050 die Emissionen auf 50% absenken zu wollen (zu müssen), stehen allerdings die Trends angesichts der aktuellen ökonomischen Wachstumsprozesse und angesichts der vergleichsweise niedrigen Energieeffizienz in Ländern wie China, Indien, Brasilien, eher in Richtung auf ein Emissionsniveau von 300-400% denn auf eine Absenkung unter 100% des heutigen Wertes.

Die Energieeffizienz in den verschiedenen Ländern ist sehr unterschiedlich, übrigens auch in der reichen Welt. Sie liegt in den USA nur etwa bei der Hälfte wie in Europa. Die sich entwickelnden Länder liegen, über alles betrachtet, um etwa den Faktor 3 unterhalb der Durchschnittswerte in der entwickelten Welt. Hier gibt es also Potenziale, die aber nicht leicht zu erschließen sind, da sie Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung, veränderte Lebensstile und insbesondere massive Investitionen in bessere technische Lösungen voraussetzen.

Was den Kampf um Emissionsminderung anbelangt, haben sich die Europäer international weitestgehend verpflichtet. Sie wollen ihre eigenen Emissionen deutlich senken. Allerdings zeigen die Zahlen, dass selbst ein Rückfahren der europäischen Emissionen auf Null die weltweite Situation nicht stabilisieren könnte, wenn die USA abseits bleiben und die Schwellenländer sich, wie absehbar, weiter entwickeln. Das größte Problem ist heute, dass Wohlstandserzeugung und Wohlstandsmehrung gekoppelt sind mit Energieeinsatz und damit auch mit der Nutzung fossiler Rohstoffe, dass also starke Incentives auf Energienutzung stehen, auch wenn diese Nutzung das Klimaproblem herbeiführt. Bis heute fehlen spürbare ökonomische Nachteile, wenn man den Emissionsumfang weiter erhöht. Es fehlt die Internalisierung externer Kosten.

Eigentlich ist allen Verantwortlichen klar, dass eine Deckelung der globalen Klimagasemissionen erforderlich ist, also ein globales Cap-System etabliert werden müsste. Vernünftigerweise werden dabei Eigentumsrechte an Emissionen zugeordnet. Anschließend bestünde die Möglichkeit, solche Rechte zu handeln. Ökonomisch betrachtet wäre das eine höchst effiziente Methode der Umsetzung. In einer weltweiten Perspektive würden Geldmittel da eingesetzt werden, wo mit vergleichsweise wenig Aufwand substantielle Einsparungen an CO₂-Emissionen möglich sind. Das wäre eine Methode, Technologie des Nordens in den

Süden zu lenken und dies zu finanzieren, um dort für vergleichsweise überschaubare Kosten die Effizienz zu verbessern bzw. in großem Stil Wiederaufforstung zu betreiben. Hier könnten günstige Effekte bezüglich der Klimathematik mit wünschenswerten sozialen und entwicklungspolitischen Effekten gekoppelt werden.

Eine Schlüsselfrage ist allerdings die Zuordnung der Eigentumsrechte. Bezüglich der Zuordnung von Emissionsrechten werden international verschiedene Ansätze diskutiert. Sie bewegen sich in einem Spektrum der Orientierung an der Größe des BIP, besonders vorteilhaft für reiche Länder, hin zu einer Orientierung am Status quo, dem so genannten „Großvater-Prinzip“, bis hin zur Thematik der Klimagerechtigkeit, also der Zuordnung pro Kopf gleicher Emissionsrechte für alle Menschen, gegebenenfalls nach einer Übergangszeit. Es spricht aus Sicht der wissenschaftlichen Analyse viel dafür, dass eine Einigung über Emissionsrechte im Konsens, das heißt ohne Anwendung von Gewalt, wenn sie denn überhaupt gelingen soll, letztlich nur im Rahmen der Klimagerechtigkeit möglich sein wird.

Die Atmosphäre gehört zu den Weltgemeingütern. Es ist schwer zu argumentieren, warum nicht alle Menschen den gleichen Zugriff auf dieses Gut haben sollten. Wenn man bedenkt, dass der Norden schon in der Vergangenheit zum „Nulltarif“ massiv zugegriffen hat, dass er das Klimaproblem erzeugt hat, wenn man bedenkt, dass die ärmeren Länder insgesamt und dort eher die ärmeren Menschen Hauptbetroffene der drohenden Klimakatastrophe sein werden und wenn man mit in die Überlegungen einbezieht, dass die meisten Menschen auf diesem Globus arm sind, also bisher kaum zugegriffen haben, dann greifen Gerechtigkeitsargumente zugunsten dieser großen Gruppe Menschen. Ersatzweise ist das auch die große Mehrheit in einem demokratischen Sinne, wenn man die Frage weltdemokratisch betrachtet, und der reiche Norden gibt sich ja immer als „Gralshüter“ der Demokratie. Wie soll man in einer friedlichen konsensorientierten Diskussion langfristig der Mehrheit pro Kopf gleiche Rechte an einem Weltgemeingut verweigern? So offensichtlich das alles ist, so groß ist zugleich der Widerstand dagegen. Der reiche Norden ist es bisher gewohnt, dass die Eigentumsrechte primär bei ihm oder bei Eliten schwächerer Ländern liegen, mit denen er eng kooperiert. Das unterscheidet nebenbei bemerkt die Klimafrage substantiell von der Energiefrage, auch wenn beide Themen sonst eng miteinander gekoppelt sind.

Würde man zu einem Cap- and Trade-System auf Basis der Klimagerechtigkeit übergehen, hätte dies eine Reihe wünschenswerter ökonomischer Effekte. Nicht nur würde, wie angedeutet, die Internalisierung externer Kosten gelingen, sondern auch die Erzeugung der Kaufkraft im Süden, um Wiederaufforstung und Technologietransfer bezahlen zu können. Bis heute ist es allerdings so, dass wir in dieser Frage noch weit von einer Einigung entfernt sind. Insbesondere bilden die USA und China Pole ganz unterschiedlicher Sichten auf die Thematik. Einen gewissen Lichtblick hat der G8-Gipfel in Heiligendamm gebracht. Die USA haben dort erstmals signalisiert, dass sie in Richtung eines globalen Cap- und Trade-Systems verhandeln wollen, und zwar als Fortführung des Kyoto-Vertrags, der 2012 ausläuft. Sie haben auch akzeptiert, dass die Verhandlungen und der Vertrag unter dem Dach der Vereinten Nationen erfolgen sollen. Sie haben schließlich auch signalisiert, dass sie die Reduktion des Cap bis zum Jahr 2050 auf die Hälfte der heutigen Werte im Rahmen des Möglichen sehen.

Wird entlang dieser Logik weiter verhandelt, spricht viel dafür, dass die internationale Gemeinschaft letztlich ein Cap- und Trade-System auf der Basis der Klimagerechtigkeit vereinbaren wird, das nach einer Übergangszeit allen Menschen die gleichen Emissionsrechte zuordnet. Die deutsche Bundeskanzlerin hat diese Position kürzlich in Tokio in einer wichtigen Rede zum Thema vertreten. Im Jahr 2050 wird dann der pro-Kopf-Rechte Umfang bei etwa einem Drittel des heutigen Wertes liegen, wenn man den weiteren Anstieg der Weltbevölkerung mit in die Betrachtung einbezieht. Die Verfolgung dieses Weges wäre insgesamt hilfreich. Es wäre ein Weg, bei dem sich ein Weltmarktpreis für CO₂ herausbilden würde. Das globale Trading sorgt an dieser Stelle nicht nur für den niedrigsten möglichen Preis, es verhindert insbesondere Ausweichreaktionen über die Grenzen, die ansonsten immer ein Problem darstellen, auch in dem EU-internen Emissionshandelssystem.

Wie ist ein globales Cap- and Trade-System umzusetzen, etwa im Vergleich zu dem heutigen EU-Emissionshandelssystem und den primär sektoralen Einsparansätzen? Mit dem sektoralen Ansatz ist man weit entfernt von einer ökonomisch optimalen Situation. Es gibt viel zu viele Detaileingriffe, viel zu viele Vorgaben, dem Markt wird Flexibilität genommen, die potenziell vorhanden ist. Es wäre deshalb besser, schon jetzt, erst recht aber unter

einem globalen Cap- und Trade-System, mit den Belastungen direkt bei den fossilen Rohstoffen anzusetzen, also eine Besteuerung an der Quelle der Erzeugung von Klimagasemissionen vorzusehen. Man kann dann gegebenenfalls Personen oder Branchen durch soziale Ausgleichsmaßnahmen unterstützen, wenn die auf die beschriebene Weise entstehenden Belastungen vollkommen asymmetrisch zu denjenigen anderer Marktteilnehmer sein sollten.

Im Besonderen eröffnet ein solches System auch eine bessere Option der Umsetzung der Reduktionsverpflichtungen in den einzelnen Ländern. Staaten würden, nach Trading, mit je einer bestimmten Rechte-Menge ausgestattet sein. Sie müssten auf ihrem Gebiet ordnungspolitisch dafür sorgen, dass nicht mehr an Klimagasen emittiert wird, als Rechte vorhanden sind. Das würde vernünftigerweise durch eine Direktbesteuerung der Nutzung fossiler Rohstoffe, also von Kohle, Öl und Gas erfolgen. Damit ergäbe sich, ökonomisch betrachtet, direkt an der Quelle der Emissionen ein Einnahmestrom, aus dem gegebenenfalls der Ankauf benötigter fremder Rechte gekauft werden könnten.

Staaten würden im Sinne einer Preisgleichgewichtsbildung so lange Rechte zukaufen, wie die dadurch induzierte höhere Besteuerung nicht zu ausreichend vielen Ausweichreaktionen der Unternehmen und Verbraucher führt, die den Emissionsbedarf senken. Das kann etwa in Form der Erhöhung der Ökoeffizienz oder durch Erfindung oder Einsatz neuer Technologien oder Veränderung von Lebensstilen (Absenkung des privaten Verbrauchs) erfolgen, die letztlich dazu führen, dass ein Staat mit weniger zugekauften Rechten auskommt, weil weniger Emissionen erzeugt werden. Das wäre in vielem effizienter als der heutige sektorale Ansatz, der letztlich nicht die Marktkräfte in vollem Umfang dazu nutzt, um bestmögliche Anpassungen an die anstehenden Herausforderungen zu finden.

Der Status quo in der Klima- und Energiefrage beinhaltet, wie dargestellt, einen Trend zu Emissionsumfängen, die vielfach über dem heutigen liegen. Dies angesichts der Notwendigkeit eines Rückgangs in Richtung 50% der heutigen Umfänge. Was sollen die europäische und im Besonderen die deutsche Politik in dieser Situation tun? Sicher reicht es nicht aus, über ein globales Cap- and Trade-System zu reden und ansonsten erst einmal abzuwarten. Andererseits hat lokaler Aktionismus ohne Adressierung der globalen Problematik auch wenig Überzeugungskraft.

Empfehlenswert ist auch an dieser Stelle eine Doppelstrategie, die mit Blick auf die spieltheoretische Problematik der Situation zwei Ideen kombiniert:

(1) Einerseits die Argumentation für die Notwendigkeit einer vernünftigen globalen Lösung in Form eines globalen Cap- und Trade-Systems, ausgerichtet auf der Klimagerechtigkeit.

(2) Parallel dazu Maßnahmen unterschiedlicher, auch sektoraler Art, um auch jetzt schon zu handeln, bevor ein globales Cap- und Trade-System Wirklichkeit geworden ist.

Zu Teil (1) würde u. a. eine massive Verteuerung des internationalen Transports gehören, der heute hochsubventioniert zu Lasten der Umwelt ist. Betrachtet man den Teil (2) der Doppelstrategie vertieft, dann geht es z. B. darum, in Deutschland alles umzusetzen, was die Politik in Europa beschlossen hat, also hierzu einen adäquaten deutschen Beitrag zu leisten. Sektoral heißt das auch, spezifische Maßnahmen umzusetzen, so wie das heute in der Politik diskutiert wird.

Insgesamt: Eine Doppelstrategie kombiniert konkrete Aktivitäten mit Glaubwürdigkeit und langfristiger Perspektive. Sie bleibt nicht ausschließlich bei einer langfristigen Perspektive stehen, sondern wirkt auch im Konkreten, kann so die Menschen mitnehmen. Für die, die weiterdenken und eine weitergehende Perspektive brauchen, ist auch diese involviert. Aufgrund der auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm erreichten Ergebnisse spricht heute viel dafür, dass ein doppelstrategischer Ansatz Sinn macht. Baden-Württemberg hat übrigens als erstes deutsches Bundesland, motiviert auch durch den Nachhaltigkeitsbeirat des Landes, für sich eine solche Klimadoppelstrategie bereits beschlossen. Der Ansatz der Klimagerechtigkeit hat eine Perspektive und damit auch das öko-soziale Balancemodell.

XIII. Die Global Marshall Plan Initiative - ein tragfähiges Programm für einen neuen

Anfang auf weltpolitischer Ebene

Massive und wachsende Armut, Spannungen zwischen Kulturen und ein zunehmendes ökologisches Desaster erzwingen heute einen neuen Ansatz. Die Probleme, deren Zeuge wir sind, haben mit historischen Entwicklungen, mit unglücklichen Umständen aber zum Teil auch mit einem unfairen globalen Design zu tun. Die bestehenden institutionellen Asymmetrien, die Machtdifferenzen und die Unterschiede bzgl. des Zugriffs auf Ressourcen wurden in ein weltökonomisches Design übersetzt, das systematisch die Mächtigen bevorteilt und die Armen ausplündert. Dies ist ungerecht, erzeugt Widerstand und gefährdet die Sicherheit. Hier sind Veränderungen bzgl. des globalen institutionellen Designs in Richtung auf eine faire globale Governancestruktur nötig, die allen Menschen volle Partizipation ermöglicht. Diese setzen letztlich die Idee einer Weltinnenpolitik im Sinne von C. F. von Weizsäcker um. Der britische Schatzkanzler Gordon Brown sprach in diesem Kontext vor kurzem von freiem und fairem Handel („We need to be more fair“, Newsweek, 18. September 2006) und der frühere US-Vizepräsident Al Gore äußerte sich vor kurzem anlässlich eines Vortrags an der Stanford University vor einigen tausend Studenten der Wirtschaftswissenschaften wie folgt:

“Wir brauchen heute einen Global Marshall Plan, um die Welt zu retten und Milliarden besitzlosen Menschen die Möglichkeit zu geben wirklich an der Wirtschaft teilzuhaben. Bedenken Sie, dass das Richtige richtig bleibt, auch wenn niemand das Richtige tut. Und das Falsche falsch bleibt, auch wenn alle es tun.”

Gleichzeitig ist auch eine Veränderung im Denken und in der Wahrnehmung erforderlich. Wir brauchen Entwicklung und Veränderungen in allen Ländern. Der Norden ist nicht einfach das Modell, dem man folgen muss. Nord und Süd könnten beide voneinander lernen, um gemeinsam einen Weg in die Zukunft zu finden, der nachhaltig ist. Ein gemeinsamer Lernprozess, der in einen fairen globalen Vertrag münden sollte, ist der richtige Weg in die Zukunft.

Ein Global Marshall Plan/Planetarischer Vertrag, das heißt ein Konzept für eine Welt in Balance, wie er im Folgenden beschrieben wird, ist eine Antwort auf diese Situation. Es ist dies ein Design, das die Nöte aller Menschen auf diesem Globus adressiert, ein Konzept der Balance.

Die Wertebasis für eine weltweite Balance

Das vorliegende Konzept für eine Welt in Balance ist das Konzept der Global Marshall Plan Initiative (www.globalmarshallplan.org). Es gründet auf ethischen und moralischen Grundprinzipien, die

- im interreligiösen Bereich zwischen den Weltreligionen in Form eines „Weltethos“,
- im weltpolitischen Bereich durch das InterActionCouncil ehemaliger Staats- und Regierungschefs in Form einer Menschenpflichtenerklärung - Declaration of Human Responsibilities – (www.interactioncouncil.org) und
- im zivilgesellschaftlichen Bereich in Form einer Erdcharta (<http://www.earthcharter.org>)

als Basis für das globale Zusammenleben formuliert werden. Das Konzept favorisiert Prinzipien der Gerechtigkeit und insbesondere die Goldene Regel der Reziprozität: „Was Du nicht willst was man dir tut, das füg auch keinem andern zu.“ Oder positiv: „Was du willst, das man dir tut, das tue auch den anderen!“ Im Sinne der oben vertretenen globalen Orientierungen resultiert daraus die Notwendigkeit einer ökologischen und soziokulturellen Ausrichtung jedes verantwortlichen und ethisch tragfähigen Handelns auf dem Globus, das im Geiste eines „interkulturellen Humanismus“ als weltanschaulicher Minimumkonsens zwischen Gläubigen verschiedener Religionen und Anhängern verschiedener Weltanschauungen die Zukunftsfähigkeit unseres Planeten sichern kann.

Das Konzept für eine Welt in Balance übersetzt Ideen für eine Weltinnenpolitik in ein prak-

tisches Vorgehen und besteht aus fünf fest miteinander verknüpften strategischen Eckpfeilern – der raschen Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen, wozu im Zeitraum 2008-2015 mit Bezug auf das Niveau der Entwicklungsförderung und Kaufkraft 2004 im Mittel 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zusätzlich für Entwicklungsförderung aufgewendet werden müssen, finanziert u. a. durch globale Abgaben. Dies sind etwa 70 Milliarden US-Dollar pro Jahr mehr, als heute für diesen Zeitraum, vor allem durch die Europäische Union, bereits als zusätzliche Mittel zugesagt sind. Über die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele hinaus geht es in Form der Co-Finanzierung von Entwicklung in Verbindung mit einem geeigneten weltweiten institutionellen Design um die Realisierung erster Schritte in Richtung auf eine weltweite Öko-soziale Marktwirtschaft. Auf diesem Wege soll eine faire weltweite Partnerschaft verwirklicht werden. Integrativer Bestandteil des Konzepts sind die Förderung von Good Governance auf allen gesellschaftlichen Ebenen und koordinierte und kohärente Formen basisorientierter Umsetzung von Entwicklungszusammenarbeit. Diese fünf Kernziele werden im Folgenden aufgelistet:

1. Rasche Verwirklichung der weltweit vereinbarten Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen als Zwischenschritt zu einer gerechten Weltordnung und zu nachhaltiger Entwicklung.
2. Aufbringung von durchschnittlich 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr zusätzlich im Zeitraum 2008-2015 für Entwicklungszusammenarbeit. Dies ist im Vergleich zum Niveau der Entwicklungsförderung und Kaufkraft 2004 zu sehen. Zusätzliche Mittel in mindestens dieser Höhe sind zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele und damit unmittelbar zusammenhängender Weltgemeinwohlanliegen erforderlich und ausschließlich für diesen Zweck einzusetzen.
3. Faire Mechanismen zur Aufbringung der benötigten Mittel. Die Global Marshall Plan Initiative unterstützt das angestrebte 0,7%-Finanzierungsniveau für Entwicklungszusammenarbeit auf Basis nationaler Budgets. Doch selbst bei optimistischer Annahme werden in den nächsten Jahren erhebliche Volumina im Verhältnis zu dem für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele erforderlichen Mittelbedarf fehlen. Deshalb und aus ordnungspolitischen Gründen soll ein wesentlicher Teil der Mittel zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele über Abgaben auf globale Transaktionen und den Verbrauch von Weltgemeingütern aufgebracht werden.
4. Schrittweise Realisierung einer weltweiten Öko-sozialen Marktwirtschaft und Überwindung des globalen Marktfundamentalismus durch Etablierung eines besseren Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft. Dies soll im Rahmen eines fairen Weltvertrages geschehen. Dazu gehören Reformen und eine Verknüpfung bestehender Regelwerke und Institutionen für Wirtschaft, Umwelt, Soziales und Kultur (z. B. in den Regelungsbereichen UN, WTO, IWF, Weltbank, ILO, UNDP, UNEP und UNESCO).
5. Voraussetzung zur Erreichung eines vernünftigen Ordnungsrahmens sind eine faire partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen und ein adäquater Mittelfluss. Die Förderung von Good Governance, die Bekämpfung von Korruption und koordinierte und basisorientierte Formen von Mittelverwendung werden als entscheidend für eine selbstgesteuerte Entwicklung angesehen.

Mit dem Global Marshall Plan liegt ein Konzept vor, wie eine Zukunft in Balance erreicht werden kann. Die Überlegungen von C. F. Weizsäcker für eine Weltinnenpolitik korrespondieren zu den langfristigen Zielen der Initiative. Die zunehmende Unterstützung für diesen Ansatz gibt Hoffnung, aber der Weg, der vor uns liegt, ist noch lang.

XIV. Leistungsbeiträge der lokalen Agenda

Was leistet nun im Kontext des Beschriebenen eine lokale Agenda, was leistet sie im Sozialen, Kulturellen und bezüglich der Ökologie. Die ökologische Frage, die Umweltfrage, ist letztlich auch ein Thema der kleinen Schritte. Es geht um viele kleine Schritte, die möglicherweise gar nicht viel Geld kosten, und vieles davon passiert lokal. Ich bin zwar nicht der

Meinung, dass sich alle Weltprobleme durch lokale kleine Schritte lösen lassen. Ich habe ferner beobachten können, dass manche mit Begeisterung begonnenen Agenda-Prozesse im Frust endeten, z. B. wenn Menschen glauben, mit der Trennung von Abfall die Weltprobleme lösen zu können. Die Weltprobleme sind so nicht zu lösen.

Aber in einem doppelstrategischen Sinne kann man im Kleinen viel bewirken und das mit Erkenntnisfortschritten für die Welt als Ganzes verbinden. Dabei gilt immer das Prinzip Schneeball, sprich 2^n . Wenn in wichtigen Fragen jeder auch nur einen anderen Menschen pro Jahr überzeugt, dass man Dinge ändern muss, dann ist man in etwa 33 Jahren fertig, denn 2^{33} ist 8 Milliarden.

Dieses Prinzip kann wirksam werden in allen Bereichen, also auch im Sozialen. Der Umweltschutz ist wie das Soziale natürlich auch in einem Großraum wie Köln ein Thema. Es geht um Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch einerseits, und um Armut, auch neue Armut andererseits. Wenn man seine Augen aufhält, kann man viel lernen darüber, wie bestimmte Prozesse ablaufen, man kann aber im Einzelfall auch helfen. Hier ist lokal viel zu tun.

Und dann gibt es natürlich das Thema der Kultur. Gerade eine Stadt wie Köln mit einer unglaublich breiten internationalen kulturellen Szene etwa in der Musik und in der Kunst, ist ein Ort, in dem man nicht nur viel über viele Kulturen lernen kann, inklusive der in diesem Bereich schwelenden Konflikte. Aber natürlich ist Köln vor allem eine Stadt, in der man besonders viel darüber lernen kann, wie bereichernd ein multikultureller Kontext sein kann. Insofern ist im Lokalen viel zu tun, viel zu bewegen und viel zu lernen. Das tut die lokale Agenda, das tut die lokale Agenda hier in Köln.

XV. Das Odysseum Köln

Es gibt einen letzten, aber besonders signifikanten Punkt warum die hier behandelten Themen gerade im Großraum Köln eine besondere Bedeutung haben. Dies betrifft ein herausragendes Projekt, das die damalige Stadtparkasse Köln, heute Sparkasse KölnBonn im Jahr 2001 in der Folge der EXPO 2000 initiiert hat, und zwar als ein Geschenk der Sparkasse zu ihrem 175. Geburtstag an die Stadt Köln. Dieses Geschenk betrifft die Realisierung eines „Erlebnishaus des Wissens“, ein neuartiges Science Center, ein Ort, an dem man viel über die Welt und über die Zukunft lernen kann, z. B. über die Evolution, das Gehirn, intelligente Systeme, Medizin, Ernährung, Wasser aber auch Zukunftsfragen der Gentechnik. Das alles geschieht im Kontext der Thematisierung der Globalisierung. Dieses Thema ist meines Wissens nach hier erstmalig Gegenstand eines Science Centers. Die Hoffnung ist, ein Minimum von 350.000 zahlenden Besuchern pro Jahr zum Besuch des Odysseums zu motivieren und ich glaube, dass dies erreicht wird.

Ziel des Odysseums ist es, Wissen zur Gestaltung der Zukunft erlebbar zu machen und bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Neugierde auf Wissenschaft zu wecken. Mit ausdrucksstarken Exponaten, vielfältigen Programmen und informativen Diskussionsforen wird Wissenschaft für eine breite Öffentlichkeit begreifbar gemacht. Das Odysseum Köln versteht sich als offene Plattform für die Wissensvermittlung und den Dialog innerhalb der Gesellschaft und wird zudem als Schaufenster der regionalen Forschungslandschaft dienen. In die Aktivitäten des Odysseums soll ein breites Spektrum an wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren sowie deren Themen eingebunden werden.

Das Odysseum Köln ist ein „Science Center Plus“. Der begriffliche Zusammenhang „Science Center“ und „plus“ steht dabei für zwei Absichten:

Zum einen sind mehr als in herkömmlichen Science Centern Elemente der Ausstellungs- und Erlebnisdramaturgie integriert, wie sie die Unterhaltungsindustrie bei der Gestaltung von Themen- und Erlebnisparks anwendet. Die Räume sind passend zu den entsprechenden Themen inszeniert und bieten den Besuchern ein spannendes Gesamterlebnis in der Welt des Wissens.

Zum anderen ist dieses „Science Centers plus“ inhaltlich umfassender angelegt als Science Center ähnlicher Art. Zum einen werden aus 14 verschiedenen Bereichen der Natur-,

Lebens- und Gesellschaftswissenschaften zukunftsweisende Themen, wie beispielsweise Gentechnik und Medizin, Globalisierungsgestaltung und neue Technologien anschaulich dargestellt. Zum anderen wird an mehreren Stellen inhaltlich stärker in die Tiefe gegangen, als in anderen Science Centern.

Das Odysseum Köln lädt ein zum Anfassen, Experimentieren und Entdecken. Gut aufbereitet vermittelt es seinen Besuchern mit interaktiven Exponaten „Aha-Erlebnisse“. Das Odysseum Köln umfasst vier Themenräume und einen gesonderten Kinderbereich für junge Besucher. Innerhalb der Themenbereiche gibt es jeweils mehrere Schwerpunkte, die in den abwechslungsreich inszenierten Räumen an unterschiedlichen Exponatstationen behandelt werden.

Urwaldartige Bäume, urzeitliche Farne und exotische Blüten erwarten den Besucher in Themenraum I. Hier werden die Besucher zu Naturforschern. Auf ihrer Spurensuche ergründen sie Grundlagen von pflanzlichem, tierischem und menschlichem Leben.

Von einer Raumstation aus blicken die Besucher in Themenraum II auf den Planeten Erde. Sie sehen unsere Erde in ihrer Schönheit, aber auch in ihrer Zerbrechlichkeit: Sie erleben, wie die Menschheit durch technischen und gesellschaftlichen Fortschritt zur globalen Kraft wurde und worin aktuelle Herausforderungen, sowie die Aufgaben der Globalisierungsgestaltung bestehen. Dort wird auch das Thema der Nachhaltigkeit vertieft aufgegriffen.

Willkommen im Cyberspace! In einem leuchtenden, sphärischen Netzwerk in Themenraum III blicken die Besucher hinter die Kulissen der virtuellen Realität. Sie beschäftigen sich mit den Auswirkungen der planetaren Vernetzung und können als Hacker Geheimnisse von Ver- und Entschlüsselung enträtseln. In der Roboter-Werkstatt bauen sie ihren eigenen Humanoïden.

Die Entwicklungen in den Bio- und Lebenswissenschaften beeinflussen unser Leben und unsere Gesundheit heute und mehr noch in der Zukunft auf vielfältige Weise. In Themenraum IV erhalten die Besucher in einem modern anmutenden Forschungszentrum Einblicke in die Perspektiven von Medizin und Gentechnik und die Möglichkeiten und Grenzen der Forschung. Eine Hafenszene mit Schiff symbolisiert Aufbruch. Wo geht die Reise hin? Welche Zukunft wollen wir? Welche Hindernisse gibt es auf dem Weg dorthin zu „umschiffen“?

Automechaniker, Bauarbeiter, Filmregisseure: Spielerisch erlernen Kinder im Explorado in Themenraum V die Grundlagen von Physik und Technik. An den unterschiedlichsten Exponatstationen erhalten Kinder alleine und im Spiel mit anderen vielfältige Einblicke in die Welt des Wissens.

Das Odysseum Köln ermöglicht seinen Besuchern ganz nach ihrem individuellen Interesse, wichtige Themen aus der Welt des Wissens in unterschiedlicher Tiefe und Ausführlichkeit zu entdecken. Die Ausstellung ist bewusst leicht und abwechslungsreich gehalten. Hier spielen Erleben und Unterhaltung eine wichtige Rolle, damit sich die Besucher jederzeit wohl fühlen.

Auf der zweiten Etage befinden sich vier Wissenlounges, die in Form von gläsernen Balkonen in die vier Themenräume hineinragen. In jeder Wissenlounge finden sich zusätzliche Informationen zu den Exponaten und Inhalten des entsprechenden Themenraumes. Von dort oben bietet sich nicht nur ein ungewöhnlicher Blick in die Ausstellungsräume, sondern hier finden die Besucher auch die Möglichkeit, über Bücher, Zeitschriften, Filme, Hörstationen und Computerterminals die Themen der Ausstellung zu vertiefen und sich mit einzelnen Aspekten intensiver auseinanderzusetzen.

Im Zentrum des Gebäudes, über der Plaza, liegt schließlich die „Galerie der Welt“. Diese hat inhaltlich eine zentrale Bedeutung für das Odysseum Köln. Hier wird in anschaulicher und verständlicher Weise aufgezeigt, dass die in der Ausstellung behandelten Inhalte und Themen auch stets eine globale Perspektive haben. Eine Bildergalerie mit interaktiver Weltkarte zeigt die Vernetzung der Welt. Die globale Perspektive, die in der „Galerie der Welt“ präsentiert wird, verdeutlicht zugleich die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Gestaltung unserer Zukunft.

Das Erlebnishauss des Wissens heißt, wie schon erwähnt, Odysseum Köln. Für diesen ungewöhnlichen Namen spricht vieles, aber es spricht natürlich auch einiges dagegen. Für manche war ja die Fahrt des Odysseus eine Irrfahrt. Ich erinnere mich aber noch gut, wie Professor Oberschelp, ein Mathematiker und Informatiker der RWTH Aachen, dem ich in meinem Leben viel zu verdanken und bei dem ich auch promoviert habe, einmal zu mir sagte: „Wissen Sie, Herr Radermacher, Odysseus muss man anders sehen. Odysseus war kein Irrfahrer sondern ein Suchender und sind wir nicht alle Suchende. Und ist Odysseus nicht angekommen?“ Ja, das ist ein guter Blick auf das Thema und die Anliegen des Odysseums.

Man kann diesen Blick noch erweitern. Der Mensch ist ein Suchender, aber die Menschheit, der Superorganismus Menschheit, ist auch ein Suchender. Die Menschheit sucht, wie der Mensch als Einzelner sucht. Die Suche gilt der Entfaltung aller Potenziale, der Nachhaltigkeit und dem Frieden. Und die lokale Agenda kann hier Mittler sein zwischen der Suche nach Lösungen im Allgemeinen und der Lösung für den jeweils Einzelnen. Mit dem Odysseum in Köln rundet sich die behandelte Thematik sehr schön ab.

Danksagung:

Der Autor dankt Herrn Klaudius Gansczyk für viele Hinweise und Anregungen zu diesem Text wie zu den Themen Weltinnenpolitik und interkultureller Humanismus im Allgemeinen.

Weitere Informationen unter: www.bwa-deutschland.de, www.faw-neu-ulm.de oder www.globalmarshallplan.org. Unter der letztgenannten Adresse kann kostenlos der wöchentliche Newsletter der Global Marshall Plan Initiative abonniert sowie Bücher bestellt werden.

Anmerkung des Herausgebers:

Aufgrund eines technischen Fehlers entspricht der folgende Beitrag von Herrn Prof. Dr. Dr. Radermacher nicht dem gesprochenen Wort. Er basiert auf einem Text zum Strategieforum „Initiative Wirtschaft & Sicherheit“, Köln, 09.10.2007, der wiederum auf zwei früheren Publikationen von Herrn Prof. Dr. Dr. Radermacher aufbaut, nämlich „Weltinnenpolitik 2007“. Beitrag zur Sommerakademie „Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen?“ auf Burg Schlaining, 8.-13. Juli 2007 sowie „Balance oder Zerstörung?! Weniger ökosoziale Spannungen bedeuten auch mehr Sicherheit für Menschen, Wirtschaft und Unternehmen / Herausforderungen für ein europäisch inspiriertes Sicherheitsdesign. Text aus CD Sicherheits-Management Zeitung 6/02“

Workshop 1

Stadt erlebt Beteiligung – Verwaltung und Politik als strategische Partner

Eingeleitet wurde der Workshop „Stadt erlebt Beteiligung – Verwaltung und Politik als strategische Partner“ durch zwei Impulsreferate. **Jens Harnack**, Wirtschaftsförderer der Stadt Rheinberg, stellte die Einführung eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagementsystems vor, **Dr. Klaus Reuter**, Geschäftsführer der LAG 21 NRW, das Projekt „Flächenmanagement als partizipativer Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung“. Beide erläuterten die Ergebnisse.

Insbesondere thematisierten und diskutierten die Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer die zentralen Erfolgsfaktoren und die Übertragbarkeit der Projekte auf andere Kommunen. Dabei wurden drei Fragestellungen zur künftigen Arbeit der Lokalen Agenda 21 in NRW behandelt:

1. Was muss kurzfristig in den Kommunen passieren? Beitrag der Agenda-Akteure!
2. Was muss mittelfristig umgesetzt werden?
3. Welche Rahmenbedingungen sind für eine erfolgreiche Agenda 21-Arbeit notwendig?

Zur Beantwortung der ersten Frage wurde herausgearbeitet, dass eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Agenda-Arbeit in der Akzeptanz des Themas Nachhaltigkeit als kommunale Daseinsvorsorge liegt. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Akteursgruppen (Politik, Verwaltung und Bürgerschaft) eine effektive Agenda 21-Arbeit mit der gleichen Priorität verfolgen. Beteiligungsprozesse in der Kommune sollten strategisch eingesetzt werden, so eine weitere Forderung. Nicht jedes kommunalpolitische Thema eignet sich für große Beteiligungsprozesse, stattdessen sollte der Fokus auf Themen gerichtet werden, die eine Verknüpfung mit einer nachhaltigen Stadtentwicklung ermöglichen. Aktuell bietet sich in den Kommunen bei der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagementsystems (NKF) die Chance, ein Verfahren zur Aufstellung von Bürgerhaushalten in Gang zu setzen, da hier Verwaltung, Politik und Bürgerschaft gemeinsame Startvoraussetzungen haben. Durch eine gemeinsame Arbeit am Haushalt einer Kommune kann Vertrauen unter den Beteiligten aufgebaut und schon im Vorfeld konsensual verabschiedete Prioritäten gesetzt werden.

Als mittelfristige Faktoren für eine erfolgreiche Agenda-Arbeit wurden der Aufbau und die Pflege von Netzwerken, die Verfestigung von Strukturen in der Verwaltung und eine strategische Ablaufplanung benannt. Das Beispiel der Netzwerkbildung der Agenda 21-Schulen in Dortmund zeigt auf, wie das Thema Nachhaltigkeit über eine Schülergeneration hinweg zum festen Bestandteil in der Ausbildung junger Menschen werden kann. In 7 Jahren konnten dort an 21 Schulen über 18.000 SchülerInnen in den Prozess mit eingebunden werden. Somit werden nicht nur Strukturen verfestigt, sondern auch ein Pool von jungen interessierten Menschen ausgebildet, die sich in anderen Zusammenhängen einer nachhaltigen Entwicklung widmen.

Neben den zwingend notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, die eine Kommune, aber auch das Land und der Bund, als Rahmenbedingung für eine erfolgreiche Agenda-Arbeit zur Verfügung stellen sollten, gilt es ferner den Wissenstransfer bei allen Akteursgruppen zu professionalisieren. Die Analysen und Informationen zur Nachhaltigen Entwicklung, die uns durch die Vorträge von Prof. Radermacher und Prof. Töpfer sehr deutlich zu einem konsequenten Handeln auffordern, sind kein Allgemeinwissen. Deshalb ist es auch Aufgabe der Lokalen Agenda 21, die vielfältigen Informationen und Zielsetzungen so aufzubereiten, dass auf der kommunalen Ebene Handlungsoptionen entstehen können. Von



den Verwaltungen werden weiterhin eine Offenheit gegenüber neuen Themen sowie transparente und verbindliche Entscheidungswege eingefordert.

Workshop 2

Millenium Development Goals auf kommunaler Ebene

Der Workshop „Milleniumsentwicklungsziele und Kommunen?“ wurde vorgestellt von **Monika Dülge** und **Vera Dittgen**.

Ergebnis war die Aussage „Kommunen und MDG!“. In diesem Workshop wurde über Möglichkeiten und Chancen diskutiert, die Milleniumsentwicklungsziele auf kommunaler Ebene zu verankern. Unter den Teilnehmenden gab es sehr viele, die dies schon in hohem Maße praktizieren.

Worum geht es bei den Millenium Development Goals (MDGs), zu deutsch Milleniumsentwicklungsziele? Was können wir kurzfristig tun? Der Vorteil ist, dass wir an bekannte Prozesse anknüpfen können. Es geht um die Verbindung von globalen und lokalen Prozessen und darum, weltweite Armut in ihren unterschiedlichen Wechselwirkungen (Klima-Umwelt-Armut) zu bekämpfen.

Was kurzfristig zu tun ist: Über die MDGs informieren, Akteure bündeln (es gibt bereits verschiedene Aktionspartner, die in Bereichen wie Gesundheit, AIDS oder Nachhaltige Entwicklung tätig und engagiert sind und die dazu beitragen, diese zu bündeln). Des weiteren muss die MDG-Bildungsarbeit angesteuert oder - falls sie bereits läuft - verstetigt werden.

Mittelfristig geht es darum, die Beteiligungspartizipationsprozesse mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu realisieren. Das heißt, es geht darum das zu nutzen, was bereits vorhanden ist. In Städten wie Köln oder Dortmund, wo die Internationalität einerseits über Immigranten vorhanden ist, andererseits aber auch über die unterschiedlichen Handelsbeziehungen, sprich die Beziehung zur Wirtschaft, kann dies mit einbezogenen werden, um auf die Milleniumsentwicklungsziele einzuwirken und diese zu verdeutlichen.

Dritter Punkt sind die Finanzierungskonzepte, die einerseits staatlich gefördert werden sollten, aber auch alternative Formen wie Fundraising. Eine wichtige Anmerkung: Schwierigkeiten können durchaus dazu führen, dass man zu neuen Aktionsbündnissen kommt, da man Partner mit einbezieht, die vorher gar nicht ins Visier gekommen sind.

Rahmenbedingungen: Natürlich geht es auch darum, die politische Einflussnahme zu sichern. Und ganz generell gesprochen auch darum, darüber nachzudenken, was denn ein für Alle gerechteres Weltwirtschaftssystem ist.

Die Erarbeitung von den Themen „Was können wir vor Ort tun?“ und „Wo gibt es konkrete Handlungsansätze?“ war aus Zeitgründen nicht mehr möglich.



Workshop 3

Herausforderung Klimaschutz – Der kommunale Weg



Klaus Breyer präsentierte die Ergebnisse dieses Workshops, deren Eingangsinformationen von **Jürgen Maier** stammen.

Die Gruppe „Lokale Agenda-Prozesse vor der Herausforderung des Klimaschutzes“ hat sich mit der Fragestellung beschäftigt: Wie wichtig ist für Klimaschutz die Agenda-Arbeit? Und umgekehrt: Wie wichtig ist der Klimaschutz für die Agenda-Arbeit? In wie weit kann der Klimaschutz als strategische Chance die Agenda-Arbeit bedeutsam machen?

Zuerst wurde die bundesweite Initiative „Klima-Allianz“ vorgestellt. Es ist ein großes Bündnis, das sich gerade unter anderem aus Greenpeace, BUND, EED, Misereor und den Kirchen gegründet hat. Ein Bündnis, das verdeutlichen soll: Die Bevölkerung ist nicht mehr einverstanden mit der Ankündigungspolitik! Das konkrete Maßnahmen fordert. Zudem ist eine Bereitschaft in der Bevölkerung vorhanden, diese Maßnahmen ganz praktisch mit zu tragen. Das soll in diesem Bündnis deutlich gemacht werden.

Es galt zu fragen, was auf der lokalen Ebene passieren kann, und was muss geschehen, dass aus diesem Klimaschutzgedanken auch eine Bewegung wird? Es muss eine ganz praktische Bewegung werden und nicht nur eine, die sich nur mit Prozentzahlen und Jahreszahlen beschäftigt. Dabei ist natürlich die Agenda-Arbeit als natürlicher Partner eingebunden. Als erster Schritt wurde dabei nach den Stärken und Schwächen gefragt, nach den Chancen und Risiken dieses Themas für die Agenda-Arbeit. Die wurde zu einem kleinen Katalog für kurzfristige Ziele und Maßnahmen und einem für langfristige Ziele und Maßnahmen verdichtet.

Es muss gelingen, die Risiken des Klimaschutzes für die Agenda-Arbeit möglichst gering zu halten und die Chancen optimiert auszunutzen, indem wir aus diesem medienwirksamen Hype „Klimaschutz“ heraus kommen. Nur dadurch kann letztendlich Agenda-Arbeit an diesem langfristigen Thema „Klimaschutz“ vom Projekt zum Prinzip wirksam werden. Dies nicht nur im rein energetischen Sinne, sondern in der ganzen Breite gesellschaftlichen, zivilgesellschaftlichen Handelns. Dazu gehören Bereiche hinein wie „Umwelt und Entwicklung“, „Lebensstile“, Umgang mit ganz anderen Themen als Kilowattstunden und was man sonst noch schlechthin unter Klimaschutz versteht. Wir brauchen natürlich, weil es ein gesellschaftliches Projekt sein muss, das langfristig getragen, das generationsübergreifend getragen werden muss, eine verlässliche Kommunikationsstrategie, die zu diesem stabilen Agenda-Klimaschutzprozess passt.

Zur Frage nach kurzfristigen Zielen und Maßnahmen muss es darum gehen, viele Projekte, die wir bereits Stand-by haben, erst einmal dahingehend zu überprüfen, welche jetzt in dieser Situation Schlüsselprojekte sein können. Womit können wir starten, wo möglichst eindringlich auch die Wirksamkeit von Agenda-Arbeit für den Klimaschutz demonstrieren? „Fifty-fifty“ könnte so ein Schlüsselprojekt sein. Grundaussage ist die, individuelle Schlüsselprojekte und Zielgruppen zu identifizieren. Dann müssen lokale Allianzen gebildet werden. Dazu gehören nicht nur die sogenannten Gutmenschen, sondern auch Menschen, die ökonomisch denken (es gibt auch Gutmenschen, die ökonomisch denken, dass will ich nicht ausschließen). Weiter gehören dazu Kommunikationsformen spezifischer Art, wie das alte Thema „Gute Beispiele“, aber dabei ist es wichtig, dass sie nicht nur publiziert sondern dass sie letztendlich von einer Bewegung getragen werden, dass sie auch in der Breite umgesetzt werden.

Das Ganze zusammen betrachtet heißt natürlich auch, dass man sich systematischer Methoden bei dieser Strategiebildung bedienen sollte, nämlich eines Nachhaltigkeitsmanagements. Das ist ein großes Wort. Dahinter steckt erst einmal die Überlegung, für den Agenda-Prozess zu hinterfragen: Wo stehen wir, wohin wollen wir, wie kommen wir von A nach B und wie können wir das auch kontrollieren? Also ein ganz gemeiner Managementzyklus, den man sicherlich auf andere Bereiche der Verwaltung oder wie auch immer übertragen kann. Zu diesem Managementzyklus gehören auch Zwischenziele, denn das Ziel „Klimaschutz“ ist gewaltig, es muss Häppchenweise aufbereitet werden, sonst erschlägt es uns.

Nicht nur die Komplexität ist das Problem des Klimaschutzes, sondern auch die Vielfalt an Möglichkeiten, die man hat, um Klimaschutz zu betreiben. Dazu kommen die Zweifel im Bauch, ob das eine reicht oder ob es besser ist, das andere zu tun. Oder ob es nicht besser ist, dass zuerst ein Dritter damit anfängt, bevor man selbst damit anfängt. Hier ist ganz wesentlich, konkrete und packbare Zwischenziele zu formulieren. Ebenso, wie angepasste Methoden vor Ort zu entwickeln.

Die Klima-Allianz wurde hierbei positiv bewertet. Die Agendabewegung ist Teil dieser gesellschaftlichen Bewegung in der Bundesrepublik, die jetzt zusätzlichen Druck will, die einen Aufstand der Anständigen gegen eine unanständige Politik fordert. Aber dabei darf es natürlich nicht bleiben. Aber es gilt, nicht nur fordern, dass hier etwas passiert, sondern auch selber Handeln. Erst zusammen gibt das die richtige politische Kraft. Beides ist ganz wesentlich.

Wir sind der Meinung, dass dies eine Aufbruchstimmung ist, die wir erleben. Nicht nur eine Stimmung, die uns zu Überlastung führt angesichts der gewaltigen Aufgabe „Klimaschutz“, sondern auch eine reale Chance bietet für Agenda-Prozesse und für CO₂-Reduktion vor Ort. Auch die Landesarbeitsgemeinschaft ist aufgefordert, solche Strategien mit zu bedenken und zu publizieren. Es gilt, Nachhaltigkeitsmanagementsysteme zu verbreiten und medienwirksam zu begleiten.

Workshop 4

Nachhaltiges Denken – zukunftsfähiges Wissen

Oda Schumann und **Kathrin Schröder** berichteten aus dem von ihnen moderierten Workshop, zu dem Oda Schumann das Einführungsreferat beisteuerte.



In zwei Arbeitsgruppen wurden die Inhalte parallel diskutiert und anschließend zusammengetragen. Dabei kamen Themen auf wie „Eigen-nutz“ mit Fragen wie: Was nützt es mir eigentlich als Erwachsenen, wenn ich eine Bildungsveranstaltung wahrnehme, ich möchte auch was erleben! Wen erreichen wir also mit unseren Angeboten? Oft kommen ja einfach die üblichen Verdächtigen. Es geht letztlich immer noch um die These, die Menschen da abzuholen, wo sie sind. Es geht um Vernetzung von Bildungsakteuren in der Kommune. Hier sind kurzfristig Erfolge erzielbar, wie durch den Einsatz von Schlüsselakteuren, wie es sie bereits an Schulen und Universitäten gibt. Es geht ebenfalls um Partizipation auch bei den Strukturen. Wenn uns die Bildung für Nachhaltige Entwicklung wichtig ist, bedarf dies institutioneller Förderungen - auch wenn das vielleicht nicht immer in den politischen Mainstream passt.



Netzwerke wie die LAG 21 NRW, Azul, etc. stellen hierbei wichtige Institutionen dar. Eigenengagement ist wichtig, aber institutionelle Förderung für zivilgesellschaftliche Netzwerke ist unumgänglich.

„Die Menschen da abholen wo sie sind“. Das ist schon ein relativ alter Spruch, der auch im Sozialarbeiterkreisen bekannt ist, der aber nach wie vor eine hohe Aktualität hat. Das heißt, wenn wir die Gruppen, die wir erreichen wollen, nicht da abholen wo sie sind, bleiben die meisten auch draußen. Es gibt wenig Kontakt zu Migrant*innen - auch in dieser Gruppe. Was fehlt, sind letztlich finanzielle Mittel und personelle Ressourcen. Die Chancen würden größer, wenn beispielsweise auch Institutionen und Firmen sich bereit erklären, Seminare anzubieten, die auch während der Arbeitszeit besucht werden. Auch in Stadtteilen müssen dauerhafte Strukturen angelegt und damit ein größeres Angebot erzeugt werden.

Und die dritte These ist die, Nachhaltigkeit nicht als Spaßbremse zu sehen. Es geht nicht um den erhobenen Zeigefinger, sondern es ist wichtig, einen Eigennutz für sich selber zu erkennen. Nur wenn Eigeninteresse an einem Angebot besteht, macht die Teilnahme an einem Seminar Sinn. Es muss begeistern, es muss der Funke überspringen. Es wurde uns allen heute deutlich, etwa beim Referat von Herrn Radermacher.

Nachhaltiges Denken ist ein schwieriges Unterfangen, aber es gibt doch gute Ansätze, die Menschen zu bewegen, hier aufmerksam zu sein, mitzumachen und die dann hoffentlich ausgeweiteten Angebote anzunehmen und vor allem zu verinnerlichen.

Formulierung von Aufträgen aus der Tagung an die Klimaallianz und Agenda-Akteure

Das Plenum unterstützt die neu zu schaffende Klimaallianz und fordert die Akteure, insbesondere die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW auf, Mitglied zu werden und die Arbeit der Klimaallianz auf allen Ebenen zu fördern.

Umwelt und Entwicklung als Kehrseiten einer Medaille

Eberhard Neugebohrn,
Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung



Meine sehr geehrten Damen und Herren.

Klaus Töpfer hat einmal gesagt: „Armut ist das größte Umweltproblem.“ Das ist eine kernige Zusammenfassung des Zusammenhangs zwischen Entwicklung und Umwelt. Armut gilt als ein Entwicklungsproblem, also ein Problem, das man durch die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft überwinden muss. Das wird in diesem Ausspruch mit der Umwelt-Frage in Zusammenhang gebracht. Dies war über viele Jahrzehnte der politischen Geschichte unserer westlichen Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit. Von Entwicklungspolitik im modernen Sinne spricht man seit Mitte des 19. Jahrhunderts, seit Japan seine große Aufholjagd gemacht hat. Indem es den eigenen Markt abschottete, ermöglichte es eine geschützte Binnenentwicklung und schloss an die Entwicklung der westlichen Industrieländer an. Es setzte also asymmetrische Wirtschaftsbeziehungen durch, eine bis heute sicherlich wesentliche Bedingung für erfolgreiche Entwicklungsprozesse in Schwellenländern.

Zusammengefasst wird der Umwelt- und Entwicklungsbegriff heute durch uns im Nachhaltigkeitsbegriff. Das Jahr 1992 mit der Rio-Konferenz war eine ganz entscheidende Schwelle, der selbstverständlich die wissenschaftlichen Diskurse und die Expertendiskurse vorausgegangen sind. 1992 ist es das erste Mal gelungen, den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung in der UNO-Konvention, der Agenda 21, zusammenzubringen. Im Grunde genommen ist die Popularisierung des Zusammenhanges von Umwelt und Entwicklung danach erst losgegangen. Wenn Sie Ihre lokalen Agenda-Prozesse betrachten, dann wette ich, dass nur bei den wenigsten etwas Dementsprechendes vor 1995 angefangen hat. Wir haben schon alleine 3 Jahre gebraucht, die grundlegende Forderung der Agenda 21, nämlich die Konstituierung auf lokaler Ebene, überhaupt zustande zu bringen. Ich will noch einen anderen Aspekt bringen.

In den 90er Jahren hat sich vor den Bundestagswahlen eine so genannte Memorandumgruppe konstituiert. Vor den Bundestagswahlen veröffentlichte sie jeweils einen politischen Text und in einem der ersten Texte gab es eine Begriffskritik an dem Begriffspaar „Entwickelt – Unterentwickelt“. Es sei falsch, uns als westliche industrialisierte Welt als „entwickelt“ zu bezeichnen und Afrika, Lateinamerika, etc. als „unterentwickelt“. Stattdessen wären wir alle in unterschiedlicher Form „fehlentwickelt“. Wir selbst, da unsere Art und Weise des Produzierens, des Konsumierens und unsere Lebensstile in dieser Form nicht zukunftsfähig sind. Nicht zukunftsfähig ist in unseren Lebensverhältnissen vor allem das Mensch-Natur-Verhältnis. Das ist zweifellos richtig, insofern sind wir selbst und alle Entwicklungsländer entwicklungsbedürftig. Aber auch diese Begriffsdefinition muss man unter bestimmten Aspekten kritisieren, denn in dem allgemeinen Begriff der „Fehlentwicklung“ verschwinden elementare Fragen der Entwicklungspolitik wie zum Beispiel das Armutproblem; „Arm – Reich“ ist darin nicht mehr abgebildet. Das Gerechtigkeitsproblem fehlt ebenso wie die ungleichen Handlungsbeziehungen und im Sinne des Nachhaltigkeitsdiskurses auch die ungleichen Beiträge von Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern zur Klimaveränderung.

Um noch einmal auf das Zitat von Herrn Töpfer zurückzukommen: „Armut ist das größte Umweltproblem“. Ich glaube es ist auch berechtigt zu sagen: „Reichtum ist ein großes Umweltproblem“. Die ungerechten Handelsbedingungen oder die Einwirkung auf Klima und Umwelt sind beispielsweise zugleich Bedingung und Ergebnis unseres Reichtums. Ich möchte jetzt einen anderen Aspekt im Zusammenhang mit Klima aufgreifen: Im letzten Jahr hat Nordrhein-Westfalen das 150-jährige Jubiläum der Entdeckung des Neandertalers begangen. Die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe haben sich zusammengeschlossen und drei wunderbare große Ausstellungen organisiert: Eine davon

in Bonn im Rheinischen Landesmuseum, eine im Museum in Mettmann und eine im Museum für Archäologie in Herne. An letzterer hat sich die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung als Mitveranstalter beteiligt. Der Anlass war, dass das Museum in Herne entschlossen hat, die Klimaentwicklung der Erde über die letzten 7 Millionen Jahre dort abzubilden und einen Ausblick zu geben, wie es denn in den nächsten 70.000 Jahren aussieht. Es ist die größte Klimaausstellung, die es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, die Geschichte des Neandertalers zu betrachten. Die Gründe für den Untergang des Neandertalers sind wissenschaftlich noch nicht vollständig geklärt. Es ist aber kaum vorstellbar, dass dieser Untergang nicht auch etwas mit den Veränderungen des eiszeitlichen Klimas zu tun hat.

Durch kaum etwas anderes ist die natürliche Umgebung des Menschen so sehr bestimmt wie durch das Klima. Bedeckt ein Eispanzer die feste Erdoberfläche oder tropischer Regenwald, Wüste oder Wälder, Wiesen und Steppen der gemäßigten Zone? Wir sprechen von Klimazonen der Erde. Diese Klimazonen und das Erdklima als Ganzes sind nicht statisch. Sie unterliegen natürlichen Schwankungen, die sich über große Zeiträume vollziehen. So ein Zyklus dauert etwa 110.000 Jahre. Der jetzigen etwa 11.000 Jahre andauernden Warmphase der Erde wird demnach irgendwann einmal eine neue eiszeitliche Phase folgen. Diese großen Änderungszyklen entziehen sich dem menschlichen Zugriff, und aus heutiger Sicht wird die Menschheit auch nie in der Lage sein, dies zu ändern.

So lange die Menschenartigen und auch die modernen Menschen existieren, haben Änderungen des Klimas sie herausgefordert zu Anpassungs- und Entwicklungsleistungen. Die Ausbreitung des Menschen über die Erde ist auch ein Ergebnis solcher Klimaänderungen. Man darf sicherlich sagen, dass die Vielzahl der menschlichen Kulturen und ihre Vielgestaltigkeit ein Ergebnis der Anpassungsleistung der Menschen an die jeweils unterschiedlichen klimatischen Bedingungen sind – sicherlich nicht nur; aber auch.

Die Geschichte der Hominiden ist aber auch die Geschichte des Scheiterns solcher Anpassungsprozesse. Viele unserer entfernter verwandten Spezies sind untergegangen, weil sie die erforderlichen Entwicklungsprozesse nicht bestanden haben.

Der Neandertaler und seine Zeitgenossen sind dafür ein Beispiel. Sie haben selbstverständlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die sie unmittelbar umgebende Natur eingewirkt, sie nach ihren Bedürfnissen umgeformt und sich darin eingerichtet. Nach allem, was wir wissen, kann man aber sagen, dass sie diese nicht in größerem Maßstab verändert haben und insofern im Einklang mit ihrer natürlichen Umgebung gelebt haben. Und trotzdem sind sie untergegangen.

Aber auch in der älteren Geschichte hat der Mensch nicht immer in Einklang mit seiner natürlichen Umgebung gelebt. Wir kennen aus den letzten zwei oder drei Jahrtausenden Beispiele, in denen die Eingriffe des Menschen in die Natur zumindest einen regionalen Klimawandel bewirkt haben. Die Abholzung der Wälder rund um das Mittelmeer war ein solcher Eingriff. Er hat unter anderem auch das Vordringen der Sahara nach Norden begünstigt.

Diese Veränderungen haben sich aber in einem für unsere heutigen Maßstäbe relativ langen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten vollzogen. Das hat es der Flora und Fauna und auch den Menschen erleichtert, sich einigermaßen anzupassen und diesen Entwicklungs Herausforderungen gerecht zu werden.

Die Einwirkungen des Menschen auf das Klima in den letzten 200 Jahren haben dem gegenüber eine andere Qualität. Die mit der industriellen Produktionsweise aufgekommene Art des Wirtschaftens und Lebens der Menschen hat nicht mehr nur regionale, sondern globale Auswirkungen. Die Steigerung des CO₂-Gehaltes der Atmosphäre ist nicht auf eine bestimmte Region der Erde beschränkt.

Am 30. Oktober letzten Jahres veröffentlichte der ehemalige Weltbank-Chefökonom und jetzige Leiter des volkswirtschaftlichen Dienstes der britischen Regierung, Nicholas Stern, seinen Bericht über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels.

Dieser Bericht hat ein vor 5 oder 10 Jahren kaum vorstellbares Medienecho gefunden. Deshalb kann ich auch unterstellen, dass viele von Ihnen von diesem Bericht gehört haben oder etwas darüber gelesen haben. Ich beschränke mich hier auf den Hinweis auf einige wesentliche Grundaussagen.

Zunächst ein paar naturwissenschaftliche Fakten: Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre wird in Kohlendioxidäquivalenten gemessen, und zwar in parts per million (ppm). Der Bericht stellt fest, dass die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphä-

re vor der industriellen Revolution etwa 280 ppm Kohlendioxidäquivalente betragen hat und seitdem auf 430 ppm gestiegen ist. Diese Steigerung geht weiter, und zwar jährlich um über 2 ppm.

Wenn nichts getan wird, würde die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre vermutlich bereits im Jahr 2035 das Doppelte des vorindustriellen Niveaus erreichen, also etwa 560 ppm Kohlendioxidäquivalente. Damit ist ein Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur von weit mehr als 2°C wohl unvermeidlich. Der Bericht reicht aber nicht nur über die nächsten 28 Jahre, sondern betrachtet die Zeitperiode bis zum Jahr 2100. Würde sich diese Entwicklung bis dahin fortsetzen, müssen wir mit einiger Wahrscheinlichkeit mit einem Temperaturanstieg von über 5°C rechnen. Dies entspricht der Temperaturveränderung, die sich seit der letzten Eiszeit ereignet hat, also in den letzten 11.000 Jahren.

Der erwartete globale Temperaturanstieg mag in bestimmten Gegenden von einer gegenläufigen Bewegung begleitet sein. Beispielsweise wenn durch Auflösung des Eispanzers auf Grönland der Salzgehalt im Nordatlantik um 0,2% sinken sollte, könnte es passieren, dass der Golfstrom zusammenbricht, und dann würde es in Europa wahrscheinlich nicht wärmer, sondern kälter. Unabhängig von solchen regionalen Gegeneffekten wird der Anstieg des Meeresspiegels natürlich alle Küstenlinien rund um den Globus betreffen, ebenso wie die Zunahme von extremeren Wetterereignissen.

Der Klimawandel in dieser Geschwindigkeit ist eine Bedrohung des Lebens auf der Erde und wird die Menschheit zu den größten Entwicklungs-Anpassungen zwingen, die es in ihrer bisherigen Geschichte gegeben hat. Klimaschutz bedeutet insofern notwendige Zukunftssicherung.

Mit dem Kyoto-Protokoll von 1997 sollen die Treibhausgas-Emissionen weltweit um durchschnittlich 5,2% unter das Niveau von 1990 gesenkt werden. Die EU-Staaten haben sich verpflichtet, ihre Emissionen bis dahin um durchschnittlich 8% zu senken. Deutschland will bis 2012 eine Reduktion von 21% erreichen. Im Moment werden auf die Initiative der Bundesregierung hin in der EG neue Vereinbarungen angestrebt, wonach europaweit in relativ kurzer Zeit eine Reduzierung von 20% erreicht werden soll.

Der Stern-Bericht ist, wie eben gesagt, vor allem ein Bericht, der die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels betrachtet und Konsequenzen vorschlägt.

Die jährlichen Kosten für die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration zwischen 500 ppm und 550 ppm Kohlendioxidäquivalenten werden in diesem Bericht schätzungsweise bei etwa 1% des globalen Bruttoinlandsproduktes geschätzt, wenn jetzt begonnen wird, entschieden zu handeln.

Die Kosten des Klimawandels werden, wenn nicht gehandelt wird, dem Verlust von wenigstens 5% des globalen Bruttoinlandsproduktes entsprechen. Wenn man eine breitere Palette von Risiken und Einflüssen berücksichtigt, könnten die Schäden auf 20% oder mehr des globalen Bruttoinlandsproduktes ansteigen. Hierbei ist zu bemerken, dass Entwicklungs- und Schwellenländer die ökonomischen Folgen des Klimawandels überdurchschnittlich stark zu spüren bekommen.

Stern führt aus, dass es aber immer noch möglich ist, die schlimmsten Risiken und Auswirkungen des Klimawandels mit tragbaren Kosten zu vermeiden, wenn jetzt schnell auf nationaler und internationaler Ebene gehandelt wird.

Um schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft zu vermeiden, sollte die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre unter 550 ppm gehalten werden. Schon in diesem Fall würde die weltweite Durchschnittstemperatur um 2°C bis 3°C steigen.

Die Konzentration der Treibhausgaskonzentration kann auf 550 ppm begrenzt werden, wenn der Anstieg der Emissionen innerhalb von 15 Jahren gestoppt wird und danach die Emissionen jährlich um rund 2% sinken. Da sich die gesamtwirtschaftliche Produktion, das globale Bruttoinlandsprodukt, bis 2050 etwa verdrei- bis vervierfachen wird, bedeutet dies, dass die Emissionen pro Einheit des Bruttoinlandsproduktes bis 2050 um rund drei Viertel gedrückt werden müssen!

Die ökonomische Ratio stellt uns also nicht vor die Alternative, uns zwischen der Vermeidung des Klimawandels und der Förderung von Wachstum und Entwicklung zu entscheiden. Die Bekämpfung des Klimawandels ist langfristig gesehen die Voraussetzung für mehr Wachstum und kann auf eine Weise erfolgen, die die Wachstumsambitionen reicher oder armer Länder nicht behindert. Maßnahmen gegen den Klimawandel schaffen neue Märkte, zum Beispiel Märkte für Technologien zur CO₂-neutralen Energieerzeugung und für CO₂-effizientere Waren und Dienstleistungen.

Für eine effektive globale Politik zum Klimaschutz müssen vor allem in folgenden drei Bereichen Maßnahmen ergriffen werden:

- Es muss ein Preis für die Emission von Kohlenstoff erhoben werden - durch Steuern, Handel mit Emissionsrechten und staatliche Regulierungsmaßnahmen. Die Ausweitung und Verknüpfung der großen Zahl von Emissionshandelsansätzen in der ganzen Welt ist ein leistungsfähiger Weg zur Förderung rentabler Emissionsreduzierungen.
- Innovationen zum Einsatz kohlenstoffarmer Technologien müssen gefördert werden. Die Unterstützung von Energieforschung und -entwicklung sollte sich weltweit wenigstens verdoppeln, die Unterstützung des Einsatzes neuer kohlenstoffarmer Technologien sollte um das Fünffache wachsen. Diese Zahlen entsprechen denen des Stern-Berichtes. Auch die internationale Zusammenarbeit hinsichtlich der Festlegung von Produktstandards ist eine leistungsfähige Möglichkeit zur Erhöhung der Energieeffizienz.
- Hemmnisse für einen effizienteren Energieeinsatz müssen beseitigt werden. Die Öffentlichkeit muss besser informiert werden, um Einstellungen und Verhalten zu verändern.

Der Klimawandel verlangt eine internationale Antwort auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses langfristiger Ziele und der Vereinbarung eines Handlungsrahmens. Zahlreiche Länder und Regionen handeln bereits: Die EU, Kalifornien und China sind Beispiele. Die Rahmenkonvention über Klimawandel der UN und das Kyoto-Protokoll bilden eine Basis für internationale Zusammenarbeit. Aber es ist noch ehrgeizigeres Handeln in der ganzen Welt erforderlich. Es ist wesentlich, dass der Klimawandel völlig in die Entwicklungspolitik integriert wird und dass reiche Länder ihre Versprechen zur Erhöhung der Auslandsentwicklungshilfe einlösen, um den Entwicklungsländern eine Anpassung an den Klimawandel zu erleichtern.

Ich denke, Umwelt und Entwicklung gehören zusammen, und an der Klimafrage wird dies noch einmal ganz besonders deutlich.

Zu Ihrer Nachfrage zur Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Initiativen in Nordrhein-Westfalen: Hier haben wir als Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung einen guten Überblick. Wir waren in den letzten Jahren eines der wichtigsten Förderinstrumente des Landes für diese Arbeit.

Es gibt uns seit Ende 2001, unsere Förderarbeit begann Anfang 2002, und seither haben wir 520 Projekte gefördert und etwa 32 Millionen Euro investiert. Durch unseren kritischen und anspruchsvollen Umgang mit Förderanträgen haben wir einen wichtigen Beitrag zur Qualität von Projekten im Bereich von Umwelt und Entwicklung geleistet. Unsere Fördermittel werden uns vom Land Nordrhein-Westfalen aus dem Landeshaushalt zugewiesen. Sie kommen aber nicht aus Steuermitteln, sondern aus der Konzessionsabgabe der Oddset-Sportwette. Die Konzessionsabgabe bricht jedoch seit längerem dramatisch unter der Konkurrenz der privaten Wetten ein, insbesondere durch die internetbasierten Wetten, deren Veranstalter auf Malta, Gibraltar oder auf den Cayman-Inseln sitzen. Anders als bei der Oddset-Sportwette werden ihnen keine Überschussanteile abgeschöpft, um damit gemeinnützige Arbeit zu fördern.

Schwierig ist auch das aktuelle finanzielle Verteilungsverfahren der Oddset-Mittel. Während andere Empfänger Festbeträge bekommen, teilt sich die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung den Rest mit der Sportstiftung des Landes. Eine weitere Benachteiligung ist, dass von unserem Anteil noch einmal ein Festbetrag abgezogen wird, der Institutionen zur Bekämpfung der Spielsucht zur Verfügung gestellt wird. Die durchschnittlich 6,5 Millionen Euro die wir in den ersten Jahren unserer Existenz bekommen haben, erhalten wir heute nicht mehr. So stehen wir momentan vor dem Problem, dass wir Förderverpflichtungen eingegangen sind, die momentan unsere Reserven überschreiten.

Herr Uhlenberg und Herr Laschet haben sich zu der Stiftung bekannt. Den allgemeinen politischen Bekenntnissen zu dieser Stiftung sind jedoch noch keine belastbaren Beschlüsse auf der operativen Ebene gefolgt. Da wir uns alleine durch die Finanzierung aus Oddset-Mitteln nicht halten können, muss sich die Landesregierung grundsätzlich entscheiden, ob sie dieses Förderinstrument haben möchte oder nicht.

Das hat auch etwas mit der Wertschätzung der zivilgesellschaftlichen Arbeit in diesem Bereich

zu tun. Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit einem großen Schatz an tausenden zivilgesellschaftlichen Initiativen und Gruppen im Entwicklungs- und Umweltbereich bedacht. Und diese freiwilligen Zusammenschlüsse haben in den letzten Jahren einen wunderbaren Entwicklungsprozess durchgemacht. Die Qualität der Arbeit ist heute deutlich anspruchsvoller als das vor 10 Jahren noch der Fall war. Diese Gruppen investieren ihre Kraft, ihre Zeit, ihre Phantasie und auch ihr privates Geld. Ich finde, sie haben es verdient, mit öffentlichen Fördermitteln unterstützt zu werden. Zumal solche Fördermittel dazu beitragen, die Strukturen, in welchen ihre Arbeit sich vollzieht, zu stabilisieren.

Nordrhein-Westfalen rühmt sich, insbesondere im entwicklungspolitischen Bereich, seiner fortschrittlichen Position im Bundesvergleich. Ich finde es durchaus beachtlich, was hier zustande gekommen ist, doch entspricht dies nicht vollkommen der Wahrheit. Zumindest in Bezug auf den Einsatz der Lotteriemittel in den Bereichen Umwelt und Entwicklung. Sämtliche norddeutschen Länder stellen diesbezüglich pro Kopf der Bevölkerung bedeutend mehr Geld zur Verfügung als Nordrhein-Westfalen.

Ich hoffe, wir können hier in Nordrhein-Westfalen wieder besser werden, und unsere Stiftung kann dabei auch in Zukunft einen wirkungsvollen Beitrag leisten.

Schlussworte

Wilfried Maria Koch,

Umweltamt des Landschaftsverbandes Rheinland



Erlauben Sie mir, zum Abschluss ein paar meiner Eindrücke der letzten beiden Tage zusammenzufassen, ohne auf die einzelnen Inhalte noch einmal eingehen zu wollen.

Wir hatten die Überschrift „15 Jahre nach Rio, 5 Jahre nach Johannesburg“, gestern kam „20 Jahre nach dem Brundtland-Bericht“ hinzu. Der Dreisprung ist immer noch die beste Möglichkeit mit relativ wenig Energie die größte Distanz zu überwinden. Zu unserem Dreisprung aus der Rückschau über 5, 10 und 20 Jahre haben wir dazu eine ganze Reihe von Mut machenden Informationen bekommen. „Wissen macht Mut“. Dies ist eine wichtige Erkenntnis aus der Tagung - für jeden von uns.

Für den Landschaftsverband Rheinland habe ich unter anderem das Wissen mitgenommen, dass unser stetiges Bemühen richtig ist, den Stellenwert der Kultur als fünftes Element in der Agenda-Arbeit in vielfältiger Weise zu betonen und zu verfestigen.

Es ist für mich sehr schön, dass wir in der Agenda-Arbeit immer mehr Verbündete gewinnen. Ich spreche da beispielsweise Herrn Kubendorff an, der hier mit dem Landkreistag eine Ebene auch in die operative Umsetzungsbereitschaft eingebracht hat.

Ich begrüße sehr die vielen in den beiden Tagen geknüpften Netzwerkverbindungen. Wenn ich ein Zitat von Herrn Radermacher umwandeln darf: „Die Agenda 21 ist nicht verhandelbar“, dann unterstrich die Veranstaltung den Stellenwert, den die Agenda 21-Arbeit heute hat. Für mich ist das ein ganz zentraler Erkenntnissatz aus dieser Veranstaltung. Was wir zu bewerkstelligen haben, ist nicht verhandelbar. Damit erheben sich natürlich erneut die Rufe nach einer Verstärkung, nach institutioneller Förderung für die Agenda-Organisationen, soweit sie dies noch nicht bereits erfahren. Es wird aber auch immer deutlicher, dass wir uns nicht nur auf die immer mehr eingeschränkten Fördertöpfe berufen können. Wir müssen alternative Finanzierungsformen finden und ausschöpfen. Die Leistungen bei den Agendaakteuren sind hoch. Die vorgetragenen Ideen und Ergebnisse machen Mut. Die letzten Jahre waren erfolgreich, innovativ und effektiv. Wir haben viel erreicht, vor allem aber haben wir gute Wege gefunden und eingeschlagen, die wirklich dazu beitragen können, die Welt im Sinne der Aufgabe „Agenda 21“ zu sichern und zu optimieren.

Ein großer Dank an Sie alle. Wir haben sehr gute Referate und Statements gehört. Sie haben sich rege in die Diskussionen mit Beiträgen, Ideen und Kritik eingebracht.

Ich möchte mich natürlich auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Umweltamt, von der Geschäftsstelle und dem Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW bedanken, die zur Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung beigetragen haben, sowie bei den vielen stillen Helferinnen und Helfern im Hintergrund. Herr Attermeyer, ein Dank an Sie, dass Sie mir in ihrer Funktion als Amtsleiter es ermöglicht haben, meine Arbeitskraft in großem Maße in die Vorbereitung dieser Veranstaltung mit einbringen zu können. Das ist nicht selbstverständlich, aber Sie haben ja gestern die Worte unseres ersten Landesrates gehört, der auch als Kämmerer die Arbeit der Agenda 21 im LVR unterstützt und stärkt und mit einem solchen Statement uns Mut macht, diesen guten Weg gemeinsam weiter zu gehen.

Diese Veranstaltung fordert uns alle auf, das Gehörte weiter ernst zu nehmen und in entsprechende Handlungen umzusetzen. Sie hat aus den geschilderten Erfahrungen Mut gemacht, dass wir das schaffen können. Wir haben starke Kämpferinnen und Kämpfer auf allen Ebenen, aber auch starke Netzwerke, die die notwendige Unterstützung und Rückhalt bieten.

Ihnen nochmals herzlichen Dank und eine gute Heimreise.

Abkürzungsverzeichnis:

AZUL	Aktionsnetzwerk Zukunft Lernen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
EED	Hilfswerk Evangelischer Entwicklungsdienst
EEG	Erneuerbare-Energie-Gesetz
EKvW	Evangelische Kirche von Westfalen
EnCore	Netzwerk der Umweltministerien Europäischer Regionen
ILO	Internationale Arbeitsorganisation (engl. International Labour Organization)
ISO	Internationale Organisation für Normung
IWF	Internationale Währungsfonds
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KWh	Maßeinheit; Kilowatt Stunden
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft (hier Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V)
LR	Landrat
LVR	Landschaftsverband Rheinland
MDG	Millennium-Entwicklungsziele (engl. Millennium Development Goals)
MW	Maßeinheit; Mega-Watt
NawaRoNet-ST	Regionale Förderung der energetischen und stofflichen Nutzung heimischer nachwachsender Rohstoffe (Kreis Steinfurt)
NLF	Naturstoff- und Dienstleistungszentrale Land+Forst
nrg4SD	Netzwerkes der Regionalregierungen für nachhaltige Entwicklung (engl. Network of Regional Governments for Sustainable Development)
NRW	Nordrhein-Westfalen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (engl. Organisation for Economic Co-operation and Development)
ppm	Maßeinheit; Parts per million
UMK	Umweltministerkonferenz
UN	Vereinte Nationen (engl. United Nations)
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (engl. United Nations Development Programme)
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen (engl. United Nations Environment Programme)
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (engl. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)
WTO	Welt-Handelsorganisation (engl. World Trade Organisation)

Teilnehmende

Name		Institution	Ort
Alexa	Bertram	LVR Gebäude-und Liegenschafts-management	Köln
Arentz	Ludwig		
Attermeyer	Adolf	LVR Umweltamt	Köln
Balcazar Dr.	Natalia	Ars Numeri	Essen-Kettwig
Baum	Johannes	B.A.U.M	Hamm
Beck	Corinna	stellv.Vorsitzende Landschafts-versammlung Rheinland	
Behle	Manuela	Forum f. intern. Friedensarbeit	Essen
Bertelt-Glöß	Meinolf	LAG Stadtentwicklung GmbH&Co KG	Dortmund
Bischoff	Ariane	Stadt Iserlohn	Solingen
Bläser	Daniel	LAG 21	Iserlohn
Boppel	Hans-Christian	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW	Düsseldorf
Bretz	Herbert	Stadt Köln	
Breyer	Pfr. Klaus	LAG 21/ IKG	Iserlohn
Briese Dr.	Dieter	Stadtverwaltung Gladbeck	4Gladbeck
Christmann	M.	Stadt Krefeld Umweltamt	Krefeld
Dickschen Dr.	Christian	Oberbergischer Kreis	Gummersbach
Diekmann	Helmut	Kreis Lippe	Detmold
Dittgen	Vera	Eine Welt Netz NRW	Münster
Dülge	Monika	Eine Welt Netz NRW	Münster
Ehbauer Dr.	Jeanne-Marie	ATC-Ehbauer&Partner	Köln
Eickhoff	Marion	LAG 21	Iserlohn
Fiedler	Susanne	LVR Umweltausschuss	Remscheid
Fischbach Dr.	Petra	NUA_NRW / LANLV	Recklinghausen
Fischer	Nicole	LVR Umweltamt	Köln
Frey	Armin	SK-Stiftung CSC	Köln
Fritsch	Ulrike	LVR Umweltamt	Köln
Fromm	Michael	Fromm & Fromm	Wuppertal
Gasser	Sarah	LAG 21	Iserlohn
Ginsberg	Ilona	Agenda-Geschäftsstelle Stadt Solingen	Solingen
Gottschalk Dr.	Franz-J.	Lokale Agenda Sprockhövel	Sprockhövel
Gybas	Michael	KölnAgenda	Köln
Hallmann	Annette	Kreis Steinfurt	Steinfurt
Harnack	Jens	Stadt Rheinberg	
Hentschel Dr.	Armin	Landwirtschaftskammer NRW	Bonn
Hockamp	Karin	Lokale Agenda Sprockhövel	Sprockhövel
Holzbeck	Ludwig	Kreis Unna	Unna
Hübner	Franz-Carl	Stadt Willich Planungsamt	Willich
Jänsch	Helga	Stadt Dortmund	
Joswig-Kleinhöfer	Heike	Stadt Marl	Marl
Karthaus Dr.	Gero	LVR Umweltamt	Köln
Keil	Friedhelm		Wuppertal

Name		Institution	Ort
Keller	Ursula	Agenda 21-Koordinatorin	Düsseldorf
Keller	Ulla	Umweltamt	Düsseldorf
Kiuchi	Satomi	Universität Dortmund	Dortmund
Klausmann	Wilfried	Agenda 21 Neuss	Essen
Koch	Wilfried Maria	Umweltamt LVR, Agenda-Koordination	Köln
Kociok	Christian	Stadt Leverkusen	Leverkusen
Kolbe	Lena	Bonn/Tourismus&Congress GmbH	Bonn
Köppel	Eckard	Deutsche Telekom	Aachen
Kowakowski	Klaus	Lokale Agenda	
Kreft Dr.	Holger	bzr	Hattingen
Kreutzberger	Stefan	KölnAgenda	Köln
Kubendorff	Thomas	Landrat Kreis Steinfurt	Steinfurt
Kumm	M.	Geschäftsstelle Bochum Agenda	Bochum
Lammers	Bernhard	Stadt Castrop-Rauxel	Castrop-Rauxel
Limbach	Valeria		Troisdorf
Löchle	Christoph	Agendabüro Dortmund	Dortmund
Löwer Dr.	J.	Geschäftsstelle Bochum Agenda	Bochum
Maier	Jürgen	Forum Umwelt und Entwicklung	
Markert	Hans-Christian	Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	Düsseldorf
Martrampf	Andreas	Stadt Baesweiler	Baesweiler
Marwede	Michael	Inwent	Bonn
Menz	Paul	Lokale Agenda 21 Pulheim	Pulheim
Merch	Sonja	KölnAgenda	Köln
Michaelis	Thomas		Hamminkeln
Neugebohrn	Eberhardt	NRW-Stiftung f.Umwelt und Entwicklung	Bonn
Neurohr	Wilhelm	Agenda-Beauftragter Recklinghausen	Recklinghausen
Niesbach	Petra	Verbraucherzentrale NRW	Bonn
Nürnberg	Helmut	Stadt Brilon	Brilon
Oberheid	Robert	Agenda-Büro Oberhausen	Oberhausen
Olbrich	Dominik	Planinvent	Münster
Pareik	Roland	KölnAgenda	Köln
Pempera	Nicole	Die Grünen Ratsfraktion Oberhausen	Oberhausen
Pflaum	Martin	LVR-Umweltamt	Köln
Preuss-Samori	Gerlinde	Stadt Dinslaken	Dinslaken
Queckbörner	Carmen	LVR Umweltamt	Köln
Quiskamp	Jörg		Essen
Radermacher Prof. Dr.Dr.	Franz-Josef	Universität Ulm	Ulm
Reher	Birgit	Umweltamt	Bielefeld
Reuter Dr.	Klaus	LAG-Geschäftsführer	Iserlohn

Name		Institution	Ort
Rückert Prof. Dr.	Michael	Fachhochschule Köln	Köln
Rüttgers	Martin	Politikberatung	Köln
Rybarski	Werner	Gelsenkirchen Agenda 21	Gelsenkirchen
Sallamon	Hubert	Stadt Fröndenberg / Ruhr	Fröndenberg / Ruhr
Schmitz	Johann	Rhein-Kreis Neuss	Grevenbroich
Schnura	Christine	Kampagne f. saubere Kleidung	Wuppertal
Schramm	Hubert	Kreis Aachen	Aachen
Schroeder	Kathrin	LAG 21	Iserlohn
Schüller	Nina	Stadt Velbert	Velbert
Schulz	Birgit		Hattingen
Schulzke	Anita	Lokale Agenda 21 Mülheim	Mülheim
Schumann	Oda	Netzwerk AZUL, AWO Niederrhein	
Senk	Michael	Stadt Pulheim	Pulheim
Smola	Helga	Agenda-Büro	Mülheim
Stappen	Ralf K.	Transferprogramm Lokale Nachhaltigkeitsstrategie	Kipfenberg
Strüwer	Dieter	Agendaverein	Gütersloh
Teuerle	Wilhelm	KölnAgenda	Köln
Töpfer Prof. Dr.	Klaus	UN Rat f. Nachhaltigkeit	
Uhlenberg	Eckhard	Minister für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	Düsseldorf
Ulbrich	Ines		Bonn
Valentin	Anke	Wissenschaftladen Bonn	Bonn
Van Staa	Andrea	Stadt Oberhausen	Oberhausen
Varnhorst	Susanne	Stadtverwaltung Wuppertal	Wuppertal
Vogel	Susanne	LVR-Umweltamt	Köln
Vogt	Siegbert	Stadt Haan	Haan
Vogt-Sädler	Dagmar	Stadt Neuss	Neuss
Voigtsberger	Harry	Erster Landesrat	Köln
Wagner	Susann	FÖJ-Zentralstelle	Köln
Wallberg Dr.	Beatrix	Kreis Minden-Lübbecke	Minden
Wiese-v. Ofen Dr.	Irene	Agenda-Forum Essen e.V.	Essen
Wilfart	Elisabeth	Stadt Lüdenscheid	Lüdenscheid
Wilhelm	Gabi	Kreis- u. Regionalentwicklung Rheinisch-Bergischer Kreis	Bergisch Gladbach
Wobbe-von Twickel	Peter	Kreis Mettmann	Mettmann
Wolsing	Dagmar	Ars Numeri	Essen-Kettwig
Wölwer	Gerd	Rheinisch-Bergischer Kreis	Bergisch Gladbach
Worm	Burkhard	Kreis Mettmann	Mettmann

